

manchen Punkten scheint es mir nicht besonders markant zu sein, aber wir können zufrieden sein. Ich bin der Meinung, man sollte es an den Bundesausschuß geben, damit man dort die Möglichkeit hat, etwas zu präzisieren; denn nur dann können unsere parlamentarischen Vertretungen in den Gemeinden, in den Ländern und im Bundestag etwas damit anfangen. Sonst heißt es in der Bonner Fraktion, die haben in Kiel schon die Arbeit getan, aber wir machen die Politik. Wir wollen es etwas präzisieren. Es hat aber keinen Zweck, jetzt eine Debatte in der Richtung auf die Präzisierung im Bundesparteitag zu machen. Infolgedessen halte ich die Methode für gut. Ich habe nur nicht richtig verstanden, ob ein Dank an die Wähler drin ist. (*Kiesinger*: Ist drin!) Auch das Bekenntnis zu Hamburg?

Kiesinger: Das Wort Hamburg ist nicht drin, aber wir haben die Formulierung aus Hamburg übernommen: „Ziel des Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes.“ (*Gerstenmaier*: Gut!)

Adenauer: Bitte erklären Sie sich einverstanden! Es ist die höchste Zeit. Um 12.48 Uhr fährt der Zug nach dem Westen; damit will schon ein Teil fahren. (*Zustimmung*.) Ich stelle Ihre Zustimmung fest und schließe die Sitzung.

7

Bonn, 27. November 1958

Sprecher: Adenauer, Albers, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Dichtel, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Grادل, Gurk, von Hassel, Frau Heiler, Höcherl, Johnen, Kiesinger, Krone, Lensing, Lücke, Meyers, Noltenius, Oberländer, Frau Rehling, Schröder, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Wahlen in Hessen und Bayern. Sitzung des Bundesausschusses am 28. November 1958. Verschiedenes: Kindergeldnovelle, Mitgliederwerbung.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Teildruck in KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 151–153.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Vorstandssitzung. Diese Vorstandssitzung, meine lieben Parteifreunde, wird Gegenstände zur Besprechung

haben, über die man sich einmal offen aussprechen muß. Ich bitte deswegen um besondere Diskretion. Was aus dieser Vorstandssitzung der Öffentlichkeit gesagt werden kann, darüber müssen wir uns nachher einig werden. Wir haben in vergangenen Vorstandssitzungen schon erlebt, daß aus diesen Sitzungen heraus der Presse Mitteilungen gemacht worden sind. Ich bitte Sie, darin außerordentlich vorsichtig und sehr zurückhaltend zu sein, weil man sich sonst in einem solchen Kreise nicht offen aussprechen kann. Es ist aber absolut notwendig, sich im Vorstand auszusprechen.

Es haben sich entschuldigt Frau Dr. Jochmus, Herr Lemmer, Dr. Seidel, Dr. Gebhard Müller, Dr. Kraske und Frau Dr. Weber. (*Zuruf*: Herr Hilbert¹ läßt sich auch entschuldigen!) Herr Hellwig wird etwas später kommen. (*Heiler*^{1a}: Ich bin Vertreterin von Frau Jochmus!) Herr Kraske ist ziemlich schwer erkrankt; er liegt im Krankenhaus und hat eine Blinddarmoperation hinter sich. Es hat sich dann eine Eiterung bei ihm eingestellt, die es nötig macht, daß er mindestens noch eine Woche im Krankenhaus bleiben muß. (*Meyers*: Er hat auch noch eine Venenentzündung im linken Bein!) Ich darf mich wohl für legitimiert halten, ihm unsere besten Grüße und Wünsche zu übersenden für seine baldige völlige Wiederherstellung und Genesung.

Herr Gebhard Müller ist, wie Sie wissen, zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt worden. Auch hier darf ich mich wohl für befugt halten, ihm unsere herzlichen Glückwünsche auszusprechen. Ich teile diese Glückwünsche, weil es ein Wunsch von ihm gewesen ist, diese Stelle zu bekommen, und weil es auch notwendig war, daß gerade auf diesen Platz ein Mann gekommen ist, der unter allen Umständen das Recht will, aber ich kann doch nicht unterdrücken, hier zu sagen, daß ich sein Ausscheiden aus dem Amte des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg außerordentlich bedaure. Sie kennen die Verhältnisse in Baden-Württemberg und wissen, daß dort eine Koalition sämtlicher Parteien besteht. Diese Koalition hat sich nun inzwischen an die Führung unter Gebhard Müller gewöhnt. Wen die Herren nun an seiner Stelle wählen wollen, weiß ich nicht. Ich bin nur durch das orientiert, was in der Zeitung steht. Wir wissen es alle nicht, aber auf alle Fälle ist dieser Wechsel zu bedauern, auch im Hinblick auf die nächste Wahl in Baden-Württemberg², weil ein Wahlkampf in Baden-Württemberg nach dieser Regierungskoalition, in der alle Parteien vertreten sind, außerordentlich schwer zu führen sein wird; denn sie haben alle entweder mit verdient oder sich mit schuldig gemacht. Herr Gebhard Müller als Ministerpräsident hätte auf die Verdienste hinweisen können, die er sich als Ministerpräsident um Baden-Württemberg erworben hat. Ich habe ihm das auch in einem langen Telegramm und in einem Brief mitgeteilt. Soviel ich weiß, habe ich bisher noch keine Antwort darauf bekommen. Aber wir müssen nun die Tatsache

1 Anton Hilbert (1898–1986), 1946–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 102 Anm. 17.

1a Anne Marie Heiler (1889–1979), Mitgründerin der CDU Marburg, 1946 und 1948 dort Stadtverordnete, 1949–1953 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 38.

2 Wahl zum dritten Landtag am 15. Mai 1960.

nehmen, wie sie ist, und können nur hoffen, daß unsere Freunde in Baden-Württemberg eine gute Entscheidung treffen werden hinsichtlich der Besetzung des Postens des Ministerpräsidenten.³

Nun möchte ich übergehen zum Punkt 1 der Tagesordnung.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Hier möchte ich an die Spitze stellen, daß – soweit man an Erfolge und an Bemühungen um Erfolge glauben kann – die beiden christlichen Parteien an der Saar vor einer Einigung stehen.⁴ Wir möchten wünschen und hoffen, daß unsere Freunde an der Saar nunmehr zum Ziele kommen werden; denn es ist kein rühmliches Schauspiel, wenn man sich vorstellt, daß sich auf der anderen Seite die Sozialdemokraten sehr schnell nach dem Anschluß der Saar an die Bundesrepublik geeinigt haben. Also, wir wünschen alles Gute!

Über die Wahl in Hessen⁵ und in Bayern⁶ wird gesondert referiert werden durch die Herren Dr. Fay und Höcherl⁷. Meinen Vortrag über die politische Lage möchte ich beginnen mit einigen Ausführungen über die innenpolitische Situation. Zunächst zur Lage an der Ruhr folgendes. Daß die Halden übervoll liegen und Feierschichten in großer Zahl eingelegt werden mußten, wissen Sie. Es hat keinen Zweck, etwa die Zahl der Feierschichten, die eingelegt wurden, in eine Relation zu den Schichten zu bringen, die verfahren worden sind. Wenn man schon Relationen herstellen müßte, so wäre das ein Zeichen für sehr schlechte Verhältnisse im Ruhrbergbau. Ich lege auf die Vorgänge im Industriegebiet deswegen größten Wert, denn das Industriegebiet ist wirtschaftlich und auch parteipolitisch doch der allergische Punkt für die Bundesrepublik; früher galt das für ganz Deutschland. Bedenken Sie, daß die Menschen dort sehr zusammengedrängt wohnen, darunter 500.000 Bergleute, die zum größten Teil Familie haben. Denken Sie daran, daß wir uns jahrelang die größte Mühe gegeben haben, die Förderung an der Ruhr erheblich zu steigern. Wir haben es auch begünstigt, daß Leute zu diesem Zweck

3 Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag nominierte am 30. November 1958 Kurt Georg Kiesinger für das Amt des Ministerpräsidenten (gewählt am 17. Dezember 1958). Vgl. FISCHER 1 S. 108.

4 Am 19. April 1959 beschloß der 12. Landesparteitag der CSU/CVP die Vereinigung mit der CDU Saar. Vgl. SCHMIDT 3 S. 615 und AdG 1959 S. 7663.

5 Am 23. November 1958: SPD 46,9 %, CDU 32 %, FDP 9,5 % und GB/BHE 7,4 %; die Regierung wurde aus SPD und GB/BHE gebildet. Vgl. FISCHER 1 S. 613–615.

6 Ebenfalls am 23. November 1958: CSU 46,3 %, SPD 30,5 %, GB/BHE 8,7 %, BP 7,8 % und FDP 5,4 %. Koalitionsregierung aus: CSU, GB/BHE und FDP. EBD. S. 227f.

7 Hermann Höcherl (1912–1989), 1953–1976 MdB (CSU): 1957–1961 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, 1957–1961 stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1961–1965 Bundesminister des Innern, 1965–1969 für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Vgl. Reiner VOGEL: Hermann Höcherl. Annäherung an einen politischen Menschen. Regensburg 1988.

für den Bergbau angeworben wurden sogar von Sizilien, Jugoslawien und von überall her. Bedenken Sie bitte weiter, daß im Industriegebiet sehr große Aufwendungen gemacht worden sind zum Bau von Wohnungen für die Bergleute. Wenn man dem nun plötzlich gegenüberhält, daß ein Überfluß an Kohle besteht, nachdem 15 Jahre lang eine Zwangslage gegeben war, dann werden Sie verstehen, daß die unmittelbar von dieser Situation betroffenen Menschen an der Ruhr in erheblicher Besorgnis und Unruhe sind.

Es hat wenig Zweck, in einem solchen Kreise wie hier den einzelnen Ursachen nachzugehen, woher dieser Wandel plötzlich gekommen ist, aber einige wesentliche Punkte muß man doch erwähnen. Und hier möchte ich drei Punkte hervorheben. Das ist einmal die merkwürdige Behandlung des Ruhrgebiets durch die Montanunion in der Vergangenheit. Die Montanunion hat damals, soviel ich weiß, nur im Ruhrgebiet verboten, langfristige Lieferungsverträge abzuschließen. Frankreich hat ein derartiges Ansinnen abgelehnt. Dadurch ist es gekommen, daß sehr große industrielle Werke amerikanische Kohle gekauft haben, und zwar durch langfristige Verträge, weil sie ja hinsichtlich der Kohle nicht von der Hand in den Mund leben konnten.

Ein zweiter Grund ist der Zusammenbruch des Ratensystems auf dem Schiffsmarkt, der zur Folge hat, daß nicht nur ein großer Teil der Weltflotte aufgelegt wurde, sondern daß auch die Schiffsraten derart billig geworden sind, daß dadurch ein sehr starker Import amerikanischer Kohle möglich ist, der früher unmöglich war.

Ein dritter Punkt, über den es sich zu sprechen lohnt, ist das rapide Vordringen des Heizöls, vor allem in der Industrie; nicht so sehr in den privaten Haushaltungen; denn sowohl die Gewerkschaften wie auch die Unternehmerverbände erklären, das störe nicht weiter, aber in der Industrie macht sich nun dieses Vordringen von Heizöl sehr stark bemerkbar. Das Wirtschaftsministerium hat eine Berechnung aufgestellt über den voraussichtlichen Energieverbrauch bis zum Jahre 1965 und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß – wenn die Kohlenförderung sich so weiterentwickelt wie bisher und die Heizöleinfuhr so ansteigt wie in den letzten 18 Monaten – bis dahin ein Überschuß an Energieträgern vorhanden ist, der etwa der Energie von 16 Millionen Tonnen Steinkohle entspricht. Man hat als Maßstab die Energiemenge einer Tonne Steinkohle genommen, die nun auf Heizöl entsprechend umgerechnet werden muß. Wenn also die Entwicklung so weitergeht wie bisher, dann würde das bedeuten, daß bis zum Jahre 1965 100.000 Bergleute abgelegt [!] werden müßten. Dadurch würden weiter alle möglichen Berufsgruppen im Industriegebiet aufs schwerste betroffen.

Was nun die Einfuhr von Heizöl angeht, so hat das Heizöl z.Z. bei uns gegenüber der Kohle – abgesehen von den technischen Erleichterungen, die der Verbrauch von Heizöl mit sich bringt – eine starke steuerliche Bevorzugung. Innerhalb des Kabinetts wird nun die Frage erwogen, was man da tun soll. Meinen persönlichen Standpunkt möchte ich wie folgt skizzieren: Die Steinkohle ist ein Energieträger, über den wir verfügen können. Über das Heizöl können wir erst verfügen, wenn es im Lande ist. Wenn also irgendwelche Verwicklungen politischer Art kommen sollten – vor denen man nie sicher ist –, dann könnten die Heizölimporte außerordentlich

stark zurückgehalten werden. Es ist ferner dabei zu erwähnen, daß der Heizölpreis bei uns außerordentlich niedrig ist, daß es aber, wenn der Markt hier erobert ist, im Belieben der wenigen großen Unternehmungen steht, die Heizöllieferungen zu drosseln oder eine entsprechende Preissteigerung herbeizuführen. Deshalb wird sich das Bundeskabinett darüber schlüssig werden müssen, ob die deutsche Wirtschaft in eine solche Abhängigkeit von Faktoren geraten darf, die wir nicht übersehen können. Ich glaube, daß dieses Problem nicht nur wirtschaftlich, sondern insbesondere auch politisch außerordentlich schwerwiegend ist. Sie wissen, daß gerade das Industriegebiet das Tummelfeld kommunistischer Agenten ist und daß politische Unruhen, die vom Industriegebiet ausgehen, sich außerordentlich schädlich im ganzen Bundesgebiet auswirken können. Daß auch die Interessen von Nordrhein-Westfalen dabei sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, ist klar. Wir müssen also darauf Rücksicht nehmen.

Soviel ich weiß, betreiben die Heizölinteressenten eine sehr starke Propaganda zugunsten des Heizöls, auch bei Bundestagsabgeordneten. Da wir die Freude haben, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, Herrn Krone, hier zu sehen, möchte ich mir erlauben, seine Aufmerksamkeit auch auf diesen Tatbestand, den er wohl kennen wird, besonders zu lenken. Ich bin der Auffassung, daß bei einem Kampf im Bundestag um die Frage „Steinkohlenbergbau an der Ruhr oder ungehemmte Einfuhr von Heizöl“ die Partei, die sich für das Heizöl ausspricht, zweifellos auch politisch den kürzeren ziehen wird. Darüber kann es nach meiner Auffassung gar keinen Zweifel geben.

Ich möchte dann zu einem Punkt der Innenpolitik kommen, der aber die Außenpolitik berührt, nämlich zu der Frage des Zusammenarbeitens zwischen unserer Fraktion und der SPD gegenüber Sowjetrußland. Auch hier muß ich in voller Offenheit zu Ihnen sprechen. Natürlich bin auch ich der Auffassung, daß es in lebenswichtigen nationalen Fragen richtig wäre, wenn die maßgebenden Parteien im Bundestag zusammenständen, aber bei allem guten Willen unsererseits, mit der SPD auf außenpolitischem Gebiete zusammenzuarbeiten, dürfen wir eines nicht vergessen: Die Abgeordneten der CDU/CSU haben im September des vergangenen Jahres von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes gerade auch in außenpolitischer Hinsicht einen ganz bestimmten Auftrag bekommen. Ich bin der Auffassung, daß die Gewählten die Verpflichtung haben, diesem Auftrage nachzukommen. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir damals den Wahlkampf gerade gegen die Sozialdemokratie geführt haben, insbesondere in außenpolitischer Hinsicht. Diesen Kampf gegen die Sozialdemokratie haben wir zu bestehen seit dem Winter 1949, als der erste Bundestag tagte.

Ich darf in diesem Zusammenhang zunächst an den Kampf um das Petersberger Abkommen⁸ erinnern, der damals zwischen uns und der SPD geführt worden ist; ich darf weiter daran erinnern, daß in der Folge immer wieder die Gegensätze zwischen

⁸ Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 zwischen der Alliierten Hohen

der Sozialdemokratie und uns in außenpolitischer Hinsicht bei jeder entscheidenden Frage bis zum Eintritt in die NATO⁹ schroff aufeinandergetroffen sind. Ich für meinen Teil verstehe es daher nicht, daß Angehörige der CDU/CSU-Fraktion seit einigen Monaten in dieser Hinsicht doch eine Aufweichung gezeigt haben, die nicht nur nicht dem Willen der Wähler entspricht, sondern die auch Deutschland – ich sage diese Worte wohlüberlegt und mit allem Nachdruck – bei der jetzigen Situation in Berlin¹⁰ schweren Schaden zugefügt hat.

Diese Aufweichungstendenzen in unserer Haltung haben begonnen in dem Bundestagsbeschluß vom 2. Juli dieses Jahres¹¹, in dem anstelle der bisherigen Formulierungen der sehr weiche und alles umfassende Ausdruck „Lösung der deutschen Frage“ gebraucht worden ist, während wir bis dahin immer ganz klar unterschieden haben zwischen „Wiedervereinigung“ und „Lösung der deutschen Frage“. Diese letzte Frage, die auch die Oder-Neiße-Linie umfaßt, haben wir bewußt zurückgestellt. (*Anhaltende Unruhe.*) Dann ist es zu einem Notenwechsel mit den vier früheren Besatzungsmächten gekommen.¹² Es sind dann im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten ... (*Andauernde Unruhe.*) Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, Ihre Privatgespräche etwas zurückzustellen. Es ist sehr schwierig, wenn man hier außerordentlich wichtige Fragen vorzutragen hat, dann dauernd ein Gemurmel zu hören.

Es ist dann im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zu Verhandlungen und Auseinandersetzungen über die Abfassung des Textes einer Note an die Sowjetunion gekommen, die ich auf das tiefste bedaure. Herr von Brentano ist nicht hier, soviel ich sehe. Wir sind gestern nacht erst nach Hause gekommen aus Kreuznach.¹³ (*Zuruf:* Er hat eine Ausschußsitzung, kommt aber noch!) Ich höre gerade, daß er noch kommen wird. Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zählt 36 Mitglieder, und die stellvertretenden Mitglieder können, wenn sie wollen, auch noch zuhören. Es ist also eine halbe Volksversammlung, in der nun die vertrautesten Angelegenheiten und

Kommission und der Bundesrepublik Deutschland sah den Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde, die Aufnahme von Konsular- und Handelsbeziehungen mit anderen Staaten und den Verzicht der Hohen Kommission auf weitere Demontagen vor. Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 67f.

9 Am 9. Mai 1955 Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO als fünfzehntes Mitglied. Vgl. NATO-Handbuch S. 112f.; AdG 1955 S. 5156f.

10 Sogenannte Berlin-Krise, ausgelöst durch Chruschtschows Rede vom 10. November 1958 (AdG 1958 S. 7391–7393). Im Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 (Noten an die Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR) forderte Chruschtschow, den Vier-Mächte-Status Berlins aufzuheben und die Stadt innerhalb von sechs Monaten in eine entmilitarisierte freie Stadt umzuwandeln. Vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 467–501.

11 Entschliebung des Bundestages in der Deutschen Frage vom 2. Juli 1958. Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd. 41 S. 2177–2247; BULLETIN vom 4. Juli 1958 S. 1225f.

12 Notenwechsel in AdG 1958 S. 7280–7283, 7295f., 7317f.

13 Treffen Adenauers mit de Gaulle in Bad Kreuznach am 26. November 1958 – AdG 1958 S. 7411; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 463–466.

die schwierigsten Situationen besprochen werden. Das halte ich zunächst für einen unmöglichen Zustand. Man hat dann plötzlich – und daran bin ich nicht unschuldig – dort unseren Standpunkt gegenüber der Sozialdemokratie etwas härter zum Ausdruck gebracht. Daraufhin haben die Sozialdemokraten öffentlich in der Presse erklärt, sie hielten sich nunmehr nicht mehr an eine Diskretionsverpflichtung gebunden.¹⁴ Es ist unverständlich für mich – das muß ich in größter Offenheit hier erklären –, daß sich unsere Fraktion etwas Derartiges bieten läßt. Wenn einem Ausschuß von solcher Bedeutung eine besondere Verpflichtung zur Diskretion auferlegt wird, und die Herren von der Opposition sagen nachher: Weil wir durch die Haltung der CDU/CSU enttäuscht worden sind, halten wir uns nicht mehr an die Diskretionsverpflichtung gebunden, und sie geben nun alles der Presse preis, dann ist das doch mit einer demokratischen Ordnung und – was noch wichtiger ist – mit den Interessen des deutschen Volkes völlig unvereinbar.

Wenn wir damit rechnen müssen, daß die Oppositionsparteien einfach dann, wenn es ihnen paßt, ungestraft erklären können: Wir halten uns nicht mehr an die Verpflichtung zur Diskretion gebunden. Dann bleibt doch der Bundesregierung nichts anderes übrig, als diesen Ausschuß auf Eis zu legen, d.h. diesem Ausschuß nur noch Sachen mitzuteilen, die man am anderen Tage auch in der Zeitung lesen kann. Aber dann ist es unmöglich, in einem solchen Ausschuß diskret zu behandelnde Sachen zu beraten.

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, aber es ist doch sehr bemerkenswert – wir mußten uns ja mit den drei Westmächten über diese Note konsultieren –, daß wir von den Vertretern der drei Westmächte darauf aufmerksam gemacht werden mußten, daß in dem Entwurf dieser Note von der Wiedervereinigung Deutschlands keine Rede mehr gewesen ist. Und das ist eine Frucht der Verhandlungen in diesem Ausschuß! Herr Krone, Sie schütteln den Kopf, aber es ist so. (*Krone*: Ich will gleich ein Wort dazu sagen!) Ich freue mich, daß Sie dazu sprechen werden. Ich kann nur das wiederholen, was ich gesagt habe, daß wir nämlich von den Vertretern der drei Westmächte mit Erstaunen darauf aufmerksam gemacht worden sind, in diesem Entwurf sei von der Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr die Rede. Herr Kiesinger ist Vorsitzender dieses Ausschusses; er ist leider nicht hier, sondern drüben in der Sitzung. Ich habe neulich im Vorstand unserer Fraktion gesagt, nach Pressenachrichten soll Herr Kiesinger in Berlin erklärt haben, die Wiedervereinigung sei ohne Zusammenarbeit mit der SPD unmöglich.¹⁵ Von

14 Zu ernstern Verstimmungen zwischen Regierung und Opposition war es in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 28. Oktober 1958 gekommen, die erst in der Sitzung vom 6. November 1958 wieder ausgeräumt werden konnten (vgl. „Bonner Rundschau“ und „Die Welt“ vom 30. und 31. Oktober sowie vom 7. November 1958).

15 Möglicherweise bei der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin, bei der Kiesinger am Sonntag, dem 28. September 1958, das Abschlußreferat gehalten hatte („Die Welt“ vom 29. September 1958). In einem Rundfunk-Interview vom 12. November 1958 forderte Kiesinger angesichts der Bedrohung Berlins ein Zusammenrücken der Parteien in dieser Frage (ACDP VI-010-787).

Teilnehmern dieser Versammlung, in der er das gesagt haben soll, ist mir erklärt worden, das habe er nicht gesagt. Ich freue mich, das zu hören. Es wäre dann auch sehr wünschenswert, wenn das in den Zeitungen klargestellt würde. Aber so ist es allmählich dahin gekommen, daß wir – auch das, was ich jetzt sage, ist keine Redensart, sondern es ist überlegt – an Glaubwürdigkeit bei unseren drei westlichen Alliierten verloren haben.

Ich habe gestern noch mit Herrn de Gaulle ein langes Gespräch darüber geführt. Es ist das Schlimmste, was uns passieren kann, wenn wir bei unseren westlichen Alliierten an Glaubwürdigkeit verlieren. Das brauche ich Ihnen wohl nicht näher auseinanderzusetzen. Wir gewinnen dadurch auch nichts bei den Russen; das soll sich doch kein Mensch einbilden!

Wenn man aber im Auswärtigen Ausschuß allmählich dazu kommt und sagt, um Gottes willen den „lieben“ Russen nur nichts tun, dann verlieren wir doch damit an Glaubwürdigkeit bei den Amerikanern, den Engländern und Franzosen, und dann heißt das nicht nur eine Preisgabe unserer ganzen bisherigen Politik, sondern dann bedeutet das auch, den deutschen Interessen einen schweren Schaden zuzufügen.

Niemals sind die Leute von der Opposition und auch einige Herren von uns, die dem Standpunkt der Opposition etwas näher gekommen sind, schneller Lügen gestraft und ihres Irrtums überführt worden als durch die von Chruschtschow angekündigte Note bezüglich des Status von Berlin. Da haben Sie sofort die Reaktion! Ich bin davon überzeugt – das kann ich natürlich nicht beweisen –, daß ebenso wie bei den drei Westmächten, wenn auch zunächst noch nicht tiefgehend, auch auf russischer Seite der Eindruck eines Aufweichungsprozesses bei uns entstanden ist, daß nämlich doch allmählich das deutsche Volk auf Rußland wegen der Frage der Wiedervereinigung zukommt.

Und nun lassen wir uns doch dessen erinnern, daß wir immer wieder gesagt haben: Wiedervereinigung in Freiheit! Wir haben immer wieder gesagt, an der Spitze müßten stehen freie und kontrollierte Wahlen, damit eine neu gebildete gesamtdeutsche Regierung mit den vier Mächten über einen Friedensvertrag verhandeln könne. Aber alles das verschwindet allmählich vom Tisch. Ich bin – das muß ich Ihnen in aller Offenheit sagen – sehr erschüttert über die Reaktion bei den Westmächten. Unser Botschafter Blankenhorn¹⁶ ist von zuständiger Stelle in Paris schon gefragt worden, ob das deutsche Volk nicht schließlich doch um der Wiedervereinigung willen seine bisherige Politik preisgeben wolle. Wenn nun Herr Dulles anscheinend diese merkwürdige Erklärung vor der Presse ganz plötzlich und unerwartet abgegeben

16 Herbert Blankenhorn (1904–1991), 1949 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, 1950 Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, dann Auswärtiges Amt, 1955–1958 ständiger deutscher Vertreter bei der NATO in Paris, 1958–1970 Botschafter, davon 1958–1963 in Paris (Erinnerungen: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1970. Berlin 1980). Vgl. auch PROTOKOLLE I S. 66 Anm. 30.

hat¹⁷ – er war von diesem Gedanken, der zuerst ein englischer Gedanke war, abgekommen –, dann kann man vermuten, daß diese ganze Haltung der letzten Monate bei uns in der Bundesrepublik zu dieser Entwicklung mit beigetragen hat.

Eine Wiedervereinigung um jeden Preis, 52 Millionen Menschen plus 17 Millionen neutralisiert zwischen den beiden Blöcken zu lassen und damit die Amerikaner zu veranlassen, ihre Truppen aus Europa zurückzuziehen, und damit dann die Franzosen der Versuchung auszusetzen, zusammen mit Rußland zu gehen, das ist nicht unsere Politik! Jeder von uns, der auf diesem Gebiet redet oder handelt, muß sich darüber klar sein, was hier tatsächlich auf dem Spiele steht. De Gaulle hat mir übrigens gestern dieselbe Frage gestellt. Deshalb können Sie vielleicht etwas meine Erregung verstehen. Ich habe mit ihm ausführlich darüber gesprochen. Ich hoffe, daß die Eindrücke, die auch die französische Regierung aufgrund unserer Haltung bekommen hat, durch die Behandlung der Antwort auf die Sowjetnote beseitigt werden. Aber ich bitte Sie inständig geradezu, seien Sie auf diesem Gebiet äußerst vorsichtig und zurückhaltend, aber auch konsequent.

Wir haben uns doch diese Stellung in der Außenpolitik nur dadurch wiedererworben, daß wir eine konsequente und klare Haltung eingenommen haben. Davon dürfen wir nicht abgehen! Ich bin auch der Auffassung, daß es ganz sinnlos ist, nun zu glauben, dadurch etwas zu erreichen, daß man den Russen gegenüber eine freundlichere Miene macht oder freundlichere Worte gebraucht in einer Note. Andererseits bin ich auch sicher nicht der Auffassung, daß man nur verletzen soll, absolut nicht, aber ich glaube, daß wir gegenüber Sowjetrußland nur dann etwas erreichen, wenn wir konsequent bleiben und unsere zur Freiheit und zum Westen hin orientierte Politik nicht den Sozialdemokraten zuliebe opfern.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Sozialdemokraten. Am 17. Oktober hat im „Vorwärts“, dem amtlichen Blatt der deutschen Sozialdemokratie, folgender Satz gestanden, Bundeskanzler Dr. Adenauer habe dadurch, daß er den Hunger der Amerikaner nach deutschen Vorfeldsoldaten und nach deutschen Stützpunkten befriedigt habe, für Deutschland eine Scheinsouveränität erreicht.¹⁸ In dem einen oder anderen der CDU nahestehenden Blatt hat man diesen Satz angeprangert. Mir ist es egal, was sie schreiben, aber wenn das amtliche Parteiorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schreibt „der amerikanische Hunger nach deutschen Vorfeldsoldaten ...“, dann wird das in allen Auswärtigen Ämtern der Welt registriert. Es wird auch insbesondere in Amerika registriert. Und der Schaden, der daraus entsteht, ist außerordentlich groß. Wenn derartige Dinge hier gedruckt werden können und gleichzeitig damit parallel geht eine solche Aufweichung der Politik wie im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages gegenüber der Sozialdemokratie, dann

17 Vermutlich Interview Dulles' vom Vortag, in dem er Verhandlungen mit DDR-Behörden als Agenten der Sowjetunion für möglich erklärte. Vgl. AdG 1958 S. 7412f.; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 473f.

18 Vgl. Paul Mayer: Der Kanzler-Demagoge. In „Vorwärts“ vom 17. Oktober 1958.

fragen sich die Leute in Amerika, England und Frankreich: Was geht denn eigentlich in Deutschland vor?

Sie wissen, daß man zu mir Vertrauen drüben hat; aber man weiß auch, daß ich in wenigen Monaten 83 Jahre alt werde. Deshalb sollte jeder Politiker der CDU/CSU, der zu solchen Dingen Stellung nimmt, sich der größten Vorsicht befleißigen und sich klar und deutlich von der Ansicht der Sozialdemokratie absetzen. Ich habe mir aus Anlaß der Wahlkämpfe in Hessen und Bayern eine Reihe von Erklärungen der Herren Wehner, Carlo Schmid, Erler¹⁹, Arndt und Ollenhauer – der noch am vorsichtigsten war – zusammenstellen lassen. Es sind Erklärungen, die so antiwestlich wie nur denkbar sind. Es zeigt sich hier eine ganz konsequente Politik. Für mich gibt es demgegenüber keine Annäherungspolitik an die Sozialdemokratie. Sie soll doch zu uns kommen! Wir sind doch die stärkste Partei! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir tragen doch die Verantwortung vor der Geschichte und vor dem deutschen Volke, weil wir die Mehrheit haben. Und darum haben wir eine größere Verantwortung und auch eine größere Verpflichtung als die anderen.

Nun zu Berlin! Man kann im Augenblick nicht viel sagen, was geschehen soll, weil diese Note, die von Chruschtschow in Aussicht gestellt wurde, uns noch nicht bekannt ist; sie ist auch unseren westalliierten Freunden nicht bekannt. Wir wissen also noch gar nicht, was im einzelnen dagegen geschehen muß. Deshalb habe ich auch gestern de Gaulle gegenüber den Standpunkt eingenommen: Wir verlassen uns darauf, was unsere Westalliierten uns Jahr für Jahr immer wieder erklärt haben. Sobald die Note vorliegt und wir wissen, was Chruschtschow plant, werden wir zusammenkommen, um zu überlegen, was die Westalliierten dagegen unternehmen. Das ist auch der Standpunkt de Gaulles, den er gestern ausdrücklich vor den beiden Delegationen unterstrichen hat. Es wäre also müßig oder gar falsch, wenn man jetzt eine große Unruhe zeigte und Überlegungen anstellte, ohne zu wissen, was überhaupt kommen wird.

Als ich am Samstagabend von München²⁰ zurückkehrte, ist der amerikanische Botschafter bei mir gewesen und hat mich gefragt, ob ich keine besonderen Vorschläge zu machen habe. Ich habe ihm erklärt: Es tut mir sehr leid, aber ehe ich die Note [nicht] kenne, kann ich Ihnen keine Vorschläge machen.

Ich bekomme soeben die Nachricht, daß die russische Note zur Stunde übergeben wird; ich weiß nicht, wem. Das steht hier nicht. Die Mitteilung kommt vom Presseamt. Die Note umfaßt 24 Schreibmaschinenseiten. (*Dichtel*: Dem Botschafter in Moskau wurde sie übergeben!) Woher wissen Sie das? (*Dichtel*: Ich nehme es an!) Sie wird vielleicht mir übergeben! (*Dichtel*: Nein, nein, in Moskau!) Woher wissen Sie das denn so genau? (*Unruhe*.) Wir werden also abwarten müssen, bis der Wortlaut der

19 Fritz Erler (1913–1967), 1949–1967 MdB (SPD), 1964–1967 Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 228 Anm. 97.

20 Wahlveranstaltung der CSU am Freitag, dem 21. November 1958; Rückkehr am Samstag, dem 22. November 1958 (TERMINKALENDER). – Amerikanischer Botschafter war David Bruce.

Note vorliegt, ehe wir dazu Stellung nehmen. Ich möchte hier namentlich auch unseren Berliner Freunden sagen, daß die Rolle, die der Regierende Bürgermeister Brandt²¹ in der ganzen Sache vorher gespielt hat, alles andere als gut war für die Interessen Berlins. Wenn man verlangt, daß Sowjetrußland die Abmachungen peinlich beachtet, die über Berlin getroffen worden sind, dann müssen auch Berlin, die Bundesrepublik und die ganzen westlichen Faktoren peinlich das beobachten, was nun abgemacht worden ist. Nun haben die Berliner Sozialdemokraten immer wieder verlangt, daß die in Berlin gewählten Bundestagsabgeordneten Stimmrecht bekommen sollen. Vor einigen Monaten ist der britische Botschafter Steel²² im Auftrage der drei Botschafter offiziell bei Herrn Brandt vorstellig geworden – wir haben das erst nachträglich gehört – und hat auf das dringendste darum gebeten, diese Forderung nicht zu stellen, weil man damit das Statut Berlins an einem empfindlichen Punkt angreife, was zu großen Konsequenzen führen würde. (*Erhard*: Darf man von der Aktion Steel Gebrauch machen?) Ja sicher, das ist schon vor Monaten gewesen. Herr Brandt hat daraufhin dem Herrn Steel erklärt, daß er das nicht tun werde. Und nun hat er in diesem Wahlkampf doch genau das Gegenteil getan und hat diese Forderung wiederum zu einem wesentlichen Punkt des Wahlkampfes gemacht!

Meine Damen und Herren! Wenn die Westalliierten den Berliner Bürgermeister so offiziell bitten, das Statut Berlins zu beachten, und er das dann zusagt, aber wenige Monate später im Wahlkampf genau die entgegengesetzte Forderung wieder aufstellt, dann wird auch das von den Alliierten fein säuberlich registriert. (*Meyers*: Auch bezüglich des Bundesrates!) Ja, auch bezüglich des Bundesrates; aber der Bundestag erregt mehr die Öffentlichkeit im Ausland. Ich darf überhaupt hier einmal folgendes einschieben. Die Auswärtigen Ämter lesen die Zeitungen nicht, wie wir sie lesen; d.h., wir lesen sie, und es bleibt einiges haften, anderes bleibt nicht haften. Aber die Auswärtigen Ämter lesen die Zeitungen sehr genau. Sie lesen auch sehr genau die Erklärungen maßgebender Leute und registrieren es. Wenn sie das tun, dann bekommen sie natürlich mit der Zeit ein Tableau von Äußerungen maßgebender Politiker – nicht der CDU, die meine ich jetzt nicht, aber wohl von Demokraten wie auch von Sozialdemokraten. Und dieses Tableau macht einen schlechten Eindruck auf unsere Zuverlässigkeit.

Heute lese ich nun weiter in der „Kölnischen Rundschau“ von einem Zwischenfall in Kreuznach.²³ Ich habe nichts davon gemerkt; de Gaulle hat auch nichts davon gemerkt, aber es wird ihm berichtet worden sein. In Kreuznach ist ein Volkswagen herumgefahren mit einem Spruchband „Freiheit für Algerien“. In Kreuznach waren

21 Willy Brandt (1913–1992), 1949–1957, 1961 und seit 1969 MdB (SPD), 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1969–1974 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 9 Anm. 28. – Artikel in FAZ vom 10. November 1958 („Die Alliierten über Brandt verstimmt“).

22 Sir Christopher Eden Steel (1903–1973), britischer Diplomat; 1927 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1956–1963 britischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

23 „Ein Zwischenfall“, in „Kölnische Rundschau“ vom 27. November 1958.

über 100 Journalisten anwesend; darunter allein 60 bis 70 französische Journalisten. Ich darf Ihnen den Bericht einmal vorlesen:

„Während der deutsch-französischen Konferenz in Bad Kreuznach fuhr ein grauer Volkswagen vor, der ein Spruchband trug „Freiheit für Algerien“. Das Auftauchen des Wagens rief erhebliches Aufsehen hervor. Eine große Menschenmenge verfolgte vor dem Kurhaus einen erregten Wortwechsel zwischen den drei Demonstranten und einem französischen Journalisten, dem sie vorwarfen, das Spruchband von dem Wagen abgerissen zu haben. Nur mit Mühe konnten andere Journalisten Tätlichkeiten verhindern. Die Demonstration war nach Angaben der Wageninsassen von einigen SPD-Bundestagsabgeordneten veranlaßt worden. Bei der Demonstration wurde ferner ein Flugblatt verteilt „Freies Algerien“, Herausgeber: Arbeitskreis der Freunde Algeriens, verantwortlich: Hans-Jürgen Wischnewski²⁴, Druck: R. Reddigern, Köln-Ehrenfeld, Hansemannstraße 5. Ferner wurden Karten verteilt mit einem retuschierten Foto von einer Jugend-Demonstration, auf dem ein Banner „Freiheit für Algerien“ eingezeichnet ist mit einer Fahne der algerischen Aufständischen. Das Foto trägt die Unterschrift „1. Mai 1958, Demonstration des Arbeitsjugendkartells Köln“ und den Vermerk „Solidaritäts-Baustein, Hilfe für Algerien.“ (Albers: Das ist ein Zugewanderter, das ist kein Kölner!) Herr Albers, Sie sind auch nicht in Köln geboren. (Albers: Aber bei Köln!) Sie sind es allmählich geworden. Aber es kommt nicht auf den Wischnewski an. Und jetzt kommt die Hauptsache: „Verantwortlich: Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“, Bezirk Mittelrhein, Köln, Hans-Böckler-Platz 9.“ (Albers: Das ist eine große Gemeinheit!) Während also der französische Staatschef, dessen sehr große Sorge die Algerienfrage ist, als Gast auf deutschem Boden weilt, machen „Die Falken“ und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete – es steht noch mehr darüber in dem Blatt – eine Demonstration vor dem Kurhaus in Kreuznach. Ich muß gestehen, das ist ungefähr das Übelste, was die Sozialdemokratie tun konnte, um Deutschland zu schaden. Auch das muß man berücksichtigen, wenn wir unser Verhältnis zur Sozialdemokratie einmal richtig sehen wollen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein Wort sagen zum Gemeinsamen Markt, zur Freihandelszone und zu den Verhandlungen in Kreuznach gestern. Sie werden es aus der heutigen Morgenpresse zum Teil ersehen haben, daß die Atmosphäre außerordentlich warm und freundschaftlich gewesen ist. Ich habe noch keiner internationalen Verhandlung beigewohnt, bei der zwischen allen Beteiligten ein derartiger Ton der Offenheit und der Herzlichkeit geherrscht hat wie gestern in Kreuznach zwischen den Franzosen und den Deutschen.

24 Hans-Jürgen Wischnewski (geb. 1922), 1957–1990 MdB (SPD), 1959–1961 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1976–1979 und 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt, 1979–1982 stv. Parteivorsitzender, 1984–1985 SPD-Schatzmeister (Memoiren: Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren. München 1989).

Mit de Gaulle habe ich etwa zweieinviertel Stunden lang unter vier Augen gesprochen, und zwar in voller Offenheit unsere zum Teil verschiedenen Ansichten ausgetauscht. Wir haben eine gute Arbeit geleistet im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt und auch auf die Aussichten einer Freihandelszone. Was den Gemeinsamen Markt angeht, so haben die Franzosen gestern noch einmal offiziell erklärt, daß sie von den Schutzklauseln, die ausdrücklich auf Verlangen Frankreichs in den Vertrag über den Gemeinsamen Markt aufgenommen worden sind, keinen Gebrauch machen würden, während mir de Gaulle, als ich im September bei ihm war, damals noch sagte, von diesen Schutzklauseln müßten sie Gebrauch machen.

Ich möchte auch betonen, daß de Gaulle in dem Gespräch unter vier Augen, insbesondere aber auch in den gemeinsamen Sitzungen, die europäischen Institutionen restlos bejaht hat. Er hat auch erklärt, er sei früher anderer Ansicht gewesen, aber er akzeptiere das, was geschehen sei im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Europas. Was die Freihandelszone angeht, so wissen Sie, daß sich der Maudling-Ausschuß²⁵ nicht aufgelöst, aber seine Verhandlungen zunächst einmal abgebrochen hat. Es soll jetzt – das ist in dem Kommuniqué nur teilweise enthalten – die Kommission des Gemeinsamen Marktes unter der Leitung von Herrn Hallstein²⁶ bei den sechs Ländern, deren Zusammenhalt nach der erklärten Auffassung von deutscher und französischer Seite noch wichtiger ist als das Zustandekommen der Freihandelszone, untersuchen, welche Möglichkeiten es gibt, um das Werk doch zustande zu bringen. Ich glaube, das ist ein guter Beschluß. Nach den verschiedenen Berichten, die ich inzwischen von Herrn Hallstein über seinen Blitzbesuch durch Europa bekommen habe, ist auch er optimistisch und hofft, daß es gelingen wird, zwar nicht von heute auf morgen, aber doch im Laufe der ersten Monate des nächsten Jahres, diesen größeren Zusammenschluß, diese Assoziation am Gemeinsamen Markt zustande zu bringen.

Neben diesem Erfolg unserer Verhandlungen in Kreuznach muß man doch dieses erste Erscheinen de Gaulles, seitdem er Ministerpräsident ist, auf deutschem Boden als ein Ereignis von großer Tragweite und Bedeutung sehen. Er war noch nicht in Großbritannien, geschweige denn in den Vereinigten Staaten. Er war auch noch nicht in Italien. Sein erster Auslandsbesuch hat in Deutschland stattgefunden. Das war von

25 Ausschuß benannt nach dem britischen Politiker Reginald Maudling (1917–1979), 1950 Einzugs ins Unterhaus (Konservativer), 1955 Versorgungsminister und Privy Councillor, 1957 Generalzahlmeister, 1959 Handelsminister, 1961 Kolonialminister, 1962–1964 Schatzkanzler, 1970–1972 Innen- und stv. Premierminister. – Der Maudling-Ausschuß war ein zwischenstaatliches Komitee der OEEC unter dem Vorsitz Maudlings, das seit Oktober 1957 in Paris über die Schaffung einer europäischen Freihandelszone verhandelte. Vgl. AdG 1958 S. 7451 (Abschlußbericht Maudlings); VON DER GROEBEN S. 64–70.

26 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist, Professor; 1950 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1951–1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 59 Anm. 21.

ihm so gewollt. Er ist ein Mann, der derartige Dinge sehr klug und weitblickend überlegt. Er hat das auch mir gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Wie die Geschicke ihren Lauf nehmen, das wurde einem gestern in Kreuznach wieder einmal klar. Das Kurhaus in Kreuznach war der Sitz des Großen Hauptquartiers im Ersten Weltkrieg von 1917 bis 1918. In dem Raum, wo wir zusammen zu Mittag speisten – und zwar genau auf den Plätzen, auf denen de Gaulle und ich und gegenüber von Brentano und Couve de Murville²⁷ und Pinay²⁸ gesessen haben –, haben im Ersten Weltkrieg der damalige Nuntius Pacelli²⁹, der damals den Vorschlag einer Friedensvermittlung des Papstes³⁰ überbrachte, und Kaiser Wilhelm II.³¹ gesessen. Kaiser Wilhelm hat aber diesen Vorschlag abgelehnt. Einige Jahrzehnte später sitzen nun der französische Ministerpräsident und der deutsche Bundeskanzler an der gleichen Stelle. Im übrigen wurden wir beide begeistert begrüßt von der ganzen Kreuznacher Bevölkerung. Es wurden Überlegungen angestellt über unsere Zusammenarbeit, über die Zukunft Europas und über die gemeinsamen Maßnahmen gegenüber der russischen Gefahr. Wenn man sich mit etwas Phantasie vor Augen führt, daß sich das alles im gleichen Hause und in den Räumen wie damals abgespielt hat, dann sieht man erst recht den Wandel in der Geschichte, und daß tatsächlich eine neue Zeit angebrochen ist, bei der sich gerade unsere Partei und Fraktion große Verdienste erworben haben.

Meine lieben Parteifreunde! Mich bewegt noch eine Frage seit einer Reihe von Wochen, und zwar fast täglich in erdrückender Weise; das ist die Frage: Kilb³², Hallstein, Blankenhorn und von Maltzan³³. Es handelt sich um die Gerüchte, die überall verbreitet werden, ausgehend von der Bonner Staatsanwaltschaft über den sogenannten Korruptionsherd in Bonn. Gerade weil Herr Kilb mit einer der Hauptpersonen in diesem schauerlichen Drama ist, möchte ich Herrn Kollegen Krone bitten, darüber zu Ihnen zu referieren; denn er ist in einer ganzen Reihe

27 Dr. Jacques Maurice Couve de Murville (geb. 1907), Jurist; 1956–1958 französischer Botschafter in Bonn, 1958–1968 Außenminister, 1968–1969 Ministerpräsident (Memoiren: Außenpolitik 1958–1969. München 1973).

28 Antoine Pinay (geb. 1891), 1946–1958 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, 1952 Ministerpräsident, 1955–1956 Außenminister, 1958–1960 Finanzminister (gleichzeitig 1959–1960 Wirtschaftsminister), 1960 Rücktritt. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 252 Anm. 16.

29 Eugenio Maria Giuseppe Giovanni Pacelli (1876–1958), 1917–1929 Nuntius in Berlin (ab 1920) und München (bis 1925), 1939–1958 Papst (Pius XII.). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 152 Anm. 28.

30 Benedikt XV. (1854–1922), 1914–1922 Papst. – Die Friedensnote vom 1. August 1917 blieb ohne Erfolg.

31 Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 Deutscher Kaiser. – Das Treffen fand am 29. Juni 1917 statt.

32 Hans Kilb (1910–1984), 1951–1958 Persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1958–1973 EURATOM Brüssel.

33 Dr. Vollrath Freiherr von Maltzan (1899–1967), Jurist, Diplomat; 1955–1958 Botschafter in Paris.

von Besprechungen über diesen Fall anwesend gewesen und hat sich auch dazu ausgesprochen. Ich möchte vermeiden, auch bei Ihnen den Eindruck zu erwecken, als ob ich aus einem persönlichen Pflichtgefühl heraus gegenüber meinem früheren persönlichen Referenten vielleicht die Dinge etwas weniger objektiv sähe. Ich möchte dann, wenn nötig, nachher noch über die Frage Hallstein–Blankenhorn zu Ihnen sprechen. (*Beifall.*)

Krone: Ich bin kein Jurist und bitte Sie, wenn ich jetzt Ausdrücke gebrauche, die ein normaler Staatsbürger anwendet, das hinzunehmen. Ich will zunächst darlegen, was sachlich zu berichten ist, und dann am Schluß meine Meinung, die ich mir habe bilden müssen, dazu sagen. Zunächst zu dem Fall Hallstein–Blankenhorn–von Maltzan!³⁴ Das Verfahren läuft bereits seit 1952/53. Heute schreiben wir 1958. Inzwischen ist einer der Angeschuldigten Botschafter bei der NATO, der andere ist Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und der dritte, früher Botschafter in Paris, ist jetzt Botschafter a.D. In dem Beschluß werden die Angeschuldigten Hallstein und Blankenhorn beschuldigt, im November 1952, gemeinschaftlich handelnd, den Referatsleiter Dr. Strack³⁵ im Ministerium von Herrn Professor Erhard vorsätzlich einer strafbaren Handlung unter Verletzung ihrer Amtspflicht in der Absicht verdächtigt zu haben, ein behördliches Verfahren herbeizuführen.

Was liegt dem zugrunde? Ein Gespräch des damaligen Presseattachés des ägyptischen Generalkonsuls mit Blankenhorn, in dem dieser Presseattaché, Dr. Galal³⁶, wahrheitswidrig – wie es heißt – Dr. Strack der Bestechung verdächtigt hat. Darüber hat Herr Blankenhorn ein Gedächtnisprotokoll angefertigt und hat dieses Herrn Hallstein, seinem Vorgesetzten, zur Kenntnis gebracht. Beide Herren haben dann gesagt, es sei besser, wenn der Ägypter Galal die Vorwürfe präzisiere, und sie haben dementsprechend um eine Präzision gebeten. Das Schreiben des Herrn Galal hat eine Präzisierung der Vorwürfe gegen Dr. Strack nicht erbracht, sondern es hat das abgeschwächt, was er mündlich Herrn Blankenhorn gesagt hatte.

Die beiden Angeschuldigten Blankenhorn und Hallstein standen der Richtigkeit der Behauptungen von Dr. Galal skeptisch gegenüber. Trotzdem – so heißt es – gab der Angeschuldigte Professor Dr. Hallstein einen entsprechenden Vermerk, und zwar nicht das Gedächtnisprotokoll, sondern die schriftliche Mitteilung des Herrn Galal an das Bundeswirtschaftsministerium, weiter unter Auslassung der Höflichkeitsformel

34 Anklageerhebung am 5. Mai 1958 wegen angeblicher leichtfertig falscher Anschuldigung und übler Nachrede zum Nachteil des Ministerialrats im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Hans Strack (vgl. Anm. 35). Erst das Oberste Bundesgericht in Karlsruhe sprach Blankenhorn und Hallstein am 22. April 1959 wegen erwiesener Unschuld frei. Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 204f.

35 Dr. Hans Strack (1899–1987), 1948–1959 Bundeswirtschaftsministerium (seit 1954 Ministerialrat), 1959–1964 Botschafter in Santiago de Chile.

36 Dr. Kamal Eldin Galal (geb. 1903), ägyptischer Diplomat und Journalist; 1952/53 Presseattaché des ägyptischen Generalkonsulats in Frankfurt, später in Genf.

und noch eines unwesentlichen Punktes. Das ist das, was man den beiden vorwirft und wessen man sie beschuldigt.

Jetzt zum Fall Kilb.³⁷ Ich will genauso sachlich hier berichten wie in dem anderen Fall. Der persönliche Referent des Herrn Bundeskanzlers, Kilb, hat mehrere Dienstwagen gefahren, (*Adenauer*: Leihwagen!) Leihwagen gefahren, und zwar privat, aber auch für Aufgaben der Partei und in Verbindung damit auch bei Urlaubsreisen des Kanzlers, auf Dienstreisen usw. Ich bin kein Jurist; es wurde mir gesagt, das sei an sich kein strafbarer Tatbestand. Erst wenn jemand etwas tut im Sinne des Geschenkgebers, ist das strafbar.

Was hat nun Herr Kilb nach den Punkten der Anklageschrift Strafbares getan? Das sind drei Punkte:

Erstens, der Herr Bundeskanzler fuhr einen Mercedes und mußte einen neuen Wagen haben. Er hat überlegt, ob er nicht einen BMW fahren sollte, weil der geräumiger sei. Er hat seinen Fahrer auch nach dessen Urteil gefragt, der ihm gesagt hat: Bleiben Sie lieber beim Mercedes, der andere hat noch Kinderkrankheiten. Der Kanzler hat erklärt, daß er sich dann entschieden habe für einen neuen Mercedes. Es wird unterstellt, daß Kilb hier mitgewirkt habe im Sinne des Hauses Mercedes.

Der zweite Punkt betrifft den geplanten Ankauf von 750 Omnibussen für Teheran. Die waren bestellt. Der Kanzler war dann in Teheran 1957.³⁸ Bei einer Veranstaltung der dortigen deutschen Kolonie wird dem Herrn Bundeskanzler der Vertreter von Mercedes vorgestellt, der dann sagt: Mit der Bestellung, Herr Bundeskanzler, geht es nicht voran. Das ist doch eine große Sache, hier in diesem Lande, an dieser gefährdeten Stelle, nach der Richtung etwas zu tun. Sie wissen doch davon, Herr Bundeskanzler! Darauf sagt der Herr Bundeskanzler zu Herrn Kilb: Herr Kilb, sorgen Sie dafür, daß die Sache in Ordnung kommt. Das hat Herr Kilb getan in dem Sinne, daß nun das Geschäft auch in Ordnung kam, d.h. daß es perfekt wurde. Ich glaube nicht, daß der Kanzler dem Herrn Kilb den Befehl gegeben hat, es nur förmlich in Ordnung zu bringen, um es dann vielleicht negativ zu erledigen, sondern positiv, wie es der Bundeskanzler gemeint hat. Daß Herr Kilb nun gesorgt hat, daß es positiv in Ordnung kam, wird ihm als zweiter Punkt der Anklage, und zwar als Bestechung, unterstellt.

Das dritte ist eine Geschichte mit Maßen und Gewichten, also eine Sache „Seebohm“, die in der Fraktion hin- und hergeht. Der Kanzler bekommt einen Brief von Herrn Koenecke³⁹, dem Generaldirektor vom Daimler-Benz. Es ist hier üblich, daß solche Briefe an den persönlichen Referenten gehen. Der macht sie auf

37 Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 204.

38 Ob der Schah nur Busse aus Deutschland wünschte und dieser Wunsch erst durch Kilb in das Verlangen nach Mercedes-Bussen umgedeutet wurde, war einer der strittigen Punkte im Fall Kilb. Vgl. „Der Spiegel“ vom 22. Oktober 1958 S. 17. – Adenauer war vom 28. März bis 2. April 1957 in Teheran (AdG 1957 S. 6369f.).

39 Dr. Fritz Koenecke (1899–1979), Generaldirektor; 1953–1960 Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG Stuttgart-Untertürkheim.

und gibt sie weiter. Er hat einen Stempel draufgesetzt und ihn dann dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt. Der Herr Bundeskanzler hat den Brief bekommen und ihn dann mit einem Vermerk an den hierfür in seinem Hause zuständigen Verkehrsbeamten weitergegeben.

Adenauer: Herr Krone, dazu darf ich folgendes kurz sagen. Sie wissen, daß damals ganz Deutschland in Aufruhr war durch die Lastwagengeschichten wegen der Gummireifen, der Produktion usw., aber auch wegen der Sternfahrten. Es waren auch zwei Vertreter des Verbandes der Lastwagenbesitzer bei mir⁴⁰, die haben mit Herrn Koenecke gar nichts zu tun. Ich hatte mit Herrn Seebohm darüber gesprochen. Seebohm hatte mir damals gesagt: Ich werde sehen, daß wir die Sache in Ordnung bekommen, und zwar durch Einräumung einer Übergangszeit. Ich habe dann auf den Brief von Herrn Koenecke, den ich Herrn Seebohm zugeschickt habe, lediglich den Vermerk gemacht: Sie hatten mir doch mitgeteilt, die Sache wird in Ordnung kommen! Das ist alles.

Krone: Das war Ihr Recht und Ihre Pflicht. Das Verhalten des Herrn Kilb – Stempel aufdrücken, vorlegen bei dem Herrn Bundeskanzler usw. – hat zu Untersuchungen geführt. Dabei ist auch ein Herr aus dem Verkehrsministerium gefragt worden, wie es bei ihnen üblich sei. Und dieser hat gesagt, das geht bei uns zuerst an das Referat und dann an den Minister. Auch ein Beamter aus dem Hause sagte, in dem kleineren Betrieb des Bundeskanzleramtes gehe es zuerst an den Referenten. Auch in anderen Ministerien ist es so, da geht es über den Minister an den Referatsleiter. Das ist also der dritte Punkt.

Ich glaube, daß die Aussage, die hier zu diesem Punkt gemacht worden ist, von dem Staatsanwalt nicht so bewertet wurde wie die gegenteilige aus dem Verkehrsministerium. Aber das nur am Rande!

Jetzt möchte ich meine Meinung vortragen. Als ich diesen Punkt hörte – von dem Herrn Bundeskanzler vorgetragen –, war meine erste Frage: Und? Weiter nichts! Ich verstehe nicht, daß bei diesem Tatbestand Herr Kilb heute noch in Haft sitzt und daß gestern beschlossen worden ist, ihn wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr weiter sitzen zu lassen. Dazu eine kleine Episode! Ein Kind aus der Familie ist von der Mutter von der Schule genommen worden. Und darin sieht das Gericht einen Beweis für die Möglichkeit einer Flucht, obwohl festgestellt worden ist von dem Direktor der Schule, daß das Kind im Benehmen mit dem Direktor von der Schule genommen worden ist, weil das Kind dauernd gehänselt wurde: Dein Vater sitzt ja im Gefängnis. Ich verstehe nicht, warum das Gericht gesagt hat, er bleibt weiter in Haft. Ich kann mir nicht denken, daß das die Verteidigung des Angeklagten Kilb erleichtert, weder

40 Der Präsident der Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes, Georg Geiger, und der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, Max Thoenissen, hatten Adenauer aufgesucht, um gegen eine Lastwagen-Verordnung zu protestieren, die am 1. Januar 1958 in Kraft treten und eine Reduzierung des Autoschwerlastverkehrs bewirken sollte. Vgl. hierzu: Lastwagen-Verordnung. Der kluge Herr Seebohm. In „Der Spiegel“ vom 9. Oktober 1957.

psychologisch noch sachlich. Das liest die Öffentlichkeit, insbesondere wird das in Boulevard-Blättern groß aufgemacht. Wenn man ins Volk hineingeht, dann hört man: Was ist das für ein Saustall in Bonn. Das geht doch gegen den Staat. Leider stehen noch weitere solcher Fälle – einige noch schlimmer – in großer Zahl vor uns.

Ich werde bei alledem an die Jahre 1930 bis 1933 erinnert. Wer das miterlebt hat, wie der damalige Staat systematisch von Leuten der Justiz vernichtet worden ist, der sagt sich besorgt, so etwas kann heute noch geschehen, wobei ich – nach dem, was ich von den Herren weiß – keinem unterstelle, daß sie das wollen. Woher kommt denn eine solche Einstellung? Ich sehe darin eine Nachwirkung der Justizauffassung des Dritten Reiches, wo man den Staat in einer überbetonten und ungerechtfertigten Form als sicherheitsbedürftig herausstellte, wobei der Mensch im Staate keine Rolle gespielt hat.

So komme ich denn zum Schluß zu der Auffassung, daß der Fall Kilb und der Fall Blankenhorn weit über diese Betroffenen selbst hinausgehen, auch weit über den Kreis derer hinausgehen, die noch in einer großen Zahl vor dem Staatsanwalt stehen werden. Wenn diese Fälle in ähnlicher Weise wie bisher bearbeitet werden, kann sich das über Monate und Jahre hinaus erstrecken, so daß wir, Regierung und Bundesgesetzgeber, überlegen müssen, was zu tun ist im Interesse der Beamten; denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Beamte der Häuser Etzel und Erhard⁴¹ überhaupt noch etwas tun oder Entscheidungen treffen können bei einer solchen Methodik, ohne befürchten zu müssen, irgendwie in eine Untersuchung hineinzugeraten.

Adenauer: Ich möchte nur ganz wenige Bemerkungen zu dem Vortrag von Herrn Krone machen. Iran spielt in unserer Außenpolitik eine besonders wichtige Rolle. Wenn Sie sich das Bild der Landkarte vor Augen halten, dann sehen Sie einen Abwehrramm gegenüber Sowjetrußland, der von Griechenland über die Türkei, den Iran bis nach Pakistan reicht. Ich darf Sie daran erinnern, daß es zwischen Sowjetrußland und Iran in den zwanziger Jahren große Auseinandersetzungen gegeben hat und daß ein Teil Irans von den Russen besetzt war.⁴² Ich darf ferner den Namen Mossadegh⁴³ erwähnen, damit Sie genau wie ich zu der Ansicht kommen, daß alles geschehen muß, um Iran beim Westen zu halten.

Nun haben die Engländer beim Ausgang des letzten Krieges den Vater des jetzigen Schahs von Persien⁴⁴ nach Madagaskar deportiert, wo er dann gestorben ist. Infolgedessen ist das englische Ansehen im Iran gleich Null. Das deutsche Ansehen

41 Das Bundesministerium der Finanzen unter Minister Etzel und das Bundesministerium für Wirtschaft unter Minister Erhard.

42 Zwischen 1907 und 1921 galt der Norden Irans als russisches Einflußgebiet. Während des Ersten Weltkrieges war das Land teilweise von russischen Truppen besetzt.

43 Mohammed Mossadegh (1881–1967), iranischer Politiker; 1920–1923 nacheinander Justiz-, Finanz- und Außenminister, 1923–1927, 1943 Abgeordneter, Führer der Nationalen Front, 1951–1953 mit Unterbrechung Ministerpräsident, 1953–1956 inhaftiert.

44 Reza Pahlewi (1878–1944), Herrscher von Persien, 1925–1941 Schah von Iran. – Mohammed Reza Pahlewi (1919–1980), Sohn von Reza Pahlewi, 1941–1979 Schah von Iran.

ist dort groß. Iran ist auch ein Land mit reichen Bodenschätzen. Wir bemühen uns deswegen in ganz besonderer Weise um den Iran, und zwar insbesondere um die Hebung seiner Wirtschaft, wodurch auch das Ansehen des deutschen Volkes gestärkt wird. Aus diesem Grunde bin ich damals nach Teheran gefahren und habe dem Schah diesen Besuch gemacht. Wir haben damals lange wirtschaftliche Gespräche geführt. Deswegen ist auch gerade die Frage der Bestellung von deutschen Omnibussen in einem Lande wie Iran, wo es nur sehr wenig Verkehrsmittel gibt, von außerordentlich großer Bedeutung für uns gewesen. Deswegen haben mir der deutsche Botschafter und auch der Vertreter von Daimler-Benz das gesagt, und deswegen habe ich Herrn Kilb diesen Auftrag gegeben.

Nun zu der Frage Hallstein-Blankenhorn-von Maltzan! Herr Kollege Krone hat Ihnen eben den größten Teil der Anklageschrift vorgelesen. Damals gab es noch keinen ägyptischen Botschafter hier, sondern der ägyptische Generalkonsul in Frankfurt vertrat Ägypten in der Bundesrepublik. Galal war damals Presseattaché. Die Anklage wird erhoben, weil Blankenhorn die Aussage von Galal weitergeleitet hat. Blankenhorn hat dessen Aussage nicht wörtlich aufgenommen, sondern hatte einige Herren bei sich, die dann ein Gedächtnisprotokoll gemacht haben. Aber das Ganze erschien sowohl Hallstein wie Blankenhorn so komisch und unglaublich, daß sie das getan haben, was das einzig Vernünftige war, sie haben nämlich dem Galal geschrieben: Wenn du etwas auf dem Herzen hast, gib es schriftlich von dir. Dann kam der Brief. Und dieser Brief erweckte bei ihnen noch größere Bedenken in bezug auf die Zuverlässigkeit des Galal. Der Wirtschaftsminister war damals der Vorgesetzte des [Herrn] Strack. Die Herren haben dann lediglich das getan – auch nach der Anklageschrift und nach dem Eröffnungsbeschluß –, was jeder Beamte zu tun verpflichtet ist, daß sie nämlich diesen Brief dem Vorgesetzten des Herrn Strack, dem Bundeswirtschaftsminister, übersandt haben. Das ist also das ganze Vergehen.

Nun hat damals der Herr Amelunxen⁴⁵ angeordnet, daß die Anklage nach fünf Jahren erhoben werde. Der Herr Amelunxen hat damals angeordnet, daß die Staatsanwaltschaft eine Pressekonferenz wegen dieses „Verbrechens“ einberufe. Daraus ersehen Sie die ganzen politischen Hintergründe des Herrn Amelunxen völlig klar.

Was sollen wir nun tun? Die Sache wird im Bundestag eine Rolle spielen. Eine Intervention der Sozialdemokraten ist eingebracht.⁴⁶ Man wird, wie ich von Herrn Krone höre, der Bundesregierung und insbesondere mir zum Vorwurf einen Beschluß des Kabinetts machen, in dem wir bestätigt haben, daß keine Veranlassung für

45 Dr. Rudolf Amelunxen (1888–1969), 1946/47 Ministerpräsident NW (Zentrum), 1950–1958 Justizminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 510 Anm. 21; Clemens AMELUNXEN: Vierzig Jahre Dienst am sozialen Rechtsstaat. Rudolf Amelunxen zum 100. Geburtstag. Portrait eines Demokraten. Berlin 1988.

46 Vgl. Anm. 50.

die Bundesregierung vorliege – ich zitiere nicht wörtlich –, nun die Nominierung des Herrn Blankenhorn als Botschafter bei der Französischen Republik zurückzuziehen. Er war nämlich schon vorher bei der Französischen Republik als Botschafter ernannt worden. Das Agreement war erteilt worden. Wenn wir uns in diesem Augenblick nicht hinter Blankenhorn gestellt hätten – wobei wir im Kabinett nach zweieinhalbstündiger Beratung der ganzen Sache den Wortlaut des Kabinettsbeschlusses sehr sorgfältig redigiert haben, um nun ja nicht das Gericht zu verletzen –, was wäre dann gewesen? Blankenhorn hätte nicht mehr Botschafter in Paris sein können, aber auch nicht mehr Botschafter bei der NATO; denn wenn er unwürdig war, Botschafter bei der Französischen Republik zu sein, dann war er auch unwürdig, bei der NATO zu bleiben. Herr Hallstein kam zu mir und sagte, wenn die Bundesregierung nicht hinter Blankenhorn tritt, dann muß ich mein Amt als Präsident dieses Ausschusses niederlegen. Ein Deutscher als Präsident dieses Ausschusses, namentlich in der Anfangszeit des Gemeinsamen Marktes und auch wegen der Freihandelszone, das ist natürlich von eminenter Bedeutung.

Nun war die Frage, ob wir – weil der Herr Amelunxen die Erhebung der Anklage befohlen und das Gericht den Beschluß gefaßt hatte – unsere Außenpolitik auf diesem wichtigen Sektor fallenlassen sollten. Und da hat sich das Kabinett eingemischt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß wir diesen Beschluß, den wir gefaßt haben, fassen müßten.

Bemerkenswert ist noch folgendes: Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben wegen fahrlässiger Handlung, aber die Strafkammer hat daraus „vorsätzliche fahrlässige Handlung“ gemacht. Warum? Ich weiß es nicht. Ich muß Ihnen sagen, als ich die Anklageschrift gelesen habe, da habe ich mir wirklich an den Kopf gefaßt und mich gefragt, was soll man eigentlich dazu sagen.

Nun bin ich in der Sache Kilb als Zeuge durch einen Staatsanwalt von 32 Jahren vernommen worden, und zwar in Anwesenheit des Oberstaatsanwaltes. Er hat mir Fragen gestellt. Ich habe die Fragen beantwortet. Man wollte weder eine Stenotypistin noch eine Schreibmaschine von uns haben. Er hat dann diktiert, was ich gesagt haben sollte; und dreimal habe ich ihm dann ins Wort fallen und sagen müssen: Herr Staatsanwalt, das habe ich doch gar nicht gesagt! Worauf schließlich der Oberstaatsanwalt erklärte: Schreiben Sie doch das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat!

Nun zu dem Brief des Herrn Koenecke an mich, der mir von dem Referenten direkt vorgelegt worden ist, statt zuerst ins Referat zu gehen! Das ist bei uns so üblich. Das ist bei dem einen Ministerium so und bei dem anderen so geregelt. Im Verkehrsministerium ist es zufällig so geregelt, daß es zuerst ins Referat geht und dann der Referent aussucht, ob er das seinem Minister vorlegt. In anderen Ministerien ist es anders geregelt. Im Finanzministerium ist es anders, und bei uns ist es auch anders. Dann ist der Staatsanwalt zu dem Referenten gegangen und hat ihn gefragt: Ist das nicht auffällig? Darauf hat dieser gesagt: Das ist bei uns so Usus. Dann hat der Staatsanwalt erwidert: Aber im Verkehrsministerium ist es anders! Worauf Herr

Hornschu⁴⁷ sagte: Aber bei uns ist es so, und ich finde nichts Auffälliges daran. Der Dialog geht wie folgt weiter: Staatsanwalt: Fühlen Sie sich dadurch verletzt? Antwort: Ich fühle mich gar nicht verletzt; ich wüßte auch nicht, warum. Wir arbeiten hier einmütig zusammen. Staatsanwalt: Dann brauche ich Sie nicht als Zeuge zur Hauptverhandlung zu benennen (das hat er auch nicht getan), es sei denn, Sie hätten noch einen Knüller für mich! (*Lebhafte Bewegung und Zurufe: Unerhört! Nicht zu glauben! – Fricke: Das scheint mir aber ein schöner Staatsanwalt zu sein! – Anhaltende Unruhe.*)

Meine Herren! Es gibt noch mehr – ich muß Ihnen das in aller Offenheit sagen – ungläubliche Verhältnisse! Gestern hat mir Herr von Eckardt – ich habe ihn gebeten, mir das schriftlich zu geben – mitgeteilt, daß ein Journalist ihm einen Beschluß der Staatsanwaltschaft, und zwar zwei Tage eher, bevor er irgendetwas anderem mitgeteilt wurde, gezeigt habe.

Die Pressestelle der Staatsanwaltschaft versieht laufend die Öffentlichkeit mit allen möglichen dunklen und unkontrollierbaren Nachrichten, während das Bundesgericht in einem Urteil, das Anfang dieses Monats veröffentlicht worden ist⁴⁸, noch ausdrücklich festgestellt hat, daß der Staatsanwalt auch Verpflichtungen gegenüber dem Beschuldigten hat, daß er seine Ehre so lange zu respektieren hat, bis ein Urteil gesprochen ist. Das geschieht aber hier bei uns in Bonn nicht! Man hat noch sieben Staatsanwälte aus Nordrhein-Westfalen zu dieser Staatsanwaltschaft hinzugezogen, damit die wühlen und arbeiten können. Es droht nun – und das sage ich Ihnen allen Ernstes – ein ganz schwerwiegender Konflikt zwischen der Justiz und der Bundesregierung.

Wir dürfen nach meiner Auffassung nicht zulassen, daß durch gesetzwidrige Handlungen der Staatsanwaltschaft das öffentliche Ansehen der Bundesregierung in der ganzen Welt in einer solchen Weise heruntergesetzt wird. Herr Kollege Erhard war vor kurzer Zeit in Ostasien.⁴⁹ Als er zurückkam, hat er gesagt, die Zeitungen in Ostasien seien voll von Mitteilungen über Korruptionen in Bonn. Das deutsche Ansehen in der Welt wird durch diese Herren in einer unerträglichen Weise heruntergesetzt. Es besteht doch ein Weisungsrecht für die Staatsanwaltschaft, das durch den Justizminister ausgeübt wird. Das Weisungsrecht ist also da! Aber Gebrauch wird davon nicht gemacht! Und nun wird die Sache im Plenum des Bundestages aufgrund einer Großen Anfrage der SPD Anfang Dezember öffentlich behandelt werden.⁵⁰ Welchen Eindruck das auf die Bevölkerung machen wird, das mag sich

47 In der Vorlage: Höltschuh. – Dr. Hans-Erich Hornschu (1914–1986), 1953–1979 Bundeskanzleramt, u.a. Referatsleiter.

48 Nicht zu ermitteln.

49 Erhard hielt sich Ende Oktober/Anfang November 1958 in Japan, Ceylon, Indien, Burma und Thailand auf (AdG 1958 S. 7369, 7378, 7384).

50 Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Fragen der Justizpolitik, 16. Oktober 1958 (BT-Drs. 569). Beratung am 22. Januar 1959 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 3047–3123).

jeder für sich klarmachen. Aber wir dürfen dem nicht ausweichen und müssen dazu im Bundestag Stellung nehmen.

Die Strafkammer hier in Bonn, die jetzt Beschluß gefaßt hat über die Anklageerhebung gegen Kilb, hat die Haftentlassung abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft hat sich seinerzeit von dem zuständigen Richter den Haftbefehl, und zwar unter der Behauptung, es bestehe Verdunkelungsgefahr, geben lassen, wobei aber in der Anklageschrift nur einfach steht: „Es wird beantragt, Fortdauer der Haft zu beschließen“, ohne Angabe, ob Verdunkelungsgefahr oder Fluchtgefahr bestehe. Und nun wird jetzt „wegen Fluchtgefahr“ hinzugefügt.

Was jetzt kommt, ist so unglaublich und bekundet eine solche Weltfremdheit des Gerichts, daß man dem fassungslos gegenübersteht. Die „Kölnische Rundschau“ berichtet darüber: „Die Kammer hat darüber hinaus als weiteren Haftgrund auch Fluchtgefahr wegen der Beziehungen angenommen, die Kilb zum Ausland habe, und wegen der Tatsache, daß er seit April dieses Jahres Sicherheitsbeauftragter bei der EURATOM-Behörde in Brüssel ist.“⁵¹ Wenn das ein Grund für die Fortdauer der Haft ist und ein Gericht das schreibt, dann kann man wirklich verzweifeln an der Justiz. Das sage ich ganz offen.

Ich darf noch ein Wort zu dem so oft und so gern in der Presse gebrauchten Vorwurf wegen Eingreifens in ein schwebendes Verfahren sagen. Wer verbietet denn einen Eingriff, und was ist ein Eingriff? Einen Eingriff bedeutet es nicht, wenn wir einen Tadel gegenüber dem aussprechen, was ein Gericht oder die Staatsanwaltschaft tut. Das ist kein Eingriff! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Staatsanwalt⁵² – ich war selber zwei Jahre lang Staatsanwalt – dazu da ist, auch die Rechte des Beschuldigten zu wahren, und daß er objektiv sein muß. Der Staatsanwalt ist auch weisungsgebunden; also kann in seine Amtsführung eingegriffen werden durch seinen Vorgesetzten. Ich muß sagen, der Mensch ist schon unglücklich, sobald sich ein Staatsanwalt nach einer solchen Geschichte mit ihm in dieser Weise beschäftigt. Das ist nichts anderes wie Gestapo-Methoden! Ich habe es selbst erlebt, daß ohne Angabe irgendeines Tatbestandes oder Verdachts fünf Gestapo-Beamte bei mir Haussuchung gemacht haben, ob sie nicht irgendwo etwas finden könnten. Das sind Methoden aus der Nazizeit. Wir müssen versuchen, diese Methoden aus der Nazizeit zum Verschwinden zu bringen, sonst gibt es keine Rechtssicherheit mehr in Deutschland.

Ich will Sie nicht lange aufhalten mit der rechtlichen Seite und den Geschichten, die da gemacht worden sind, sondern nur noch eine Sache herausgreifen. Ein Ministerialrat, der früher im Finanzministerium war und jetzt in einem anderen Ministerium ist, Herr Beurlen⁵³ aus dem Schwarzwald, hatte den Auftrag, ein

51 „Kölnische Rundschau“ vom 27. November 1958.

52 Von 1901 bis 1903.

53 In der Vorlage: Bäuerle. – Max-Ernst Beurlen (geb. 1907), 1950–1958 Bundesfinanzministerium (Ministerialrat), 1958–1960 Bundesschatzministerium, 1960 aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden.

Grundstück zu verkaufen, das dem Bund gehört. Ein Reflektant war ein Mann aus dem Schwarzwald, der mit ihm zusammen auf die Schule gegangen ist. Der Reflektant kommt zu ihm und bringt ein Brot aus dem gemeinsamen Heimatdorf und eine Flasche Kirsch mit und sagt – ich kann es leider nicht in der Mundart so wiedergeben: Nu wolle mer erscht amol veschpern, eh' mer verhandle! Die beiden haben dann zusammen Brot gegessen und Kirsch getrunken. Dann ist der Reflektant weggegangen und hat die Hälfte des Brotes und den Rest des Kirschwassers – ich weiß nicht, wieviel noch in der Flasche war – dagelassen. Und der Herr Beurlen hat das nun mit nach Hause genommen. Das Grundstück hat er übrigens sehr gut verkauft, und zwar weit über die Taxe. Und nun klagt die Staatsanwaltschaft gegen Beurlen wegen schwerer Bestechung.

Aber jetzt kommt die Hauptsache! Das Gericht spricht den Herrn frei, und die Staatsanwaltschaft legt dagegen Revision ein, auch in Bonn. (*Gurk*: Wer bringt denn alle diese Bagatellen an die Staatsanwaltschaft? Da müssen doch im Ministerium selbst dunkle Leute sitzen!) Es sind gewisse Sachen, Herr Gurk – dazu kann Herr Erhard etwas sagen –, die schon sechs Jahre bei der Staatsanwaltschaft ruhen, ohne daß irgendwas geschieht. So sind die Verhältnisse.

Zum Schluß noch folgendes: Als der Herr Dehler noch Justizminister war, hat er in einer Bundestagssitzung gegen Herrn Arndt vorgebracht, daß Herr Arndt in einem Schreiben an einen Herrn Sowieso – das war der Mann, der über die Zulassung zur NS-Rechtsanwaltschaft in der nationalsozialistischen Zeit zu befinden hatte – zum Ausdruck gebracht habe, er habe als Beisitzer an einer Strafkammer in drei Fällen durch Abgabe seiner Stimme dafür gesorgt, daß bekannte Nationalsozialisten freigesprochen worden seien, und deswegen bäte er, zur Rechtsanwaltschaft zugelassen zu werden. Das Schreiben hat Herr Dehler verlesen. Dann hat Herr Arndt eine Beleidigungsklage gegen Dehler erhoben.⁵⁴ Herr Dehler war dann – Beleidigungsklagen nehmen viel Zeit in Anspruch – später in der Opposition, und Herr Arndt und Herr Dehler haben sich vertragen und dem Gericht erklärt, sie hätten kein Interesse mehr an der weiteren Behandlung dieser Angelegenheit.

Und nun kommt das „Großartige“! Herr Wenger vom „Rheinischen Merkur“ hat die Sache aufgegriffen und im „Rheinischen Merkur“ gebracht.⁵⁵ Daraufhin hat Herr Arndt Strafantrag gegen Wenger wegen Beleidigung gestellt, und die Staatsanwaltschaft hat prompt reagiert. Herr Wenger ist zu DM 200,- Geldstrafe wegen Beleidigung des Herrn Arndt verurteilt worden. Herr Wenger hat Revision eingelegt. Das Bundesgericht hat das Urteil aufgehoben und die Sache an das

⁵⁴ Dehler hatte in einem Brief an den Vorsitzenden des Richterwahlausschusses, Wilhelm Laforet, Arndt beschuldigt, 1933 seinen Richtereid gebrochen zu haben (Wortlaut des Briefes in FAZ vom 6. Dezember 1952) – Vgl. auch PROTOKOLLE I S. 187–189, 199.

⁵⁵ Vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 12. Dezember 1952 („Der Fall Arndt. Der Kronjurist der SPD im Zwielficht der Geschichte“) und 19. Dezember 1952 („Der Fall Menzel. Ein Beitrag zur Technik der SPD-Personalpolitik“).

Landgericht Köln verwiesen, nicht nach Bonn, und die Strafkammer des Landgerichts Köln hat die Sache ohne weiteres eingestellt. Das Bundesgericht hat bei der mündlichen Verkündung des Urteils erklärt, es gäbe kein Gericht und keine Staatsanwaltschaft in der Bundesrepublik, die aufgrund eines solchen Tatbestandes zu einer Klage oder zu einer Verurteilung kämen.

Meine Damen und Herren! Ich würde nun vorschlagen, ehe wir in eine allgemeine Diskussion eintreten, über die Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu berichten. (*Zustimmung.*) Wenn Sie damit einverstanden sind, darf ich Herrn Fay bitten, uns über die hessischen Landtagswahlen Bericht zu erstatten.

WAHLEN IN HESSEN UND BAYERN

Fay: Ich werde mich bemühen, möglichst objektiv zu berichten. Die CDU hatte im Jahre 1950 im Hessischen Landtag 12, 1954 24, und jetzt hat sie 32 Abgeordnete. Ich habe ausgerechnet, wenn wir so fortfahren, dann haben wir im Jahre 1970 die absolute Mehrheit. (*Heiterkeit.*) Landtagswahlen sind keine Bundestagswahlen. Vergleiche zur Bundestagswahl hinken. Auf der anderen Seite ist es aber gut, wenn man die Vergleiche zur letzten Bundestagswahl einmal zieht, weil man daraus Schlüsse auf die Haltung der Bevölkerung ziehen kann. Zunächst haben wir gefragt, was kann eigentlich das Ziel dieses Wahlkampfes sein. Dazu muß ich ein paar Bemerkungen über die Situation in Hessen machen. Seit 1945 ist die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei in Hessen; nur einmal, und zwar bei der Bundestagswahl 1957, haben wir die Sozialdemokraten in Hessen überrundet. Damals hatte die SPD 1.038.000 Wähler, wir hatten 1.116.000 Wähler, also eine respektable, aber nicht allzu große Spitze gegenüber den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben von Anfang an die Regierung mit dem BHE gebildet, der sehr stark links liegt in Hessen.

Wir dachten, es sei ein sehr lohnendes Ziel, daß 1. die CDU diese Spitze aus der Bundestagswahl her halten könne, 2. die SPD gehindert würde, entweder allein oder mit dem BHE die Regierung zu bilden. Über die Frage, welche Regierung nun an die Stelle der seitherigen SPD/BHE-Regierung treten sollte, haben wir bewußt keine Entscheidung getroffen; denn die Mehrheitsverhältnisse waren sehr knapp. Wer die Verhältnisse in Hessen kennt, der weiß, wie schwierig es gewesen wäre, die Spitze, die wir 1957 bei der Bundestagswahl hatten, wieder zu erreichen, so daß wir diese Frage bewußt offengelassen haben. Ich erwähne das deswegen, weil das nachher in der Kritik eine gewisse Rolle spielen wird.

Wir haben die beiden Ziele, die wir uns vorgenommen hatten, nicht erreicht. Wir sind nicht die stärkste Partei, sondern die Sozialdemokraten sind es geworden. Die Sozialdemokraten sind auch in der Lage, zusammen mit dem BHE die Regierung zu bilden. Allein sind sie trotz allem noch nicht dazu in der Lage; denn sie verfügen nur über 48 Mandate, und 49 Mandate wären die absolute Mehrheit. Sie brauchen also noch einen Partner. Sie werden zweifellos mit dem BHE wieder

die Regierung bilden, wobei zu bemerken ist – Herr Professor Oberländer wird es bestätigen –, daß die BHE-Abgeordneten ein ganz besonderes Völkchen sind. (*Oberländer*: Stimmt!) Warum haben sich unsere Erwartungen nicht erfüllt? Ich will offen sagen, unsere Erwartungen gingen nun nicht dahin, wieder 40,9 % wie bei der Bundestagswahl zu bekommen; denn wir hatten uns gesagt, 35 bis 36 % ist das, womit wir bei nüchternen Erwartungen rechnen können. Wir hatten das Ergebnis von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gesehen. Wenn man nun die Zahlen der Bundestagswahl und die Zahlen der diesjährigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vergleicht, so haben unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen⁵⁶ absolut 17 % und unsere Freunde in Schleswig-Holstein 13 % verloren. Dieses Bild habe ich meinen kühlen und nüchternen Überlegungen zugrunde gelegt und kam dabei auf einen Mittelwert von rund 15 % für Hessen; das sind 35 bis 36 %. Alle Wünsche, die darüber hinaus geäußert worden sind, lagen im Reiche der Phantasie. Auch die demoskopischen Befragungen, die man in Bonn herumgereicht hat und die bei dem einen oder anderen sehr gläubig angenommen worden sind, gehören dem Reiche der Phantasie an. Es waren Befragungen auf Bundesebene. Es ist dabei der Eindruck entstanden, daß das, was auf Bundesebene gilt, auch für Hessen gelten müsse. Das ist aber nicht der Fall. Leider sind nun aus diesen Befragungen Rückschlüsse bis nach unten gezogen worden. Ich möchte daher bitten, demoskopische Befragungen nur zu publizieren, wenn sie wirklich das betreffende Land berühren, so daß man daraus auch echte Rückschlüsse ziehen kann; sonst werden falsche Vorstellungen erweckt.

Unsere Erwartungen sind also nicht erfüllt worden. Wir haben einen Schwund von 22 % gegenüber dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl zu verzeichnen. Unsere Freunde in Bayern allerdings – und ich lege großen Wert darauf, das hier festzustellen – haben einen Schwund von 30 %. Die CDU in Hessen liegt also noch wesentlich besser als die CSU in Bayern bei dieser Landtagswahl. Was war nun die Ursache? Wir haben uns im Landesvorstand außerordentlich viel Gedanken gemacht und haben etwa 30 Punkte zusammengestellt, die möglicherweise einen Einfluß darauf gehabt haben. Ich bin der Meinung, jeder dieser 30 Punkte hat auch einen Einfluß gehabt, und die Addition dieser 30 Punkte – es gibt vielleicht noch 5 oder 10 andere Punkte – hat eben das Minus von 22 % gegenüber der Bundestagswahl von 1957 ergeben.

Ich will nicht alle aufzählen, sondern nur ein paar markante Punkte herausgreifen. Fangen wir bei uns in Hessen an. Was haben wir in der Anlage des Wahlkampfes falsch gemacht? Wir haben uns einer Propaganda der Sozialdemokraten gegenübergesehen, die ganz auf die Person des Herrn Zinn abgestellt war. Wir waren nicht in der Lage, einen hessischen Landespolitiker in der Propaganda entgegenzusetzen, weil in unseren eigenen Reihen die Sache – ich sage es ganz offen – nicht klar war, wer denn nun

⁵⁶ Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fand am 6. Juli 1958 statt, die in Schleswig-Holstein am 28. September 1958. Ergebnisse vgl. Nr. 1 Anm. 27 und 29.

eigentlich der Antipode ist. Heute, nachdem wir die Wahl „verloren“ haben, hat sich in den Reihen der CDU die Situation geklärt. (*Zuruf*: Warum nicht vorher?) Ich meine, auch in Kreisen der Bundestagsfraktion in Bonn hat man gesündigt. Als Herr von Brentano als der mögliche Ministerpräsident genannt wurde oder Herr Strauß⁵⁷ oder Herr Nahm⁵⁸ – es sind auch noch andere Namen gefallen –, hat man damit erreicht, daß sowohl diese Leute, aber auch die hessischen Politiker herabgesetzt wurden. (*Zuruf*: Warum denn?) Es ist viel geredet worden, und man hat nichts damit erreicht. Es ist gesagt worden, dadurch, daß wir nicht klar erklärt hätten, daß wir niemals mit der SPD koalieren würden, sei ein Teil der Wähler von uns weggegangen oder sogar zu Hause geblieben. Ich gebe zu, daß das vielleicht für den einen oder anderen maßgebend war, nicht zur Wahl zu gehen oder eine andere Partei zu wählen. Die Parteien, die am lautesten in dieser Hinsicht geschrien haben, haben einen Erfolg für sich gar nicht verbuchen können, z.B. die DP. Sie hat sich verkleinert von 143.000 auf 93.000 Stimmen. Die FDP hat nur 15.000 Stimmen gegenüber dem Bundestagswahlergebnis gewonnen. Das Kuriosum ist folgendes: In einem Gebiet, das naturgemäß sehr empfindlich für die Frage einer Koalition zwischen CDU und SPD ist, nämlich Nord- und Mittelhessen, kam ein ganz seltsames Ergebnis zustande. In Kassel haben wir in einem Wahlkreis sogar das Ergebnis der Bundestagswahl überschritten, obwohl gerade dort diese Fragen – Frau Heiler wird es bestätigen – der Koalition so hochinteressant sind. Die DP ist dort halbiert worden, gerade in Kassel, während sie in Frankfurt nur 15 Stimmen bei 7.000 verloren hat. Ich habe also auf alle Fälle Zweifel, daß diese Frage wirklich so wahlwirksam war, wie das immer behauptet worden ist.

Eine dritte landespolitische Sache ist die Frage der Schule. Sie wissen, daß die hessische Landes-CDU seit über zwei Jahren ihre Propaganda ganz klar und bewußt so geführt hat, daß wir uns zur hessischen Verfassung und der darin verankerten Gemeinschaftsschule bekennen. Das war für manchen Katholiken nicht ganz einfach. Ich bin selbst Katholik, habe aber die Partei dazu gebracht, diese Haltung zur Schule einzunehmen. Das hat die Sozialdemokraten sehr geärgert. Die Sozialdemokraten wissen, daß der überwiegende Teil der hessischen Bevölkerung nur die Gemeinschaftsschule will, vielleicht noch nicht einmal mit dem Zusatz „Christliche Gemeinschaftsschule“. Die SPD hat in den letzten 14 Tagen vor der Wahl mit einem außerordentlich geschickten Plakat operiert, auf dem in der Mitte ein Stacheldraht zu sehen war, rechts und links davon zwei Kinder mit der Überschrift „evangelisch“ – „katholisch“ und darunter „Nur keine Konfessionsschule“. Die SPD in

57 Dr. Walter Strauß (1900–1976), 1949–1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Vgl. PROTOKOLLE I S. 180 Anm. 23.

58 Dr. Peter-Paul Nahm (1901–1981), 1953–1970 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bzw. ab 1967 des Innern.

Hessen hat damit in außerordentlich geschickter Weise den Komplex des Krieges, der Gefangenschaft und alle unangenehmen Ressentiments aus dieser Zeit angesprochen. Ich muß sagen – ich bekenne es ganz offen –, diese Propaganda war wahltaktisch gesehen das Beste von dem, was ich bisher erlebt habe in einem Landtagswahlkampf. Ich muß offen gestehen, ich war nicht in der Lage, weder von der Sache noch von der Gestaltung her diesem Plakat etwas entgegenzusetzen. Sie müssen wissen, daß die Behandlung dieser Frage in den Reihen der CDU große Schwierigkeiten auslöst. Ich war glücklich, daß ich endlich meine eigene Partei dahin bekommen habe, sich auf den Standpunkt der hessischen Verfassung zu einigen.

Nun wurde am Wahlsonntag ein Hirtenbrief verlesen.⁵⁹ Dieser Hirtenbrief, der an sich sehr nett war, führte aber die Wünsche der katholischen Kirche im einzelnen detailliert auf, und zum Schluß hieß es: Wir wollen das, was in der hessischen Verfassung drinsteht, nämlich die Bekenntnisschule in einigen Gebieten. Das hat bei vielen Katholiken gut gewirkt, hat sich aber wie ein Lauffeuer herumgesprochen, und sofort wurden wir in der Öffentlichkeit identifiziert mit der katholischen Kirche. Es wurde gesagt, die lügen auch noch; denn sie sagen nicht das, was sie letztlich wollen. Es gibt vielleicht noch die eine oder andere hessische Frage, bei der wir uns einer gewissen Schuld zeihen müssen. Wir wollen das ganz offen sagen.

Ich komme nun zur gesamtpolitischen Situation und habe wohl wegen des Wahlergebnisses in Bayern ein gutes Recht, darüber etwas zu sagen. Wenn Bayern 30 % der Stimmen und wir nur 22 % der Stimmen verloren haben, dann brauchen wir in Hessen nicht so stark in Sack und Asche zu gehen, sondern müssen uns Gedanken darüber machen, welche gemeinsamen Motive gibt es dafür, daß die Wahl in Bayern und in Hessen so schlecht ausgegangen ist. Daß die bayerische CSU die Regierung bilden kann, liegt eben an den bayerischen Verhältnissen; daß wir sie nicht bilden können, das liegt eben an den hessischen Verhältnissen. Das war auch schon vor dem Ersten Weltkrieg so, daß in Hessen die Sozialdemokraten die stärkste Partei waren. Wer sich einbildet, in Hessen würden sich die Verhältnisse grundstürzend ändern, der kennt die tatsächlichen Verhältnisse nicht.

Der Herr Bundeskanzler hat dankenswerterweise auf den Fall Kilb hingewiesen. Die Erörterung, die wir hier jetzt angestellt haben, wäre mir – hätten wir sie vor vier Wochen in der Öffentlichkeit angestellt – damals sehr viel sympathischer gewesen. Wir standen doch allein in dieser Frage, und erst auf mein Drängen hin habe ich am Dienstag vor der Wahl von Herrn Koenecke einen etwas nebulösen Brief von Andeutungen bekommen, daß auch bei den Sozialdemokraten Leihwagen gefahren würden. Er hat mir auch die Angaben nicht so an die Hand gegeben, daß ich sie

⁵⁹ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 252 Anm. 15. Hirtenbrief der Bischöfe des Landes Hessen, verlesen am 23. November 1958 (Archiv des Bischöflichen Generalvikariats Fulda).

in der Öffentlichkeit hätte verwenden können. Ich habe gefragt, ob Schoettle⁶⁰ oder Veit⁶¹ in Stuttgart einen Leihwagen hätte. Das war mir von Stuttgart aus angedeutet worden. Auch der „Fall Schäffer“⁶² hat eine große Rolle gespielt. Ich will keine Debatte darüber auslösen, wie wir über den Fall denken, aber es hat ein klares Wort dazu gefehlt!

Es haben weiter eine Reihe von Dingen, die sich in der Bundesrepublik ereignet haben, eine Rolle gespielt. Zunächst ist es das Problem der Krankenversicherung. Es ist ein sehr vernünftiger Plan in der Öffentlichkeit erschienen. Die Sozialdemokraten haben ihren materialistischen Mitbürger sehr richtig erkannt, indem sie gesagt haben, hütet euch vor der CDU. Wenn die im Bundesrat durch die hessischen Stimmen weitere Macht bekommt, dann müßt ihr euch an der Krankenversicherung selbst beteiligen. Die Sozialdemokraten haben sehr geschickt das Thema der Kriegsopferversorgung aufgerollt und ihren Stoßtrupp, den VdK, vorgeschickt, der in Hunderten von Versammlungen immer wieder die maßlosen Forderungen hinausposaunt hat. Das ging den Leuten wie Öl und Honig ein. Wir haben dem entgegengehalten, wohin kommen wir, wenn wir unsere junge Demokratie so antreiben, daß wir dem Finanzminister einen defizitären Haushalt aufzwingen.

Auch das, was der Herr Bundeskanzler heute gesagt hat, hat eine große Rolle gespielt, daß nämlich unsere außenpolitische Haltung etwas ins Wanken geraten war. Man hat gesagt, wie kommt es eigentlich, daß bei euch jetzt auch über eure außenpolitische Haltung diskutiert wird. Da muß doch etwas los sein! Es gibt vielleicht noch viele andere Gründe. Interessant ist, daß die Wahlbeteiligung in Hessen mit 82,4 % höher liegt als in Schleswig-Holstein. Sie ist die höchste aller Landtagswahlen. Wir haben die Spitze, die wir in der Bundestagswahl hatten, diesmal nicht erreicht; ich glaube deswegen, weil 7 % der Wähler nicht gewählt haben. Damals waren es 89 % und jetzt sind es 82 %. (*Adenauer*: Und keine Briefwahl!) Auch darunter sind zweifellos viele CDU-Wähler, die die Briefwahl benutzt hätten, wenn es sie in Hessen gäbe. Wir haben wie die Verrückten darum gekämpft. Die Sozialdemokraten haben

60 Erwin Schoettle (1899–1976), Verleger; 1947–1962 Landesvorsitzender der SPD Nordwürttemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1968 geschäftsführender Landesvorsitzender), 1948–1968 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1949–1972 MdB (1953–1957 und 1964–1965 stv. SPD-Fraktionsvorsitzender), 1961–1969 Bundestagsvizepräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 110 Anm. 6.

61 Dr. Hermann Veit (1897–1973), Rechtsanwalt; 1945–1946 Oberbürgermeister von Karlsruhe, 1946–1949 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung bzw. des Landtages Württemberg-Baden (SPD), 1946–1960 Wirtschaftsminister und stv. Ministerpräsident (1951) von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (seit 1956 MdL), 1949–1953 MdB.

62 In den Jahren 1955, 1956 und 1957 hatte es Kontakte des seinerzeitigen Bundesfinanzministers Fritz Schäffer über die Bildung einer Konföderation aus beiden deutschen Staaten in Ost-Berlin gegeben. Sie waren von Ulbricht im Zusammenhang mit der Berlin-Krise in die Öffentlichkeit getragen worden. Vgl. Interview des Generalleutnants Müller in „Berliner Zeitung“ vom 14. November 1958; KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 107–153.

sie abgelehnt und gesagt, das Wahlgeheimnis sei dadurch gefährdet; sie wußten, warum sie es sagten, denn da liegt unser zusätzliches Kontingent. Wir müssen uns vor Augen halten, daß in einer Demokratie eine Wahlbeteiligung von 82 % schon außergewöhnlich hoch ist und daß eine solche von 89 % geradezu ans Phantasievolle grenzt. Wenn nun – wie ich resignierend feststelle – unsere Schlagkraft nur in dieser Spitze liegt, dann ist es schlecht um uns bestellt. Sie wissen, wer die Spitze soziologisch darstellt. Das ist nämlich der materialistische Flugsand, der sich eben beeindrucken läßt, daß er z.B. in der Krankenversicherung selbst beteiligt wird, daß er vielleicht ein paar Mark mehr Steuern zu zahlen hat oder nicht soviel vom Staate bekommt, wie er sich selbst wünscht. Das sollte uns zu denken geben.

Wir haben in allen Landtagswahlen festgestellt, daß es ein Vorgang ist, der sich vor vier Jahren ganz genauso zugetragen hat, nur war die Größenordnung ein bißchen anders. Wir sind leider in unserer Bundesrepublik zwischen den beiden Bundestagswahlen etwas rückläufig im Ansehen der Bevölkerung. Ich bin mir auch nicht klar darüber, wieso die Befragungen in der Bundesrepublik ein Ergebnis von 50,5 % CDU hatten, und zwar angesichts der Tatsache, daß in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang von 17 %, in Schleswig-Holstein von 13 %, in Hessen von 22 % und in Bayern von 30 % vorliegt. Das habe ich noch nicht ganz kapiert. Da stimmt etwas nicht. Man sollte diesen Dingen einmal nachgehen.

Nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ haben Sie, Herr Bundeskanzler, im Vorstand der Bundestagsfraktion folgendes erklärt: „Den Wahlausgang in Hessen kommentierte er mit der Bemerkung, es müsse den Wählern bei Landtagswahlen entschieden klargemacht werden, daß sie eine politische Entscheidung zwischen den Sozialdemokraten und der Union zu treffen hätten. In Bayern dagegen sei der Wahlkampf von der CSU „mit Profil“ geführt worden.“⁶³ Ob Sie das gesagt haben, weiß ich nicht; jedenfalls steht es in der Zeitung. Ich kann dazu nur folgendes feststellen. Ich muß nur von dem ausgehen, was in der Zeitung steht. Wenn in Bayern der Wahlkampf mit Profil geführt worden ist, so heißt das, er ist ganz scharf kontra SPD geführt worden. Und dort haben wir 30 % verloren. In Hessen ist er nicht so geführt worden, und dort haben wir nur 22 % verloren! Ich kann Ihnen versichern, der Wahlkampf in Hessen ist mit einer Brutalität gegen die SPD geführt worden. Ich bitte Sie, sich davon zu überzeugen; meine beiden Rundfunkansprachen haben sehr viel Widerspruch bei den Sozialdemokraten ausgelöst, die gesagt haben, ich wäre ein Verbrecher, weil ich so etwas gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen habe.

Herr Bundeskanzler! Wenn das erklärt worden ist, muß ich vor meine Freunde in Hessen treten und ihnen das erklären. Meine hessischen Freunde haben ihre Pflicht getan und mit einer großen Schärfe gegen die SPD gekämpft. Wir tun das unentwegt seit acht Jahren. Lesen Sie bitte einmal die Landtagsprotokolle durch! Lesen Sie die Debatten über die Suezkrise und die Atomfragen! Wir haben in dieser siebenstündigen

63 Vgl. FAZ vom 25. November 1958 („Unverändert Koalitionen in Bayern und Hessen. Adenauer übt Kritik an Hessen; Bonn erörtert die Aussichten der kleinen Parteien“).

Debatte in nichts gegenüber den Freunden des Bundestages zurückgestanden. Meine Freunde sind nicht erfreut darüber, daß man uns am Ende dieser Wahl das in der Weise bescheinigt. Einen Dank erwarten wir nicht, das ist klar, wenn wir eine Wahl „verloren“ haben, daß wir die Regierung nicht bilden können. Wir haben sie verloren. Das wissen wir, aber das beeinträchtigt unsere Kampfesfreude und Kampfeslust in keiner Weise, nur muß es doch hier mal unter Brüdern gesagt sein, daß das nicht ganz richtig ist, wenn es so gesagt worden ist; das füge ich ausdrücklich hinzu. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte doch noch ein paar Ausführungen machen, damit wir das Thema erledigen können. In der Zwischenzeit habe ich folgende Mitteilung bekommen, und zwar über den angeblichen Inhalt der heute übergebenen Note der Russen.⁶⁴ In der sowjetischen Note wird den Westmächten eine Frist von sechs Monaten gesetzt, um ihr Verhältnis zu Berlin neu zu regeln. Falls diese Frist ungenutzt verstreiche, würde die Sowjetunion mit der DDR einen Vertrag über die weitere Ausübung ihrer Rechte abschließen. Vorläufig ändere sich an dem Status von Berlin nichts. Ob das richtig ist, weiß ich nicht, aber es spricht manches dafür.

Ich möchte nun etwas zu den Ausführungen von Herrn Fay sagen. Vorausschicken darf ich zweierlei: erstens, daß sich Herr Fay außerordentlich große Mühe gegeben hat, (*lebhafter Beifall.*) und daß zweitens wir ihm von Herzen dafür dankbar sein können, daß er das getan hat. Herr von Brentano hat mir gestern gesagt, daß die SPD schätzungsweise viermal soviel Geld zur Verfügung gehabt habe als die CDU. Ich kann das nicht beurteilen, aber Herr von Brentano ist in Hessen zu Hause, und ich nehme an, er wird es wissen. Nun sehen Sie mal, Herr Kollege Fay, Sie haben gesagt, daß man sich in den eigenen Reihen nicht klar darüber gewesen sei, wer denn nun schließlich herausgestellt werden solle. Stellen Sie sich einmal vor, eine Partei geht in einen Wahlkampf hinein – an dessen Ende doch der Ministerpräsident gestellt werden muß –, und sie ist sich gar nicht klar darüber, wer denn nun Ministerpräsident werden soll oder werden könnte. Und das war kein Geheimnis in Hessen, sondern urbi et orbi bekannt, daß Sie keinen Kandidaten als Ministerpräsidenten hatten. (*Fay:* Das war auch nicht das Ziel, einen neuen Ministerpräsidenten herauszustellen. Wir waren uns über die Situation im klaren in unseren eigenen Reihen. Man hat es gerade deswegen nicht gemacht. Aber wer das gewesen wäre, darüber war man sich im klaren! – *Unruhe.*) Aber, lieber Herr Fay! Selbst wenn Sie keinen gehabt hätten, dann konnten Sie doch als große Partei den Wahlkampf nur führen, wenn Sie herausgestellt hätten, dieser betreffende Mann soll der Nachfolger von Zinn werden. Sie mußten das um so mehr tun, als gerade Herr Zinn als Person so stark herausgestellt worden ist bei diesem Wahlkampf. Wenn ich da keinen anderen gegenüberstelle, dann ist doch der Wahlkampf von vornherein mehr oder weniger verloren.

Aber noch etwas anderes! Mir ist sehr zuverlässig von unseren Parteifreunden gesagt worden, daß auch ein Vertreter der CDU vorher mit Herrn Zinn darüber verhandelt habe, wer in dessen Kabinett eintrete. Mit Herrn Zinn haben vor der Wahl

⁶⁴ Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 (vgl. Anm. 10).

verhandelt die FDP, der BHE und die CDU. Herr Zinn hatte sie also alle am Bändel und konnte sie auswerten. Und das hat sich doch rundgesprochen in Hessen. Sehen Sie, Herr Fay, ich habe in Darmstadt gesprochen in einer sehr großen Versammlung.⁶⁵ Anschließend fand ein Essen statt. Sie waren nicht anwesend, weil Sie in der Wahlarbeit steckten. Auf diesem Essen, wo die Prominenten der hessischen CDU anwesend waren, hat der stellvertretende Vorsitzende, der Herr Lünendonk⁶⁶, eine Rede gehalten, in der er gesagt hat, nach der Wahl müsse man nun diese Gegensätze zurückstellen und müsse sehen, wie man einen Weg der gemeinsamen Arbeit fände. Und das war ganz augenscheinlich. So habe ich es aufgefaßt, und so mußte ich es auffassen: eine große Koalition mit der SPD. Ich bin deswegen aufgestanden und habe entschieden dagegen gesprochen vor etwa 30 Leuten der hessischen CDU. Wenn das nun die Stimmung bei maßgebenden Kreisen der hessischen CDU war: 1. Wir gewinnen doch nicht, 2. infolgedessen brauchen wir dem Herrn Zinn keinen Gegner gegenüberzustellen, 3. nach der Wahl müssen wir sehen, wie wir in die Regierung hineinkommen, dann soll der Teufel einen Wahlkampf führen! Mich bekommen Sie nicht mehr dahin. Darauf können Sie sich verlassen. Ich bin von Dorf zu Dorf geschleppt worden und habe Reden gehalten noch und noch und muß nun zu meinem Entsetzen hören – nicht von Ihnen –, daß man sich im Grunde genommen doch mit Zinn vertragen wolle. Herr Lücke ist nicht hier. (*Zuruf*: Doch!) Er kann erzählen von seinen Erfahrungen in Frankfurt, (*Lücke*: Und in Viernheim!) damit Sie sehen, wie dieser Wahlkampf in Wirklichkeit geführt worden ist. Das Schlimme ist dabei, daß die Sozialdemokratie den Erfolg in Hessen – sie hat es öffentlich geschrieben – als eine Dokumentation gegen die Bundestagswahl auslegt; was Hessen angeht, vielleicht mit Recht! Sie haben gesagt, daß Sie gegen die Atomgeschichte im Hessischen Landtag gefochten haben. Das wissen wir. Besten Dank dafür! Aber von dieser Debatte abgesehen, haben Sie doch in Ihrem hessischen Landtag vier Jahre lang eine Eintracht mit den Sozialdemokraten. (*Fay*: Das stimmt ja nicht! Wer hat Ihnen das erzählt?) Herr Zinn in [s]einer Broschüre.⁶⁷ Dann müssen Sie gegen die Broschüre vorgehen! (*Fay*: Glauben Sie dem Herrn Zinn mehr als uns?) Wenn Sie nicht widersprechen, ja! Herr Zinn hat in einer Broschüre, die ich gelesen habe, genau gesagt, bei welchen Gesetzen Sie zusammengegangen sind. (*Fay*: Das passiert sogar im Deutschen Bundestag!) Die wollen wir gegenüberstellen. Herr Zinn hat angegeben, soundso viel Gesetzentwürfe haben wir verabschiedet, und bei soundso vielen haben wir gemeinsam gestimmt. Ein

65 Wahlkundgebung in Darmstadt am 18. Oktober 1958 (TERMINKALENDER; vgl. auch UiD Nr. 43 vom 23. Oktober 1958).

66 Heinrich Lünendonk (1906–1992), 1948–1966 stv. Vorsitzender der CDU Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 736 Anm. 42.

67 Nicht zu ermitteln. – Vgl. Rede Zinns auf der Landesdelegiertentagung der hessischen SPD am 12. Oktober 1958 in Hanau, in der er die gemeinsame Gesetzgebungsarbeit aller Fraktionen behandelt. In: AdsD, Sammlung Personalien, Georg-August Zinn, Box 2.

Wahlkampf kann auch nicht begonnen werden zwei Monate vor der Wahl. Wenn man die Mehrheit haben will, muß man dafür vier Jahre lang arbeiten und kämpfen.

Das Wort hat Herr Höcherl.

Höcherl: Meine Damen und Herren! Ich spreche hier als Gast und unterliege in dieser Frage nicht Ihrer Jurisdiktion! (*Heiterkeit.* – *Adenauer:* Sie sprechen von einer Jurisdiktion im Parteivorstand! Wir sind nicht in Bayern! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich darf feststellen, daß wir im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen von 38 auf 45,6 % und bei den Mandaten von 83 auf 101 gestiegen sind und daß wir am 4. Dezember wahrscheinlich eine CSU-Regierung vorstellen werden. Das scheint mir ein Ergebnis zu sein, das keinem ein Recht geben soll, auf unsere Kosten mit uns ins Gericht zu gehen. (*Meyers:* Das war fein gesagt!) Der Fall Schäffer hat bei uns in Bayern keine größere Rolle gespielt. Ich habe gelesen, daß ihm große Ovationen erteilt worden sind. Wir haben wahrscheinlich daraus Honig gesogen.

Es ist richtig, daß wir gegenüber der Bundestagswahl abgenommen haben. Das ist bei allen Landtagswahlen so. Sie haben die allerungünstigste Kombination gesucht, Herr Fay. Aber streiten wir uns nicht; wir bilden die Regierung, und darauf kommt es doch an. Wir haben abgenommen, weil die Wahlbeteiligung 10 % unter der Bundestagswahl gelegen hat, die 86 % erreichte. Bei der Bundestagswahl hatten wir das beste Ergebnis im ganzen Bundesgebiet.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Position von 28,1 auf 30,9 % verbessern können; ein schwacher Fortschritt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Kommunistische Partei 1954 noch vorhanden, aber dieses Mal verboten war, so daß man ruhig davon ausgehen darf, daß ein wesentlicher Teil der kommunistischen Stimmen in diesem Zuwachs enthalten ist, wobei dieser Zuwachs nur sehr beschränkt gehalten werden konnte. Die Bayernpartei ist von 13,2 auf 8,1 % gesunken. Am besten hat sich der Gesamtdeutsche Block gehalten. Ich bin der Meinung, daß der organisatorische Unterbau in den Landsmannschaften verantwortlich zu machen ist, weil dort politische Angelegenheiten miterledigt werden, sonst wäre es unbegreiflich, daß die sich so hätten halten können. Die Freie Demokratische Partei ist unter der Fraktionsgröße geblieben. Sie hat nur acht Mandate bekommen. Die Fraktionsstärke beträgt bei uns aber zehn Mandate.

Die Gespräche sind aufgenommen; es ist sicher, daß wir mit dem Gesamtdeutschen Block eine Koalition bilden werden. Wir sind interessiert daran, daß die Freie Demokratische Partei mit an der Regierung beteiligt wird, nicht zuletzt aus bundespolitischen Gründen. Auch das Wetter hat eine Rolle gespielt. Die allergrößte Rolle hat gespielt die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, weil die Leute aus dieser Sattheit, in der sie sind, nicht herauszubringen sind. Die Leute sagen, das geht schon alles in Ordnung. Aber bei der Bundestagswahl gehen sie immer stärker zur Wahl.

Adenauer: Ein paar Bemerkungen dazu! Ist es richtig, Herr Höcherl, daß Sie in der Zwischenzeit 102 Abgeordnete haben? (*Höcherl:* Das ist möglich. Wir haben schon damit gerechnet, daß der eine oder andere eine neue Liebe entdeckt und zu uns kommt!) Herr Seidel hat mir gestern gesagt, der BHE habe aus Versehen einen

Mann aufgestellt, der vorher schon zur CSU übergetreten sei. (*Lebhafte Heiterkeit.* – *Höcherl:* Ja, ein gewisser Dr. Sahliger⁶⁸. Er ist Mitglied der CDU [CSU]. Wir haben ihn beim BHE kandidieren lassen, weil man nie weiß, wie es geht. – *Stürmische Heiterkeit.*) Früher hat mir ein Bayer gesagt, der bayerische Löwe habe schon lange seinen Schwanz eingezogen. (*Heiterkeit.*) Sie haben gesagt, Sie wollten aus bundespolitischen Gründen eventuell einen Freien Demokraten hineinnehmen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der Bundespolitik! Aber denken Sie vielleicht einmal bei einem solchen Entschluß an eine Verbindung mit Baden-Württemberg. Es ist die Rede davon, daß in Baden-Württemberg – ich weiß es aber nicht – eine Regierungskoalition gebildet werden soll aus CDU und FDP. (*Gurk:* Das ist dem Landesvorsitzenden in keiner Weise bekannt. Ich halte es für ganz ausgeschlossen!) Sie haben noch keine beschlossen? (*Gurk:* Dann müßte es in Baden-Württemberg eine uns nicht bekannte Regierungsführung geben. – *Heiterkeit.* – Es sei denn, daß die alte Regierung fortgeführt wird!) Nun, *relata refero!* Ich kann es nur sagen von einem Herren, der sehr davon betroffen ist. Wenn es der Fall sein sollte, würde ich da eine Verbindung aufnehmen, Herr Höcherl, denn das ist auch föderalistisch. Im übrigen wünschen wir Ihnen von Herzen viel Glück zu Ihrem Erfolg; denn der Erfolg ist schließlich die Hauptsache, und wir sind sehr froh, daß sich in Bayern die Sache in einer solchen Ruhe abgespielt hat. Ich war dort in mehreren Versammlungen, und ich muß sagen, in München war z.B. die Stimmung ausgezeichnet.⁶⁹ Als ich dort redete, waren nach polizeilichen Feststellungen 20.000 Leute in verschiedenen Sälen versammelt.

Nun meine ich, wir sollten jetzt die Erörterung auch über die Wahl in Hessen abschließen; es sei denn, daß Herr Lücke noch etwas sagen möchte. Ich darf Ihnen, Herr Fay, noch einmal wiederholen, was ich schon draußen gesagt habe. Herr Krone ist vielleicht so freundlich und kontrolliert das, was ich jetzt sage. Ich habe in der Vorstandssitzung nicht gesagt ... (*Fay:* „Den Wahlausgang in Hessen kommentierte er mit der Bemerkung, es müsse den Wählern bei Landtagswahlen entschieden klargemacht werden, daß sie eine politische Entscheidung zwischen den Sozialdemokraten und der Union zu treffen hätten. In Bayern dagegen sei der Wahlkampf von der CSU „mit Profil“ geführt worden.“⁷⁰) Im Vorstand habe ich darüber gesprochen, aber Herr Krone bestätigt, daß das eine Entstellung ist. (*Fay:* Das kann vielleicht berichtigt werden!) Das ist jetzt zu spät. Das liest keiner mehr! Bei der nächsten Landtagswahl kann man darüber sprechen. (*Fay:* Dann kommen Sie aber wieder nach Hessen!)

68 In der Vorlage: Salinger. – Dr. Bruno Sahliger (geb. 1922), Regierungsassessor; 1958–1962 MdL Bayern (CSU; gewählt über die Wahlkreisliste des GB/BHE, am 28. November 1958 in die CSU-Fraktion aufgenommen).

69 Wahlversammlung in München am 21. November 1958 (TERMINKALENDER).

70 Vgl. Anm. 63.

Meine Freunde! Nun meine ich, sollten wir über die sehr ernsten Probleme, die ich Ihnen vorgetragen habe, wenigstens einige Worte sprechen, und zwar handelt es sich um folgende Fragen: 1. Die Situation bei der Steinkohle an der Ruhr. Es sind einige Herren aus Nordrhein-Westfalen hier, die sicher ein Interesse daran haben, daß darüber gesprochen wird. In den nächsten Wochen werden wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen. 2. Unsere Stellung gegenüber der SPD. 3. Verbreitung einer vergifteten Atmosphäre in der Bevölkerung über angebliche Korruptionen. – Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Es ist notwendig, über die Behebung der jetzigen Not in der Kohlewirtschaft mehr als bisher zu diskutieren. Denken wir daran, daß bei der letzten Bundestagswahl die Industriearbeiter in Nordrhein-Westfalen in außerordentlich großer Zahl zu uns gestoßen sind. Ich habe aus der Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers entnehmen können, daß er den Vorschlägen und Anregungen, die wir ihm vor mehr als drei Wochen unterbreitet haben, positiv gegenübersteht. Ich habe auch die Bitte an den Herrn Professor Dr. Erhard, sich für eine gute Lösung einzusetzen. Ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Ich bin von 1919 [an] in der Gewerkschaftsbewegung hauptamtlich tätig, und zwar bis zum Jahre 1933. Ich habe auch seit 1945 die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen aufmerksam verfolgt und mußte dort gelegentlich eingreifen. Wenn nun in Nordrhein-Westfalen die Bergarbeiterschaft in politische Unruhe gebracht wird, dann wirkt sich das weiter aus auf die übrigen Teile der Bundesrepublik. Es ist also aus wirtschaftlichen, politischen und auch aus parteipolitischen Gründen notwendig, diesem Problem unsere größte Aufmerksamkeit zu widmen. Ich unterstreiche die Meinung des Herrn Bundeskanzlers. Wir können nicht soviel Heizöl in die Bundesrepublik hineinpumpen, daß dadurch die Kohlewirtschaft in Gefahr gebracht wird.

Ein Zweites! Ich bin nicht mehr Bundestagsabgeordneter, aber eines muß ich Ihnen sagen, daß mir nämlich die Behandlung der sogenannten Korruptionsfälle hier in Bonn bis zum Halse steht. Hier sitzen die Herren Johnen und Ministerpräsident Meyers, die ich bitte, die ganze Angelegenheit einmal ernstlich zu überprüfen. Ich muß offen sagen, ich habe in den letzten Tagen – Herr Krone weiß darüber Bescheid – Informationen persönlicher Art über die Zusammensetzung gewisser richterlicher Instanzen zur Kenntnis nehmen müssen, über die ich glatt erstaunt gewesen bin. Ich bin 1934 von Nazi-Richtern herangezogen worden, 1944 habe ich vor dem Volksgerichtshof gestanden. Wer waren die Verbrecher, die effektiv die Weimarer Demokratie kaputtgemacht haben? Die Antwort ist bereits gegeben worden, aber ich sehe hier eine große Gefahr, wenn wir eine solche Loyalität gegenüber diesen sogenannten Richtern weiterhin zeigen. Wenn das so weitergeht, dann sägen wir uns selber den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Herr Dr. Fay, ich bin dankbar, daß Sie über die Frage der Landtagswahl gesprochen haben. In diesem Zusammenhang darf ich darauf aufmerksam machen, daß wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Tätigkeit der SPD in den Betrieben lenken müssen. Die Betriebe sind die entscheidenden Stellen, wo auch

die politischen Entscheidungen fallen. Wir müssen insbesondere in den größeren Betrieben Vertrauensmänner einsetzen. Unsere schönsten Erfolge nützen uns nichts, wenn wir nicht in jedem Betrieb unsere Leute haben. Herr Professor Erhard! Ich habe mit Ihnen über dieses Problem sehr eingehend gesprochen. Ich darf Sie auf folgendes aufmerksam machen: Was nützt es, wenn die einzelnen Kreisparteien ihre Mitglieder etwas vermehren? Nach meiner Auffassung müßte jede Kreispartei feststellen, welche Betriebe mehr als 100 Mann Belegschaft haben und wer dort unser politischer Vertrauensmann ist. Das ist die dringlichste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Ich erinnere Sie an die Betriebsrätezeitung der SPD und die Tätigkeit, die Herr Wehner dabei ausübt.⁷¹ Wir können nicht mehr mit leichter Hand an diese politischen Probleme herangehen, sondern wir müssen auch die Betriebe erfassen und dafür sorgen, daß wir hier wirksam werden. Ich bin einer der letzten aus der alten christlichen Gewerkschaftsbewegung und beurteile die Dinge ganz nüchtern. Wenn meine Generation gestorben ist, haben wir diesen Dingen, von denen ich gesprochen habe, nichts mehr entgegenzusetzen.

Adenauer: Es liegen verschiedene Wortmeldungen vor. Lassen Sie mich aber, damit Sie die politische Situation klar sehen, folgendes sagen: Vor wenigen Wochen hat das EMNID-Institut eine Zusammenstellung von Befragungen über eine Reihe von Monaten hinweg gemacht und dabei festgestellt, wenn ich die Zahl richtig behalten habe, daß über 50 % der befragten Arbeitnehmer für die CDU waren.⁷² Das war sehr erfreulich, aber das darf nicht verlorengehen. Wenn es verlorengeht, können wir unsere Mehrheit nicht behalten.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es hat keinen Zweck, daß wir die verschiedenen Probleme durcheinander diskutieren. Der Herr Bundeskanzler hat angeregt, zunächst über die Kohlesituation zu sprechen. Das ist im Augenblick das wichtigste Problem. Natürlich ist auch die Textilindustrie ein schweres Problem und andere Industrien, aber wir sollten nicht in den Fehler verfallen, daraus nun zu schließen, es sei nun eine Wirtschaftskrise oder eine beunruhigende Lage entstanden. Es gibt andere Industrien – ich nenne nur die chemische Industrie oder die Elektroindustrie –, denen es enorm gut geht, so daß man hier fragen kann, ob nicht eine Konjunkturbremse angelegt werden soll.

Derjenige Bevölkerungsteil, der die schwierigste Arbeit hat, das sind die Bergarbeiter. Das Ruhrgebiet ist auch das politisch anfälligste Gebiet. Die Älteren unter uns kennen noch die Vorgänge im Ruhrgebiet kurz nach dem Ersten Weltkrieg und vor der nationalsozialistischen Herrschaft. Wir müssen auf alle Fälle dafür sorgen, daß die Arbeit dort erhalten bleibt und die Halden allmählich verschwinden. Wir

71 Sozialdemokratischer Betriebsräte-Brief (Bonn), erschienen 1957–1963, ab 1964 unter dem Titel „Arbeitnehmerbrief“. – Wehner war regelmäßiger Kolumnist.

72 Nach den Untersuchungsreihen „Zur Resonanz der Parteien“ in den EMNID-Informationen vom 2. August, 13. September und 8. November 1958 läßt sich diese Angabe Adenauers nicht bestätigen.

haben uns in allen Stellen – beim Bundeskanzler, beim Wirtschaftsminister, in der Partei usw. – in den letzten Monaten in einem sehr großen Ausmaße mit diesem Problem befaßt. Vorgestern haben wir die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten und einige Landtagsabgeordnete eingeladen, um uns mit ihnen über dieses Problem zu befassen. An diesem Abend haben wir einen ausgezeichneten Vortrag des Herrn Burgbacher⁷³ gehört, der in klarer Gliederung und Konzeption die ganzen Schwierigkeiten aufgezeigt hat. Diese Schwierigkeiten sind mannigfacher Art. Es ist außerordentlich schwer, die richtige Prognose zu stellen. Wir haben erlebt, daß sich die Sachverständigen im vorigen Jahre mit ihrer Prognose erheblich getäuscht haben. Wir haben den Schock erlebt, als dann vom Bundeswirtschaftsministerium im Januar dieses Jahres die wahren Zahlen herausgekommen sind. Es hat sich also alles hier verschlechtert. Nun kommt hinzu, daß sich ein Fehler verdoppelt; denn in der Zeit, wo es keine Kohle gab, hat jeder naturgemäß versucht, sich einzudecken, und er hat die Kohlen auf Halden gelegt, so daß wir heute Millionen von Tonnen auf Halden liegen haben. Wir können gar nicht damit rechnen, daß ein normaler Absatz kommt.

Nun ist zu alledem noch hinzugekommen, daß in einem großen Ausmaße Heizöl auf den Markt geworfen wird. Der Herr Bundeskanzler hat die Gründe dafür schon ausgeführt. Der Ausbau der Kapazität des Heizöls ist in einem ungeahnten Ausmaße gestiegen. Ich bin der Meinung, daß uns die Heizölmanager betrogen haben. Alle haben das Interesse, den deutschen Markt zu erobern wegen unserer harten Währung. Die Manager machen so niedrige Preise für das Heizöl in Deutschland, die es in der ganzen Welt nicht gibt. Und wenn sie den Markt erobert haben, dann gehen sie mit den Preisen wieder hoch, und wir können uns nicht dagegen wehren, weil wir abgeschnitten sind von den Energiequellen. Jeder stürzt sich auf den deutschen Markt, um das gute Geld zu bekommen. Wir müssen das alles miteinander in Einklang bringen; denn es wäre falsch, nun die ganze Wirtschaft auf Dirigismus umzustellen. Das ist sicherlich nicht nötig, aber wir müssen politisch vorsichtig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß an der Ruhr Ruhe bleibt. Wo sie gestört ist, muß sie wiederhergestellt werden, weil dort ein politisch empfindsames Zentrum ist, das ausstrahlt auf die ganze Bundesrepublik. Wenn da etwas los ist, werden wir es in der ganzen Bundesrepublik spüren. Im Augenblick geht es noch. Gutermuth⁷⁴ hat erklärt, daß die Versammlungen im November das Ventil waren. Die roten Agenten Moskaus und Pankows sind an der Ruhr am Werk. In allen Betriebsversammlungen wird gehetzt und gesagt: Aus Prestige Gründen wird das Angebot Pankows nicht angenommen.

73 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1977 MdEP, 1973–1976 Vizepräsident des Europäischen Parlaments, 1960–1967 CDU Schatzmeister (Erinnerungen: Gedanken zu unserer Zeit, 5 Bde., Köln 1957–1976). Vgl. auch PROTOKOLLE I S. 440 Anm. 31.

74 Heinrich Gutermuth (1898–1977), vor 1933 im Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, nach 1946 Hauptvorstand IG Bergbau, 1956–1964 Vorsitzender, 1963–1967 Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes.

Deswegen müssen wir kurzfristige Maßnahmen treffen, aber zugleich auch eine langfristige Planung vorsehen. Ich betone ausdrücklich, keinen Dirigismus, wohl aber das, was jeder kleine Kaufmann machen muß, wenn er sich überlegt, was er an Waren nötig hat. Das ist eine kaufmännische Überlegung und kein Dirigismus. Wir werden uns überlegen müssen, was haben wir an Kapazität und an Bedarf für die nächsten Jahre zu erwarten, und wie kann das sinnvoll aufgeteilt werden, daß nicht die Primärenergie nachher in der Kohle auf Halde liegt, was wirtschaftlich viel kostet. Wir dürfen auch nicht, was die Energie angeht, in eine Abhängigkeit des Auslandes geraten; denn das kann lebensgefährlich werden. Denken Sie an Krisenzeiten wie Suez und Korea. Der Herr Bundeskanzler hat das als politisches Problem angesprochen. Wir müssen alle helfen, damit dieses Problem gelöst wird. Wir haben im Landtag die Intervention der SPD dazu, und wir können und wollen nicht ausweichen, weil es ein Lebensproblem für die Ruhr und damit für Nordrhein-Westfalen ist.

Noltenius: Wir können die Kohlenfrage nicht ausdiskutieren, ich möchte aber bitten, daß man bei den zu treffenden Maßnahmen die Auswirkungen auf die übrige deutsche Wirtschaft in Betrachtung zieht und nicht bloß an den Rhein und an die Ruhr denkt. Wir haben auch neuralgische Punkte in den Werften der Hansestädte. Die Häfen sind außerordentlich empfindlich gegen Veränderungen auf dem Weltmarkt. Maßnahmen, die uns bei dem Bezug von Gütern in den Werften benachteiligten, würden Störungen hervorrufen, auch politische. Auch wir in den Hansestädten verfügen über alte Kommunisten. Es ist von Ihnen, Herr Bundeskanzler, so dargestellt worden, als ob es schließlich ein Konflikt der Kohle gegen das Heizöl sei. Ich möchte das dahingestellt sein lassen; denn davon verstehe ich nicht genug. Ich hoffe, daß es sich anders lösen läßt. Wenn man sagt, der Bezug dieser Rohstoffe aus Übersee brächte uns in eine Abhängigkeit, die unter Umständen bei Krisen lästig oder gefährlich werden könne, so möchte ich daran erinnern, daß in den vergangenen Jahren, als uns der Zutritt zum Weltmarkt noch nicht wieder offenstand, die Abhängigkeit von der Ruhr für die Wirtschaft ebenfalls sehr drückend gewesen ist. Ich bin der Meinung, das beste für die Wirtschaft ist, zu wählen, ob sie bei dem einen oder anderen kaufen will. Ich möchte nicht, daß wir diesen Zustand wieder verlieren. Es ist gesagt worden, daß der Abschluß langfristiger Lieferungsverträge durch die Montanunion verboten worden sei. Das ist sehr interessant. Ich hatte gehört, die Ruhr sei nicht sehr geneigt gewesen, langfristige Verträge abzuschließen. (*Adenauer:* Das kommt noch hinzu!) Sie hat auch hinsichtlich der inländischen und ausländischen Kundschaft einiges zu wünschen übrig gelassen. Ich möchte darum bitten, das, was diese außerordentlich gut geleiteten Interessenverbände jetzt vorbringen, mit der größten Vorsicht zu prüfen. Sie sind in den vergangenen Jahren nicht darum verlegen gewesen, uns Gründe dafür zu nennen, wenn wir nicht genug Kohle bekamen. Jetzt haben sie Gründe für das andere. Vorsicht gegen diese sehr tüchtigen Leute ist auf alle Fälle am Platze, bevor man hier Entscheidungen trifft.

Adenauer: Herr Noltenius! Sie müssen den Bergbau anders sehen als eine Hafenkonzunktur. Der Bergbau erfordert langfristige Planungen. Und da wir jetzt

schon in Teufen gehen von 1.000 m und mehr, können wir nicht einen Betrieb für drei Jahre einstellen; denn dann ist er versoffen. Deswegen muß keine andere Industrie so sehr wie der Bergbau eine ruhige und stetige Entwicklung haben. Ich bitte Sie, davon auszugehen. Ich bitte Sie, weiter davon auszugehen, daß es nicht nur 500.000 Bergarbeiter sind, die im Ruhrgebiet eng zusammen wohnen, sondern es kommen auch noch die Eisen- und Stahlarbeiter hinzu und all die Arbeiter der Zulieferindustrien. Es handelt sich um Millionen Menschen im Industriegebiet. Und das alles steht und fällt mit der Kohle. Da kann man nun wirklich nicht – das ist kein Dirigismus – heute so und morgen so handeln.

Eines ist richtig! Sie warnen vor den Interessenverbänden. Ich habe den Unternehmensverbänden wirklich kein Wort geschenkt, sondern ihnen sehr nachdrücklich meine Meinung darüber gesagt, wie sie sich bürokratisiert haben und nicht mehr kaufmännisch handeln und denken. Ich habe ihnen auch gesagt, daß sie in den Zeiten, als Kohlemangel herrschte, 70 % der Importkohle und 40 % des Heizöls plötzlich gekauft haben. Das ist also alles richtig, was Sie sagen, Herr Noltenius, aber ich möchte Sie dringend bitten, wenn Sie das Problem betrachten, dann tun Sie es nicht unter dem Gesichtspunkt von Interessenverbänden, sondern betrachten Sie es aus dem Gesichtspunkt der Millionenmassen von Menschen, die da wohnen, und daß es weder bei uns noch in der Welt eine andere Industrie gibt, die eine solch langfristige Planung braucht wie gerade der deutsche Bergbau; ganz anders wie der Braunkohlenbergbau bei uns oder wie der Steinkohlenbergbau in den Vereinigten Staaten. Dort liegt die Steinkohle in geringen Tiefen, wohin man leicht gelangen kann, und in drei Monaten können sie es liegen lassen, wenn sie keinen Absatz haben. Das ist aber im Ruhrbergbau völlig anders. Sie müssen sich einmal mit diesem Problem näher befassen. Ich war während der ganzen Jahre, da ich in Köln Oberbürgermeister war⁷⁵, Vorsitzender des Provinzialausschusses der Rheinprovinz und konnte den Bergbau im Industriegebiet aufgrund dieser meiner Tätigkeit genau beobachten. Ich habe also einen gewissen Einblick bekommen, daß das Industriegebiet der gefährlichste und neuralgischste Punkt der ganzen Bundesrepublik ist. Wenn es dort gärt, dann gärt es weiter, und dann können wir der Dinge nur sehr schlecht wieder Herr werden.

Ich bitte Sie, nicht zu sagen, in den Werften sei es auch unruhig. Hier ist das Problem doch unendlich viel schwieriger als in den Häfen. Wenn Sie gesagt haben – was ich für richtig finde –, wir hätten mit dem Steinkohlenbergbau beim Bezug von Kohle unsere Last gehabt, so haben Sie völlig recht, aber das berechtigt uns nicht, nun diesem Problem auszuweichen, sondern wir müssen mit großer Ruhe und Sorgfalt wieder seiner Herr werden. Und das ist letzten Endes das Problem – lassen wir das Vergangene vergangen sein –, daß wir Maßnahmen treffen müssen, damit nicht im Laufe der nächsten Jahre Hunderttausende von Bergleuten abgebaut werden. Dieser Abbau von Hunderttausenden von Bergleuten im Industriegebiet würde eine Katastrophe bedeuten. Darüber müssen Sie sich völlig klar sein.

75 Von 1917 bis 1933.

Erhard: Ich möchte das Problem sehr ruhig anpacken und vor einer allzu großen Dramatisierung warnen; denn das ist es gerade, was die treibenden politischen Kräfte an der Ruhr wollen, nämlich die Dinge zu einer Siedehitze hochzutreiben. Ich möchte das Problem ganz bestimmt nicht bagatellisieren. Ich weiß, was 12 Millionen Tonnen Kohle auf Halden bedeuten und daß Feierschichten keine schöne Angelegenheit sind, so daß wir selbstverständlich bestrebt sein müssen, hier das Beste und Rechte zu tun.

Zunächst ist es gar kein deutsches Problem, sondern diese ganze Kohlenmisere ist in aller Welt ausgebrochen, und es gibt kein kohleerzeugendes Land, in dem nicht riesige Mengen auf Halde liegen; in den Vereinigten Staaten 45 Millionen Tonnen, in England ungefähr die gleiche Menge wie bei uns; in Belgien verhältnismäßig sehr viel mehr. Dort ist in der letzten Zeit mit zwei Feierschichten in der Woche gefahren worden. In Frankreich sind es 8 oder 9 Millionen Tonnen, bei uns bekanntlich 12 Millionen Tonnen. Die Gründe dafür liegen ziemlich klar zutage. Der Herr Bundeskanzler oder Herr Meyers hat erwähnt, daß falsche Meldungen gemacht worden sind usw. usw.

Aber wie liegen die Dinge nun tatsächlich? Es sind an der Ruhr bisher im Durchschnitt – ich weiß, wie problematisch ein Durchschnitt ist, aber man muß ja eine Größenordnung haben – verfahren worden dreieinhalb bis vier Feierschichten, d.h. es sind seit dem 1. Januar bis zum 30. November insgesamt im Durchschnitt dreieinhalb bis vier Arbeitstage ausgefallen. Und da sollte man nicht von einer sozialen Notlage sprechen. Das kann man um so weniger, als durch die Erhöhung der Schichtleistung pro Mann der deutsche Bergarbeiter trotz der Feierschichten im Durchschnitt ein noch 4,8 % höheres Einkommen hat als im vergangenen Jahre.

Das sind die Daten. Wir haben mit dem Bergbau verhandelt. Der Herr Bundeskanzler hat mir das Wort gegeben, und ich habe deutlich gemacht, aus welcher Richtung wir unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten haben. Das war eine Reihe von gezielten Maßnahmen, wie z.B. die Auftragserweiterung an die Deutsche Bundesbahn. Damit würde man der Kohle eine Entlastung von rd. 1 Million Tonnen bringen. Wir haben das Geschäft mit der Sowjetzone gemacht, das 1 Million Tonnen bedeutet.⁷⁶ Wir haben die Bundesbahn veranlaßt, daß sie für zwei Jahre die Kohle von der Ruhr wegnimmt oder auf Halde legt. Wir haben die Ausgleichskassen beseitigt.⁷⁷ Ich glaube, man

76 Vgl. die Vereinbarung im Interzonenhandel vom 20. November 1958, nach der eine Million Tonnen Steinkohle in die DDR geliefert wurden (BULLETIN vom 25. November 1959). Vgl. auch KOERFER S. 220–226 und SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 169–173.

77 Vermutlich meint Erhard die Abschaffung der Schrottausgleichskasse, was auf Betreiben der Bundesregierung im Ministerrat der Montanunion erreicht worden war. Durch den Wegfall der Schrottausgleichskasse sollte der Einsatz von Roheisen anstelle von Schrott in der eisenschaffenden Industrie begünstigt werden. Dies bedeutete gleichzeitig einen höheren Koksverbrauch, da die Weiterverarbeitung von Roheisen mehr Kohle erforderte als die Weiterverarbeitung von Schrott. Zu den Maßnahmen der Bundesregierung während der Kohlekrise vgl. Erhard vor dem Bundestag am 29. Januar 1959 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 3221).

kann 5 Millionen Tonnen Kohle auf solche Weise eliminieren. Das war natürlich eine richtige Hilfe.

Weiter haben wir gesagt, wir unterstützen alle Maßnahmen, die die Ruhr als eine unternehmerische Aufgabe selbst unternimmt, um von den Amerika-Kontrakten loszukommen.⁷⁸ Der Herr Finanzminister hat sich bereit erklärt, wenn das finanziell einmal zu Spannungen führen sollte, könne er eine Hilfestellung leisten. Grundsätzlich unterstützen wir alle Maßnahmen, um von den Amerika-Kontrakten herunterzukommen. Wie sind nun die Dinge? Wir haben am 8. Januar 1958 den Energieträgern gesagt, wir sehen voraus, daß wir im Jahre 1958 wahrscheinlich zuviel Kohle haben werden⁷⁹; wir schätzen etwa 8 Millionen Tonnen. Wir sind damals beschimpft worden, wie wir so etwas Verrücktes sagen könnten. Bis dahin hatte nicht nur der Unternehmerverband, sondern auch der Bergbau uns immer wieder ermuntert, wir möchten amerikanische Kohle einführen, weil Herr Gutermuth entsprechend höhere Löhne oder eine Verkürzung der Arbeitszeit forderte, also Maßnahmen zu treffen, die zu einer Senkung der Förderung führten. Man verlangte von uns, amerikanische Kohle zu kaufen; denn man wollte nicht durch die Kohlenversorgung des deutschen Bergbaues Schaden erleiden. Es ist nicht so, daß das etwa nur als eine Liberalisierungspolitik von mir gemacht worden ist, sondern es war die Meinung aller Beteiligten, daß wir amerikanische Kohle einführen sollten. Wir haben am 8. Januar gesagt: Wir haben zuviel Kohle; aber wir sind der Meinung, die deutsche Kohle wird wieder abgehen, das ist keine echte Krise, sondern eine Zusammenballung von ungünstigen Faktoren. Und was hat die Ruhrkohle gemacht? Sie hat im Februar 5 Millionen Tonnen und im März 12 Millionen Tonnen Amerikakohle abgeschlossen, nachdem wir gesagt hatten, wir haben 8 Millionen Tonnen Kohle zuviel.

Man muß die Dinge im Zusammenhang sehen. Von den begangenen Sünden mit den Preisen usw. wollen wir nicht sprechen. Wir haben in diesem Jahre ein außerordentlich ruhiges Preisklima. Im vorigen Jahre haben wir uns über die Preise unterhalten. Da schien es so, als ob daran das Gedeihen unserer Politik hinge. Jetzt hängt es nicht an den Preisen, sondern es liegt an der Kohle. Was kann man tun? Ich bin der Meinung, daß man wohl mit den Ölleuten sprechen kann; die Verhandlungen sind auch im Gange. Wenn es zutrifft – das hat Herr Gutermuth gesagt –, daß tatsächlich die Kohle fiskalisch stärker belastet ist als das Heizöl, dann ist es recht und billig, hier wieder eine Gleichstellung vorzunehmen. Obwohl es zutrifft,

78 Bei den Amerika-Kontrakten handelte es sich um mittelfristige Importverträge mit amerikanischen Kohlelieferanten aus den Jahren 1956/57. Als sich 1958 die Überschubförderung an Kohle abzeichnete, führte die vertraglich festgelegte Abnahme amerikanischer Kohle zu einer zusätzlichen Verschärfung der heimischen Kohlekrise (Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 3221 f.). Vgl. auch: 25 Jahre gemeinsamer Markt für Kohle 1953–1978. Brüssel-Luxemburg 1977 S. 90f.

79 Sitzung des „Energiekreises“ im Bundeswirtschaftsministerium am 10. Januar 1958. Vgl. BULLETIN vom 16. Januar 1959 S. 78.

daß die Kohle aus geologischen Gründen in der Produktion nicht so beweglich sein kann, so kann man die Kohle nicht völlig außerhalb der Wirtschaft stellen. Es gibt keinen Wirtschaftszweig, der ohne Rücksicht auf den Verbrauch und ohne Rücksicht auf die Kosten und den Preis einfach produzieren kann. Wenn wir das nämlich tun und der Kohle sozusagen die absolute Existenzsicherung geben, daß sie ohne Rücksicht auf die Fördermenge, die Kosten und die Preise ein ruhiges Dasein führen kann, dann werden wir wieder die Sünden büßen müssen in der Preisentwicklung. Dann wird Herr Gutermuth nicht stillhalten, und die Kohle wird im Preis nicht bleiben.

Sollen wir eigentlich eine Politik treiben, das Heizöl so zu erhöhen, um diese Kohlenpolitik zuzulassen? Mit dem Heizöl ist es so: Wir sind mit dem Verbrauch an Heizöl ein unterentwickeltes Land. Alle die anderen Länder um uns verbrauchen ungefähr die doppelte Menge an Heizöl. Das gilt für leichte und für schwere Zeiten. Die englische Regierung fördert es noch mehr, und selbst in Belgien, das wirklich unter der Kohlesituation seufzt, hat die Regierung erklärt: Man kann den Fortschritt nicht hemmen, und wir müssen dem Öl die freie Entwicklung lassen, auch wenn es für die Kohle im einzelnen eine Änderung bringt. Ich würde es nicht so frei aussprechen, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß die Kohle die immer gesicherte Existenzgrundlage für die deutsche Energieversorgung abgibt. Aber wir können auch nicht das Heizöl behindern, und es hätte im übrigen auch wenig Sinn. Das einzige, was wir tun könnten, wäre natürlich, den Bau von Raffineriekapazitäten in Deutschland zu verhindern; aber gewonnen wäre damit nichts; denn dann würden die Kapazitäten in Belgien oder Holland errichtet, und wir würden nur verzichten ... (*Adenauer*: Es denkt doch kein Mensch daran, den Bau von Raffinerien zu verhindern!) Wenn wir den Ölverbrauch betrachten, hat es keinen Sinn ... (*Adenauer*: Sie haben zu den Bergarbeitern ganz anders gesprochen!) Nein! Ich habe nicht anders gesprochen. Im übrigen kann ich doch hier vor den Parteifreunden einmal das Problem erörtern und muß auch dazu sagen können, wie ich es sehe. Wenn wir den Heizölverbrauch in Deutschland durch eine künstliche Besteuerung jeweils so halten wollen, daß der Kohle nichts passiert, dann bin ich der Meinung, daß wir damit eine falsche Politik machen; die können wir nicht verantworten. Wenn Raffinerien entstehen in den nächsten Jahren mit Investitionen von einigen Milliarden, dann bedeutet das auch wieder einen sehr erheblichen Verbrauch an Kohle. Man kann also die Dinge nicht in einzelne Teile auflösen, sondern muß das Ganze sehen.

Obwohl ich zugebe, daß wir bei der Kohle andere und gewichtigere Gründe haben als bei irgendeinem anderen Konsumgut, werden wir aber in allen diesen Fällen nicht von dem abkommen, was ich gesagt habe. Denken wir auch an die Textilindustrie usw. Und was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich wehre mich nicht gegen die Argumente, die der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat, aber ich warne davor, die Dinge allzusehr zu dramatisieren. Es ist eine ganz bewußte Methode, daß wir unter Druck gesetzt werden sollen. Ich möchte mit dem Herrn Bundeskanzler sagen, man muß konsequent bleiben, und wir sollten das Stehvermögen haben, für die Kohle alles zu tun und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sie wieder flottzumachen, aber

nicht dadurch, daß man andere straft, weil die Kohle falsch disponiert hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich bedaure Ihren Beifall, meine Herren! Das Problem ist nicht erschöpfend bisher behandelt. Das Problem ist viel ernster und wichtiger. Ich bedaure auch einige Ausführungen des Herrn Kollegen Erhard. Kein Mensch denkt daran, der Kohle einen bequemen Weg zu machen. Herr Kollege Erhard war selbst dabei, als Herr Etzel vorgetragen hat, daß die Kohle steuerlich viel mehr belastet ist als das Heizöl. (*Erhard:* Da sind wir ja einig!) Warum sprechen Sie denn von einem Verbot für den Bau von Raffinerien? (*Erhard:* Weil ein großer Unterschied darin besteht, ob ich die fiskalische Differenz in der Belastung ausgleiche. Das mögen fünf oder sechs Mark sein, während die Forderung des Bergbaues auf 30 und mehr geht!) Wie kompliziert das Problem ist, mögen Sie an folgendem ersehen. Wenn die Bundesbahn nicht mehr Kohle- und Kokstransporte bekommt, ist die Bundesbahn noch mehr pleite als bisher. Das Öl wird durch die Pipelines geleitet; das geht nicht über die Bundesbahn. (*Blumenfeld:* Auf dem Wasser!) Das ist ein großer Irrtum, Herr Blumenfeld! Lassen Sie sich von der Bundesbahn einmal sagen, welche Ausfälle sie hat, nachdem der Verbrauch von Kohle und Koks so nachgelassen hat. Ich sage das, damit Sie die Kompliziertheit des ganzen Problems erkennen.

Dagegen muß ich mich im Interesse der Arbeiterschaft wehren, daß wir bewußt unter Druck gesetzt würden. Das ist nicht richtig, Herr Erhard! Da könnte ich Ihnen sagen, Ihr Wirtschaftsministerium sieht die Sache völlig einseitig. Ich muß hier erklären, der Herr Gutermuth hat sich in der ganzen Sache so zurückhaltend und so gut benommen, wie sich ein Gewerkschaftsführer nur benehmen kann. Er hat in manchen Dingen mehr Verständnis bewiesen als die Unternehmer. Das muß ich zugunsten der Industriegewerkschaft Bergbau sagen. (*Albers:* Das ist ein alter christlicher Gewerkschaftler!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie jetzt schon den Grundstein dafür legen wollen, daß die Wahl in Nordrhein-Westfalen das nächste Mal verlorenggeht, schon bei der Bundestagswahl, und daß die sozialistischen Stimmen in die Höhe schnellen, dann bitte tun Sie das, was Sie durch Ihren Beifall eben als richtig unterstrichen haben. Die Sache ist viel ernster und wichtiger. Ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit der ganzen Angelegenheit. (*Blumenfeld:* Wir auch!) Sie können sich gar nicht so damit beschäftigen! Sie sind Kohlenimporteur. Das ist etwas ganz anderes. Kein Mensch spricht dagegen, daß Sie Kohlenimporteur sind. Das ist immer gewesen, auch bei anderen Frachtraten, als sie jetzt bestehen. Ich bitte Sie aber, die ganze Frage einmal unter den eminent politischen Gesichtspunkten zu betrachten, nicht nur unter rein wirtschaftlichen oder prinzipiellen Gesichtspunkten in der Wirtschaft.

Und wenn Sie von der Textilindustrie sprechen, lieber Herr Erhard, so habe ich Ihnen schon seit Jahr und Tag gesagt, der Textilindustrie muß geholfen werden. Jetzt ist es endlich geschehen. In der Textilindustrie sind 600.000 Menschen beschäftigt. Es ist eine sehr weit verzweigte Industrie. Die Textilindustrie ist schwer bedroht durch Einfuhren aus Frankreich und Ostasien. (*Von Hassel:* Und Italien!) Und nun kommen

wir an ein Problem heran, worüber ich mich mit Herrn Erhard unterhalten werde. Liberalisierung in allen Ehren, aber daß wir der Liberalisierung zuliebe unsere eigene Wirtschaft in den wichtigsten Zweigen kaputtgehen lassen, das sehe ich nicht ein und mache ich nun einmal nicht mit. Wenn Sie das Prinzip auf die Landwirtschaft übertragen, dann machen Sie am besten die Bude zu mit der ganzen Landwirtschaft. Dann beziehen Sie einfach Ihr Getreide aus Kanada und den Vereinigten Staaten; das Gemüse und Obst lassen Sie aus Holland, Italien und Frankreich kommen. Und dann machen wir hier mit der Landwirtschaft Schluß. (*Erhard*: Wir haben einen Exportüberschuß von sechs Milliarden in diesem Jahr!) Es ist erfreulich, daß wir den Exportüberschuß haben, aber wir müssen doch auch die deutsche Wirtschaft als ein Ganzes betrachten, und es hilft mir nichts, wenn einzelne Zweige der deutschen Wirtschaft einen hohen Exportüberschuß haben und andere Zweige der deutschen Wirtschaft dabei vor die Hunde gehen. Das halte ich nicht für richtig, ganz abgesehen von den politischen Folgen, die etwas Derartiges zur Folge haben würde, worauf Sie sich totensicher verlassen können.

Blank: Sie wissen, daß ich, was die Wirtschaftspolitik anbetrifft, mit dem Kollegen Erhard nicht erst seit heute, sondern seit 1948, als mich meine eigenen Freunde deswegen für halb verrückt erklärten, übereinstimme. Jetzt stimme ich mit dem Kollegen Erhard – und das spreche ich offen aus – in der Frage der Beurteilung der Lage an der Ruhr, insonderheit auch nicht mit Herrn Westrick⁸⁰, nicht überein. Ich will versuchen, Ihnen das darzulegen.

Lassen Sie mich mit dem Sozialpolitischen beginnen. Wir haben 500.000 Bergarbeiter. Wie man Bergarbeiter wird, wie lange das dauert, bis es investiert ist, wissen Sie. Es kostet im Schnitt DM 15.000,- pro Mann. Wenn ein Teil dieser Bergarbeiter nunmehr abgelegt wird, so bedeutet das keinen Gewinn für die Wirtschaft, auch wenn man sagt, angesichts der 19,5 Millionen Beschäftigten können diese leicht irgendwo anders untergebracht werden. Daß diese Rechnung nicht stimmt, wissen Sie; denn ein Bergarbeiter, der bis zu seinem vierzigsten Lebensjahr im Bergbau tätig war, ist nicht mehr in der Lage, in einem anderen Industriezweig tätig zu werden. Sie werden ihn wahrscheinlich als dauernden Kostgänger der Knappschaftsversicherung haben, die der Bund wegen dieser Lage im Bergbau – wenn der Ausdruck erlaubt ist – dann subventionieren müßte.

Ich bin im Ruhrgebiet groß geworden. Weshalb sitzen wir hier? Doch deshalb, weil unsere Gesamtpolitik so eindrucksvoll gewesen ist, daß wir gerade im massiven Ruhrgebiet, wo die Millionen Menschen sind, diese Stimmenmehrheit bekommen haben. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß wir in allen Großstädten des Industriegebietes mit Ausnahme von Dortmund Direktmandate für den Bundestag errungen haben. Wenn Sie 100.000 Bergarbeiter ablegen, dann legen Sie damit etwa ein Fünftel des gesamten

⁸⁰ Dr. Ludger Westrick (1894–1990), Jurist und Exportkaufmann; 1951–1963 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, 1964–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

Industriegebietes lahm. Das weiß jeder, der einmal zwischen Duisburg und Hamm hin- und hergefahren ist. Sie legen damit lahm eine Reihe von altrenommierten Firmen in Bochum, Essen, Dortmund usw., die für die Bergbaubringerindustrie arbeiten.

Wissen Sie, was das heißt? Das heißt für uns, daß wir im Industriegebiet unsere Kerngebiete verlieren. Jeder von Ihnen, der vor dem Jahre 1933 durch das Ruhrgebiet gefahren ist und die vollen Halden gesehen hat, der hat den Eindruck bekommen, daß eine große Stagnation in der Wirtschaft vorgeherrscht hat. So geht das heute auch. Man sieht die ständig wachsenden Kohlenhalden. Wir sind noch vollbeschäftigt, aber jeder nimmt den Eindruck mit, daß wir mit unserer Gesamtpolitik auf dem absteigenden Ast sind und daß es nunmehr anfängt zu stagnieren. Die Zeiten vor 1933, Herr Kollege Erhard, sind eben aus dem Gefühl der Menschen nicht auszulöschen. Das können Sie mir glauben; wenn ich auch andererseits Ihnen glaube, daß Sie heute Mittel in der Hand haben, um solch tiefgehende Krisen zu vermeiden.

Was hat die Bundesregierung getan? Die Bundesregierung hat seit 1949 mehr als einmal den Bergarbeitern gesagt: Auf euch kommt es an. Wissen Sie noch, wie wir die Leute veranlaßt haben, Überstunden zu verfahren[!], zusätzliche Schichten, Sonntagsschichten usw.! Und jetzt erklären wir den Leuten kaltlächelnd – das böse Wort, es muß geprüft werden –, dann müssen wir einfach 100.000 Mann ablegen. (*Erhard*: Das Wort ist niemals gefallen!) Sie sollen es ja nicht sein, Herr Kollege Erhard. Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, nun hier zu erklären, wie man es machen soll, aber der Herr Bundeskanzler hat völlig recht, so wenig wie wir die Bauern aufgeben können – obwohl wir all unser Brot und Fleisch billiger essen, wenn wir es auf dem Weltmarkt kaufen –, so können wir auch den Bergbau nicht aufgeben. Mit diesem Bergbau sind wir alle miteinander verhaftet. Wir müssen uns Mittel und Wege einfallen lassen, wie wir dieser Krise begegnen können. Man sagt, drei bis vier Feierschichten seien nicht viel. Aber ich bitte Sie, doch einmal an die Bergleute zu denken. Die haben immer die bange Sorge, daß vielleicht in der nächsten Woche noch eine Feierschicht gefahren wird. Der Bergmann überlegt sich auch, ob nicht seine Beschäftigung bald zu Ende sein wird. Es besteht ein tiefgehender Widerspruch in der gesamten Bevölkerung dort, daß ich mich eigentlich wundere, daß die Sache bisher so gutgegangen ist. (*Erhard*: Wenn z.B. von Gewerkschaftsseite gesagt wurde: Heuer werden die Weihnachtstische leer bleiben müssen!) Sicher ist das objektiv falsch, aber ich sage Ihnen, wenn ein Bergmann vor dem Weihnachtsfest vor der bangen Frage steht, ob er im Weihnachtsmonat eine zusätzliche Feierschicht bekommt oder nicht, dann ist das für einen solchen Mann und seine Familie etwas, was sie hart trifft. Sie können dem Herrgott danken, daß wir die Bundestagswahl und die Landtagswahlen hinter uns haben. Der Herr Bundeskanzler und ich haben uns bemüht, und wir dürfen dankbar sein, diese Feierschicht abgewendet zu haben.

Die Herren von der Kohle haben Fehler begangen. Nun sollte man hier aber nicht sagen: Nun sollen sie sehen, wie sie fertig werden. So können wir die Dinge nicht behandeln. Wissen Sie mit Sicherheit, ob wir nicht eines Tages darüber froh sein werden, intakte Zechen zu haben? Kennen Sie die Lage und Entwicklung? Alles Öl

muß über das Wasser transportiert werden. Alle Kohle ist bei uns im Lande. Deshalb bin ich der Meinung, daß dieses Problem mit allem Ernst angefaßt werden muß. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, um hier entsprechend zu helfen. Ich bin gegen den Dirigismus, aber von dieser kaltschnäuzigen Überlegung – ich sage das ganz offen – halte ich nichts. In der Wirtschaft gibt es eben einmal einen Wandel, und dabei geht dieses oder jenes zugrunde; dies kann aber hier nicht ziehen, wengleich sich auch kein Mensch dagegen wehrt, daß die eine oder andere ausgelaufene und unrentable Zeche allmählich eingeht. Ich behaupte aus meinem eigenen Erleben, daß zwar nicht aus diesem Grunde allein, aber mit aus diesem Grunde die Nationalsozialisten an die Macht gekommen sind, weil das große Sterben im Ruhrgebiet Ende der zwanziger Jahre eingesetzt hat. Je mehr die Zechen starben, um so größer wurden die SA-Haufen auf der Straße; denn die arbeitslosen Bergleute bildeten zum großen Teil diese SA-Männer.

Ich bin also der Meinung, Herr Kollege Erhard, wir müssen wirklich mit liebendem Herzen auch für die Kohle – denn gerade ein Kind, das früher einmal gesündigt hat, pflegt man besonders zu lieben – nach Maßnahmen suchen, um zu helfen.

Meyers: Ich bitte Sie nochmals, mich nicht mißzuverstehen. Es handelt sich nicht darum, nun festzustellen, wer und wann welche Fehler gemacht hat. Das nehme ich als Politiker noch hin, und wenn ich mich rächen und Strafen austeilen will, so ist das eine ganz andere Frage. Die Ruhrkohle wird nicht davon abkommen, die Importverträge mit eigenen Mitteln abzulösen. Sie hat 7 Millionen Tonnen abgelöst. Sie wird sich bemühen müssen, daß sie die 26 Millionen Tonnen, die übrigbleiben, so verteilt, daß wir die ganzen Jahre soundso viel Tonnen haben werden. Das ist eine Konsequenz ihres früheren Verhaltens.

Gutermuth hat sich als einer der Vernünftigsten gezeigt. Man kann dem Fortschritt nicht entgegentreten. Es wäre sinnlos, durch Gesetz und Paragraphen zu sagen, in Deutschland darf kein Heizöl mehr verbraucht werden. Das ist dummes Zeug. Das Heizöl wird seinen Weg nehmen. Aber dieses Problem ist ein politisches Problem, weil unsere Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik das erreicht haben, was niemand für möglich gehalten hätte. Die Landtagswahlen sind viel empfindlichere Wahlen als die Bundestagswahlen. Als wir 1950 in Nordrhein-Westfalen 36,9 % erreichten, waren wir zufrieden. Als diese Zahl dann im Jahre 1954 auf 41,3 % anstieg, waren wir auch zufrieden. Und jetzt, 1958, haben wir 50,5 % aller Stimmen erreicht. Und das sind im Schwerpunkt die Millionen Wähler des Industriegebietes gewesen. Das ist nur möglich gewesen, weil diese Menschen an unsere Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik geglaubt haben. Der Glaube bedeutet auch in der Politik sehr viel. Der Unglaube und das Mißtrauen aber können leicht eine rückläufige Tendenz in der Politik und damit in der Wirtschaft bringen, d.h., wenn man gegen unsere Wirtschafts- und Außenpolitik skeptisch würde.

Deshalb verstehen Sie mich recht. Mich interessiert nicht, ob die Herren an der Ruhr verdienen oder nicht, mich interessiert aber, daß die Menschen an der Ruhr Zutrauen zu unserer Politik haben und daß die Arbeiter an der Ruhr erkennen,

daß unsere Partei, die CDU, nicht eine Partei der Besitzenden und daß die SPD nur eine Arbeiterpartei ist, sondern sie müssen zu der Überzeugung kommen, daß die CDU die breite Volkspartei für alle ist. Wenn die Umfrage im Bundesgebiet ein gutes Ergebnis hat, so deswegen, weil im Ruhrgebiet der Glaube nicht erschüttert ist. Das ist die Kernfrage, daß wir diesen Glauben nicht erschüttern lassen, sondern alle Wege beschreiten müssen, um diesen Glauben in der Bevölkerung zu erhalten. Das strahlt dann aus auf die nächsten Kommunalwahlen und auch auf die Bundestagswahlen. Die Bundestagswahl ist nicht zu gewinnen mit absoluter Mehrheit, wenn sie im Ruhrgebiet kaputtgeht. Und wenn man die Zahlen der Bundestagswahl sieht, dann ist sie entschieden mitgewonnen worden im Industriegebiet, wo die Massen der Wähler sitzen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er habe sich seit langem mit diesem Problem befaßt. Das Anliegen besteht nun darin, daß wir politisch nichts verlieren, was auf Jahre hinaus nicht wieder gutzumachen wäre. Wenn 100.000 Bergarbeiter aus Arbeit und Brot gebracht werden, so ist das etwas, was nicht zu verantworten ist. Deswegen sollte man solche Prognosen nicht bringen. Ich weiß, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister das nicht gesagt hat, aber es steht in den Zeitungen, wenn auch vielleicht nur in der „Bild“-Zeitung. Wir müssen dafür sorgen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß nämlich die Primärenergie in Deutschland die Kohle bleiben muß. Wir müssen sie stützen. Das muß ein Vertrauensbeweis für unsere Politik sein.

Adenauer: Die Sache mit den 100.000 Mann verhält sich, wie mir Herr Burckhardt⁸¹ gesagt hat, folgendermaßen: Herr Burckhardt ist bei Herrn Westrick gewesen und hat ihm gesagt, nach einer Berechnung der Steigerung des Energieverbrauches würden im Jahre 1965 16 Millionen Tonnen Steinkohleenergie wert zuviel da sein. Das bedeutet die Ablegung von 100.000 Bergleuten. Darauf hat Herr Westrick gesagt: Die 100.000 Mann können wir leicht unterbringen. (*Erhard:* Das kann schon deshalb nicht stimmen, weil 16 Millionen Tonnen keine 100.000 Mann ausmachen können; denn wir haben heute eine Produktion von 130 Millionen Tonnen. Es sind also nur 12 %.) Lassen wir uns darüber nicht unterhalten. Herr Burckhardt hat mir selber gesagt, wie empfindlich es ihn getroffen hat, daß Herr Westrick die Bedeutung des Problems überhaupt nicht erkannt, sondern geantwortet habe: Die Arbeiter können wir bei unserem Arbeitsmarkt leicht unterbringen. (*Etzel:* In meiner Wohnung hat zwischen Burckhardt, Westrick und mir ein Gespräch stattgefunden, bei dem Herr Burckhardt gegenüber dem energischen Bestreiten von Westrick gesagt hat: Mir haben Sie das nicht gesagt, sondern Sie sollen es anderen erklärt haben! – *Zurufe:* Aha!) Sagen Sie nicht „Aha“! Was hat das für einen Sinn? Es geht weder um Westrick noch um Burckhardt noch um Erhard noch um mich. Es handelt sich um die Zukunft

81 Dr. Helmuth Burckhardt (1903–1984), Berg-Ingenieur; 1958–1967 Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, 1968–1976 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau.

unserer Partei. Verstehen Sie doch bitte, worum es sich handelt. Das ist ein Problem von größter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Was mich so erbost hat, Herr Erhard, müssen Sie nicht übelnehmen, aber Sie haben gesagt: Wir können nicht den Bau von Raffinerien verbieten. Wer denkt denn daran, den Bau von Raffinerien zu verbieten? (*Erhard*: Das war nur eine theoretische Erwägung, Herr Bundeskanzler!) Das ist keine theoretische Erwägung! Es gehen Lobbyisten im Bundestag herum – glauben Sie es mir – und bearbeiten einen Abgeordneten nach dem anderen. Und das ärgert mich so. Herr Krone mag sich dazu äußern. (*Krone*: Aus allen Knopflöchern kann man das merken!)

Etzel: Es wäre vielleicht komisch, wenn ich nichts sagen würde; ich bin persönlich der Meinung, daß das Problem, das wir diskutieren, ein politisches und ein wirtschaftliches Problem ist, und zwar beide mit gleichem Gewicht. Ich finde, es gäbe einen falschen Aspekt, wenn der Eindruck aus dieser Diskussion draußen entstünde, daß der Herr Bundeskanzler und ich grundsätzlich gegen Erhard Stellung genommen hätten und daß wir gegen ihn ständen. Ich glaube, daß ein solcher grundsätzlicher Gegensatz nicht besteht, daß wir also eine solche zweierlei Sicht gar nicht haben. Auch Herrn Erhard erkenne ich an – ich habe mit ihm in den letzten Tagen viele Gespräche führen müssen –, daß das Problem ein Problem von ganz hohem politischem Gewicht und von hohen Graden ist. Alles, was unsere Freunde über das Gewicht der Ruhr gesagt haben, stimmt natürlich. Wir müssen auch folgendes sehen: Wenn ich nach Süddeutschland komme, wird mir immer gesagt, der Norden hat jeweils unsere Zustimmung bekommen. Wenn die CDU eine Mehrheit haben will, braucht sie dazu die bayerischen Stimmen. Das hat man immer anerkannt. Erkennen wir also dieses politische Gewicht an.

Aber nun steckt in diesem Gewicht ein Problem, das ich einmal von einer anderen Schau darstellen möchte. Das Problem der Ruhr ist schwierig, Herr Bundeskanzler. Ich will nicht wieder die Behauptung korrigieren – ich habe es schon zweimal tun müssen –, daß die Montanunion durch dieses Verbot der langfristigen Verträge eine der Ursachen für diese Sache ist. Das ist simplifiziert und so nicht richtig; wir sprechen noch einmal darüber. Es ist in dieser einseitigen Darstellung sicher nicht richtig.

Was ist nun los? Die erste Frage lautet: Ist der Ruhrbergbau in einer strukturellen Schwierigkeit, d.h. in einer Schwierigkeit, daß wir auf einen Teil des Ruhrbergbaues auch wirtschaftlich verzichten könnten? Ich sage sehr entschieden: Nein, und zwar aus vielen Gründen. Zunächst ist die langfristige Energieentwicklung so, daß wir auf die Dauer in eine Energieknappheit hineinkommen. Auch beim Öl können wir in eine sehr gefährliche Situation kommen. Öl bekommen wir aus dem Nahen Osten mit seiner ganzen politischen Krisenhaftigkeit. Wenn wir uns abhängig machen vom Nahen Osten, kann eines Tages Nasser⁸² uns etwas wollen; eine Situation, in die wir

82 Gamal Abd el-Nasir, genannt Nasser (1918–1970), ägyptischer Politiker; seit 1954 Ministerpräsident, 1956–1970 Staatspräsident.

nicht kommen dürfen. Wir haben die Kohle aus allgemeinen Gründen und auch wegen der Unabhängigkeit auf die Dauer einfach nötig.

Wie sind wir nun in diese Situation gekommen? Das ist komisch. Plötzlich sind wir von einer Mangellage in einen Überschuß geraten. Wir haben alle miteinander Fehler gemacht, daß wir den Kohlepreis zu starr gehalten haben. Zuerst gab es die billige deutsche Kohle und eine teure amerikanische Kohle, so daß der Run auf die deutsche Kohle einsetzte. Und als dann die amerikanische Kohle herunterging dank der Frachtraten, hat sich alles auf langfristige Einfuhrkontrakte amerikanischer Kohle gestürzt in der Annahme, daß es wieder hinaufginge. Und bis heute ist es nicht in die Höhe gegangen. Die vielen Einfuhrkontrakte müssen wir wieder lösen. Das müssen eventuell die einstecken, die diesen Unsinn gemacht und im falschen Augenblick gekauft haben. Das sind die Zechengesellschaften an der Ruhr selbst. Ich denke nicht daran, den Steuersäckel zu ziehen, sondern wir wollen ihnen helfen, daß sie nicht in eine absolute Finanzschwierigkeit kommen, aber den Schaden, den sie selber schuld sind, sollen sie auch bezahlen. In dem Augenblick, wo genug Kohle da ist, werden die Lager aufgelöst. Die Lager sind größer, als wir gedacht haben. Wir haben einen milden Winter gehabt, wodurch 8 Millionen Tonnen eingespart wurden. Dazu kam eine Ausfuhrminderung von 4 Millionen Tonnen. Das sind 12 Millionen Tonnen. Wenn die Ruhrkohle sagt, wir müssen diese vielen Kontrakte lösen, was 300 Millionen kosten kann, dann müssen wir wissen, daß es sinnvoll ist, die jetzige Förderkapazität aufrechtzuerhalten.

Hier taucht folgendes Problem auf. Im Augenblick kostet das Öl DM 30,- weniger als die Kohle. Jetzt sagt die Kohle, wenn ihr von uns verlangt, daß wir mit diesen DM 30,- weniger konkurrieren müssen, dann können wir das nur tun, wenn wir in die besten Flöze gehen und alle Zechen, die teurer arbeiten, stilllegen. Und wenn wir das tun, müssen diese 100.000 Bergarbeiter auf die Dauer abgelegt werden. Dabei soll nun Herr Westrick gesagt haben, die deutsche Wirtschaft würde das aufnehmen können. Wenn Sie in gute Flöze gehen, dann bedeutet das folgendes: Die Flöze liegen von oben nach unten gemischt, mal schlecht, mal gut. Wenn Sie ein gutes Flöz abbauen, bricht das andere nach, und dann müssen die schlechten Flöze wieder abgebaut werden.

Sie müssen eine politische Entscheidung fällen, daß Sie auf die Dauer auf einen großen Teil der Abbaumöglichkeiten verzichten. Wenn Sie eine Zeche stilllegen, dann versäuft sie. Wir müssen aber jetzt beschließen. Das wird von uns gewünscht. Es ist eine Grundsatzentscheidung: Wollen wir dieses Element der eigenen Versorgung aus dem Rohstoff Kohle grundsätzlich behalten, oder wollen wir nicht einer Konkurrenz – nämlich dem Öl, das z.Z. DM 30,- billiger ist – den Vorzug geben? Ich bin ein Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft und mit Herrn Erhard in allen Grundsatzfragen einig. Auch die Frage, daß heute das Öl DM 30,- die Tonne weniger kostet, ist kein Evangelium. Aber wer macht das denn? Das machen einige große Weltgesellschaften, die den Preis bestimmen für ein Produkt, das außerdem noch Abfallprodukt ist. Man kann hier beliebig rauf- und runtergehen. An sich besteht auf dem Ölmarkt ein

internationaler Pool, und die Leute können uns das Öl billig geben. Ob sie dabei bleiben, wenn sie den Markt für das Öl erobert haben, ist eine andere Frage.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat einen Verbrauch von 30 Millionen Tonnen Heizöl für 1965 vorausgesehen. Die Raffineriekapazitäten orientieren sich auf 55 Millionen Tonnen Verbrauch. Ich würde mich nicht genieren, einer solchen Entwicklung zuzustimmen, wenn wir zuvor die politische Entscheidung gefällt haben, daß wir die Kohle gebrauchen. Das darf nicht bedeuten, daß die Kohle teurer wird, sondern die Kohle muß sich orientieren, daß sie möglichst billig zu arbeiten hat. Bei der Frage, soll es bei 135 Millionen Tonnen bleiben oder soll man heruntergehen auf 100 Millionen Tonnen, bin ich mit dem Herrn Bundeskanzler und den Herren Erhard und Blank einig, daß wir das nicht tun dürfen. Erhard, Westrick, Blank und ich wollen uns einmal mit den Ölgesellschaften unterhalten, ob sie nicht von sich aus eine vernünftige Haltung einnehmen. Irgendwie müssen sie auch wissen, daß die jetzige Substanz erhalten bleibt. Mit der Kohle ist es eine sehr komplizierte Sache. Es dauert 15 Jahre, bis eine neue Schachanlage funktioniert.

Blumenfeld: Wenn ich mir vorhin erlaubte, einen Zwischenruf zu machen, so wollte ich damit nicht zum Ausdruck bringen, daß die Sorgen, die wir uns machen, etwa die gleichen sein könnten, wie sie der Regierungschef hat. Ich darf darauf hinweisen, daß ich seit Jahren nicht als Interessent, sondern aus der politischen Sorge um die Entwicklung im Ruhrgebiet immer wieder mit ihm über diese Frage gesprochen habe. Ich habe auch zu Anfang dieses Jahres ein langes Gespräch mit Professor Dr. Erhard geführt über die Maßnahmen, die kurzfristig zu treffen wären, und habe ihm Vorschläge unterbreitet, die erst im September oder Oktober dieses Jahres vom Bundeswirtschaftsministerium angefaßt worden sind.

Es ist ein politisches und ein wirtschaftliches Problem. Das politische Problem könnte durch die Abschaffung oder Reduzierung der Feierschichten gelöst werden. (*Zuruf:* Aber wie?) Das andere Problem liegt darin, daß von uns aus eine Grundsatzenscheidung getroffen werden muß, wobei wir die strukturelle Wandlung entsprechend berücksichtigen müssen, die hinsichtlich des Vordringens des Öls eingetreten ist. Herr Bundeskanzler! Wir teilen mit Ihnen die große Sorge um die politische Entwicklung an der Ruhr; aber sie kann und soll uns nicht veranlassen, die Grundsatzenscheidung in einer dramatischen Atmosphäre zu fällen. Wir machen uns Sorge – und ich habe mich beteiligt bei dem Beifallsklatschen zu den Ausführungen von Herrn Professor Erhard – im Hinblick auf die Auswirkungen auf die gesamte übrige deutsche Wirtschaft, und zwar in ihrer ganzen Verflochtenheit und Verbundenheit mit Europa und der Welt. Es sind auch in der Presse in den vergangenen Wochen sehr einseitige Behauptungen sowohl von der Kohlenseite wie von der Ölseite aufgestellt worden. Ich habe das als eine Dunstwolke bezeichnet, die sich über das Problem gesenkt hat, die aber beseitigt werden muß, damit Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrem Kabinett die Entscheidungen treffen können, um die wir nicht herumkommen.

Diese Entscheidung auf lange Frist wird nach meiner unmaßgeblichen Meinung gar nicht Sofortmaßnahmen für die Freisetzung von Arbeitskräften, die jetzt noch in

den Bergwerken sind, zur Folge haben, sondern das wird sich über eine Reihe von Jahren erstrecken. Im übrigen wird die Entwicklung so sein, daß der Energieverbrauch insgesamt gesehen auch wieder ansteigt, so daß das Ganze wieder in die Höhe kommen wird. Daß die Stahlseite wieder eine bessere Auftragslage haben wird als irgendeine andere Seite, davon sind wir überzeugt. Es ist ein wesentlicher Grund, Herr Bundeskanzler, dafür, daß so viel Koks und Kohle auf Halden liegt. Ein Drittel der Haldenbestände gehört den Hütten- und Stahlwerken. Das steht in einem ursächlichen Zusammenhang damit. Es wird nötig sein, eine Klarheit zu schaffen; denn in der Öffentlichkeit sind die verschiedenen Interpretationen unterschiedlich ausgelegt worden. Herr Gutermuth hat über das Gespräch bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine andere Auskunft in der Öffentlichkeit gegeben als die Minister Etzel und Erhard. Die Unternehmenseite hat sich hinter die[!] Gewerkschaft versteckt und überläßt ihnen, die politische Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Ob sie dabei gut beraten ist, vermag ich nicht zu beurteilen im Hinblick auf die Sozialisierungswünsche der Gewerkschaft. Die Unternehmenseite gibt der ganzen Angelegenheit noch eine andere Interpretation. Es kommt darauf an, daß wir von dem eingeschlagenen Kurs unserer Wirtschaftspolitik nicht abgehen dürfen, wenn wir dieses sehr schwierige Problem lösen wollen. Keiner von uns will etwas der Kohle, aber sie hat allerdings durch ihre berufenen und ungerufenen Sprecher den Eindruck vermittelt, als ob sie eine Sonderstellung beanspruchen müsse, was aber bedeuten würde, daß die übrige Wirtschaft darunter zu leiden hätte.

Adenauer: Herr Blumenfeld sagte: Es handelt sich um eine politische, aber auch genausogut um eine wirtschaftliche Entscheidung, und wir wollen bei unserer Wirtschaftspolitik und unserem Wirtschaftsprinzip bleiben. Verehrter Herr Blumenfeld! Wir sind bei der ganzen Kohlenwirtschaft niemals bei unserem wirtschaftlichen Prinzip geblieben. Gehen Sie bitte davon aus: Solange wir hier eine Bundesregierung haben, hat die Kohle immer einen gebundenen Preis gehabt. (*Blumenfeld:* Leider!) Aber wir haben es doch getan, und zwar aus politischen Gründen. Lassen Sie es mich offen sagen. Es war ein politischer Preis mit Rücksicht auf die Wahlen. Und dann kann man jetzt nicht sagen: Hoch das Panier der wirtschaftlichen Grundsätze; sondern wir müssen sehen, wie wir aus der ganzen Geschichte herauskommen.

Noch eins, Herr Blumenfeld! Die Herren Blank und Etzel haben vollkommen recht. Die Entscheidung über die nächste Bundestagswahl fällt durch das Industriegebiet. Wenn wir das Industriegebiet nicht vorsichtig behandeln und keine Lösung finden, die den Interessen dieser Leute wenigstens einigermaßen gerecht wird, dann wird Nordrhein-Westfalen – darauf können Sie sich verlassen – bei der nächsten Landtagswahl eine rote Mehrheit haben. Dann werden wir keine Mehrheit der CDU mehr haben. Und dann kommt das, Herr Blumenfeld, was wir nicht wollen, dann kommt im Handumdrehen die Verstaatlichung der Bergwerke mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben werden. Wenn eine sozialistische Mehrheit die Bergwerke verstaatlicht hat, dann können Sie sich darauf verlassen, daß es mit dem Heizöl nicht gerade glimpflich zugehen wird. Deshalb muß diese ganze Frage

unter politischen Gesichtspunkten betrachtet werden, weil die Konsequenzen für die Wirtschaft ungeheuer groß sind.

Ich hoffe nun, meine lieben Parteifreunde, daß aus der heutigen Sitzung um Gottes willen nicht gewisse Äußerungen, die hier gefallen sind, an die Öffentlichkeit kommen. Es sind manche harte Worte gefallen, gleichgültig von wem. Wir sind alle Sünder, und ich schließe mich persönlich ein. Wir sollten aber ängstlich besorgt sein, daß strengste Diskretion gewahrt bleibt. (*Lebhafter Beifall.*) Wenn diese Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen, dann ist es sehr schlecht. Deswegen werden wir auch, wenn wir ein Kommuniqué herausgeben, in großer Ruhe überlegen müssen, was wir bezüglich der Fragen von Kohle und Heizöl sagen können. Ich möchte bitten, daß sich die Herren Erhard, Etzel und Meyers während der Mittagspause mit dieser Frage beschäftigen, um zu überlegen, wie der Passus in unserem Kommuniqué aussehen soll, damit wir nachher nicht wieder in Schwierigkeiten kommen. Und nun schlage ich Ihnen vor, eine Mittagspause einzulegen.

Pause von 14.10 Uhr bis 15.10 Uhr.

Adenauer: Wir fahren in unserer Sitzung fort, wenn sich auch die Reihen schon etwas gelichtet haben. Diejenigen, die am wenigsten Zeit haben, bleiben hier, aber die anderen Herren, die mehr Zeit haben, sind zum Teil schon weggegangen. Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Ich muß noch ein Wort zu dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers sagen. Ich bin das der Fraktion und auch unseren Herren im Auswärtigen Ausschuß schuldig! Herr Bundeskanzler! Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß vor aller Außenpolitik die richtige Außenpolitik stehen muß. Darin besteht in der Linienführung keine Differenz zwischen der Fraktion und uns. Der Vorstand müßte sonst meinen, daß die Fraktion eigene Wege ginge. Es wäre aber falsch, wenn der Bundesvorstand diesen Eindruck mit nach Hause nähme. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß die ganze Fraktion geschlossen in diesem Sommer die Atomdebatte geführt hat, alle 279.⁸³ Das war das Entscheidende.

Zu der Note, die Sie erwähnt haben⁸⁴, sollte man bei aller Kritik im einzelnen doch erkennen und betonen, Herr Bundeskanzler, daß das Wesentliche dessen, was in Verbindung mit Ihnen erarbeitet worden ist, über das Wort „deutsche Frage“ weit hinausgeht und daß wir das Wort „Wiedervereinigung“ in die Resolution hineingebracht haben, und zwar in der Reihenfolge, wie es die Regierung wollte, wie es ja nachher vom ganzen Ausschuß auch akzeptiert worden ist. Das zeigt doch, daß wir mit dem, was wir wollen – wenn wir es nur geschlossen vertreten –, auch die anderen zu uns heranbringen können und daß die Formulierung „deutsche Frage“ in der Note, wie sie die Regierung abgeschickt hat, auf der Linie Ihrer Politik liegt.

⁸³ Am 12. Juni 1958 – Vgl. dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 53–57.

⁸⁴ Vgl. Anm. 11.

Das muß ich sagen, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht. Ich muß das auch sagen, Herr Bundeskanzler, in bezug auf die Herren, die führend sind in unserer Außenpolitik, nämlich für Gerstenmaier, Kiesinger, Gradl usw.

Ich darf eine Bitte daran knüpfen. Bei einer solch schwierigen Frage würde ich es nicht für richtig halten, einen kleinen Kreis aus allen Fraktionen zusammenzurufen, um ihnen einiges zu sagen. Dabei kommt nicht viel heraus. Ich würde aber bitten, daß Sie mit den maßgebenden Herren unserer Fraktion – das ist ein gutes Dutzend – wegen der Außenpolitik bei solch wichtigen Dingen öfters als bisher einen engen Kontakt pflegten. Ich bin davon überzeugt, daß dann die Gemeinsamkeit in der Außenpolitik zwischen der Fraktion und Ihnen dauernd gewahrt bleiben wird.

Adenauer: Herr Krone, ich bin sehr dankbar für das, was Sie gesagt haben, aber vielleicht äußert sich jetzt einmal der Herr Außenminister zu den Erfahrungen, die er gemacht hat, damit Sie als Fraktionsvorsitzender erkennen, wo die Schwächen liegen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es gut ist, dieses Gespräch zu führen, aber ich möchte zunächst einmal feststellen, daß ich im Grundsatz zu dem, was Herr Krone gesagt hat, keinen Widerspruch anmelde. Was uns bewegt und unser Gespräch auch mit der Fraktion und dem Fraktionsvorstand, aber auch zwischen den Herren des Auswärtigen Ausschusses und mir bestimmt hat, ist die Frage – sie ist schwer zu stellen und noch schwerer zu beantworten –, wie ist eine im staatspolitischen Sinne wünschenswerte Zusammenarbeit mit der Opposition in außenpolitischen Fragen zu erreichen. Wir sind uns sicherlich darüber im klaren, daß dann, wenn wir eine Übereinstimmung in wesentlichen Fragen erreichen können, unsere Situation im Westen und im Osten eine ungleich bessere sein wird als seither.

Aber ich bin mir klar darüber – und das hat, wie gesagt, auch manche Gespräche bestimmt und manche sachliche Diskussion veranlaßt –, daß wir uns immer auf dem schmalen Grat bewegen [und] der Konzession halber, die wir an die Opposition machen, um sie an uns zu ziehen, nun in die Gefahr geraten, von der geraden und konsequenten Linie unserer Außenpolitik abzuweichen. Ich sehe diese Gefahr, um das Beispiel zu nennen, in keiner Weise etwa in der Formulierung der letzten Note. Die letzte Note ist nach meiner festen Überzeugung völlig zu vereinbaren mit der geraden Linie unserer Außenpolitik. Ich sehe aber in den vorangegangenen Gesprächen die Schwierigkeit. Ich sehe die Schwierigkeit in den Formulierungen, wie sie gemacht worden sind von den Sprechern der Opposition im Auswärtigen Ausschuss und außerhalb des Ausschusses. Die Sprecher der Opposition sagten: Nicht einmal der Beschluß vom 2. Juli kann noch Ausgangspunkt der gemeinsamen Außenpolitik sein. Einige erklärten: Wir müssen hinter den Beschluß vom 2. Juli zurückgehen; denn wenn die Bundesregierung überhaupt noch die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung oder in einer Note bringen will, dann soll sie besser gar keine Note schreiben. Das ist für die Russen unzumutbar. Das ist für die Sowjetunion sehr bedenklich. Solche Auffassungen haben wir gehört. Und hier müssen wir mit unmißverständlicher Deutlichkeit sagen, daß die Zusammenarbeit nicht darin bestehen

kann, daß die Mehrheit der Minderheit nachgibt, sondern daß die Minderheit der Mehrheit nachgeben muß.

Unsere Sprecher im Ausschuß haben in den letzten Monaten ausgezeichnet zusammengearbeitet. Kiesinger hat sich wirklich viel Mühe gegeben, die immer sehr schwierige Situation zu meistern. Ich kann wirklich nicht sagen, daß sich in den Sitzungen des Ausschusses irgendeine Meinungsverschiedenheit gegenüber der Bundesregierung gezeigt hätte. Ich bin in dieser grundsätzlichen Frage auch immer unterstützt worden. Es gab auch einige Situationen, wo ich das nicht mit der gleichen Überzeugung sagen kann, aber ich möchte das nicht in einem größeren Kreise erörtern. Sie verstehen das, es sind manche Äußerungen gewesen, die die Stellung der Bundesregierung sicherlich erschwert haben. Ich habe diesen Dingen im kleinen Kreise mit großer Entschiedenheit und großer Unbefangtheit widersprochen, und wir haben diese Dinge auch in jedem einzelnen Falle bereinigt.

Ich wiederhole: Sowohl in den Gesprächen, die wir im Zimmer von Heinrich Krone zur Vorbereitung dieser Sitzungen hatten, wie auch in den Gesprächen mit den Mitgliedern des Ausschusses haben sich keine sachlichen Gegensätze herausgestellt, auch nicht in der Methode; aber wir gehen immer auf dem schmalen Grat, wieweit können wir noch in den Formulierungen etwas zum Ausdruck bringen, daß wir etwas Gemeinsames wollen mit der Opposition, ohne dabei ein Mißverständnis in der deutschen Öffentlichkeit oder in der Öffentlichkeit der Welt auszulösen. Wir müssen von Fall zu Fall entscheiden, ob diese gemeinsamen Formulierungen auf Kosten der grundsätzlichen Richtung gehen. Ich wiederhole noch einmal, die Entscheidung ist nicht leicht, aber sie ist uns bisher, wie ich glaube, gelungen.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Ich bin für das, was unser Freund Krone und Herr von Brentano gesagt haben, sehr dankbar. Ich war heute morgen nicht hier. Ich möchte Ihnen sagen, welcher Eindruck – wie ich überzeugt bin, zu Recht – von dem entstanden ist, was Sie gesagt haben. Einige Herren dieses Kreises haben mir gesagt, Sie hätten in einer Weise gesprochen, daß der Eindruck entstehen konnte, wir unterlägen einer Aufweichung. (*Adenauer:* Das habe ich auch gesagt!) Wenn ich darauf jetzt antworte, setze ich mich vielleicht dem Verdacht aus: Wer sich entschuldigt, klagt sich an. (*Adenauer:* Ich habe an Sie gar nicht gedacht!) Deswegen sage ich es vorsorglich.

Ich möchte eines feststellen, Herr Bundeskanzler, und das sollten Sie uns glauben: Keiner, der in diesen Monaten im Auswärtigen Ausschuß gearbeitet hat, hat daran gedacht, in der Sache auch nur die geringste Konzession zu machen, die von unserem regierungspolitischen Standpunkte aus nicht verantwortet werden kann. An ein sachliches Nachgeben hat keiner von uns gedacht; und der Ausdruck „Aufweichung“, wenn er so gemeint ist, wäre sicher falsch. Ich jedenfalls darf für mich sagen, daß ich in den ganzen Jahren seit 1945 gezeigt habe, daß ich nicht weich bin nach dem Osten hin.

Was nun die Note angeht, so bitte ich Sie, auch zu bedenken, daß die Bewertung der Note in der Öffentlichkeit völlig zugunsten der Bundesregierung ausgefallen ist. Wir haben mit keinem politischen Schritt auf diesem Gebiete in der letzten Zeit so

viel Zustimmung gefunden wie bei dieser Note. (*Adenauer*: Es war aber nicht die Note des Ausschusses! – *Kiesinger*: Der Ausschuß hat keine Note gemacht!) Der Ausschuß hat die Note nicht gemacht! (*Kiesinger*: Auch die Vorschläge nicht! – *Von Brentano*: Nicht einmal gesehen!) Im Ausschuß ist freimütig diskutiert worden.

Vielleicht darf ich die Gelegenheit benutzen, um das klarzustellen, damit dieses Mißverständnis aus der Welt geschafft wird und morgen im Parteiausschuß, wo wir ja nicht in der Geschlossenheit diskutieren wie hier, nicht mehr zur Sprache kommt. Wir haben im Ausschuß den Versuch gemacht, der Opposition zu zeigen, daß wir bereit sind, sachlich ihre Argumente anzuhören und uns mit diesen Argumenten sachlich auseinanderzusetzen. Wir haben versucht, sie in der Diskussion zu überzeugen. Und so haben wir diskutiert. Das ist uns nicht völlig gelungen, aber immerhin haben wir einige gute Erfolge dabei gehabt. Herr Mende von der FDP erweckt heute mit seiner außenpolitischen Stellungnahme in der Öffentlichkeit zwar noch Neugierde, er wird aber nicht mehr ernst genommen. Heute können Sie sogar in Blättern, die uns nicht gewogen sind, lesen: Die ausbalancierte Außenpolitik der FDP.⁸⁵ Das haben wir auch darauf zurückzuführen, daß wir in diesen Auseinandersetzungen als Regierungspartei gezeigt haben, daß wir keine Scheu haben, uns in sachlicher Aussprache dem Gegner zu stellen, und daß wir uns zutrauen, ihn zu überzeugen. Das sollte man auch dabei bedenken.

Keiner von uns hat daran gedacht, über das hinauszugehen, was wir – und ich freue mich heute noch über diesen Tag – mit Ihrer Zustimmung in Kiel auf dem Bundesparteitag beschlossen haben.⁸⁶ Eine gemeinsame Außenpolitik haben wir nicht beschlossen, und wir wären Narren, wenn wir annähmen, man könnte bei der Gegensätzlichkeit der Standpunkte und Zielsetzungen zu einer gemeinsamen Außenpolitik kommen. Aber gemeinsam zu versuchen, in redlicher Diskussion wenigstens so viel Annäherung zu gewinnen, soweit dies ohne sachliche Konzession unsererseits möglich ist, um den Sowjets zu zeigen, daß sie nicht unter allen Umständen die Deutschen immer gegeneinander ausspielen können, das ist das, was diejenigen bewegt hat, die ernst über diese Frage der Zusammenarbeit nachgedacht haben.

Ich darf nun noch eine ganz andere Frage streifen, die irgendwie hier hinzugehört; das ist der Ausflug unseres Parteifreundes Schäffer nach Ost-Berlin.⁸⁷ Vielleicht ist es meine Pflicht, gerade für den Kreis, den ich besonders vertrete, dazu hier ein Wort

85 Die FDP hatte vorgeschlagen, die vier Großmächte sollten einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland als Rahmenvertrag entwerfen; die beiden deutschen Staaten sollten konsultativ beteiligt werden; nach einem Volksentscheid sollte der Vertrag dann in Kraft treten. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 4. November 1958 („Bonn soll den Westen umstimmen“); „Freie Presse Bielefeld“ vom 5. November 1958 („Neuer FDP-Vorschlag diskutiert“); „Hannoversche Presse“ vom 26. November 1958 („Botschafter müssen warten“).

86 CDU, 8. Parteitag S. 187f. und S. 190.

87 Vgl. Anm. 62.

zu sagen. Ich kenne nicht viel mehr als Sie alle über diesen Vorgang und kann mir also kein genaues Bild darüber machen, aber ich möchte sagen, das Motiv, das Herr Schäffer angegeben hat – man konnte es aus einigen Interviews jedenfalls erfahren –, nämlich die nationale, gesamtdeutsche Sorge, das respektiere ich. Ich respektiere auch und weiß, daß man in einer so heiklen Situation, wie es die unsere ist, nicht alles gleich auf dem Markt ausbreiten kann und daß man eben Dinge machen muß, die man unter normalen Verhältnissen niemals tun würde. Nur hätte ich gewünscht, ehe diese Schritte gemacht wurden, daß die Gelegenheit benutzt worden wäre, um mit dem einen oder anderen, der im Umgang mit den Sowjets besondere Erfahrungen hat, einen Meinungs- und Gedankenaustausch zu führen. Dann hätten wir sagen können, daß ein solcher Schritt – so ehrenvoll und lauter die Motive auch gewesen sein mögen – sachlich falsch ist, wenn ein Mitglied der Bundesregierung nach Ost-Berlin geht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Dann hätte es eine andere Möglichkeit gegeben, etwas zu ergründen, was vielleicht ergründet werden mußte, aber nicht in dieser Weise. Ich habe das hier ausgeführt – möchte allerdings nichts darüber sagen morgen im Parteiausschuß –, weil ich meinen Freunden, die über diesen Vorgang etwas erregt waren, erklären möchte, daß ich dem zuständigen Gremium der Partei unsere Auffassung dargelegt habe.

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Ich würde gern erfahren, von wem Sie darüber unterrichtet worden sind, daß der Auswärtige Ausschuß einen bestimmten Notentext entworfen habe, der Ihnen dann vorgelegen hat. (*Adenauer*: Das habe ich nirgendwo gesagt!) Sie haben jetzt die Gelegenheit, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses zu fragen. Sie sagen, nicht der letzte, sondern der erste Text, den der Auswärtige Ausschuß gemacht hätte ... (*Adenauer*: Das habe ich nicht gesagt, „den er gemacht hat“!) Dann bin ich froh, daß das aus der Welt geschafft ist. Die Leute der anderen Seite wollten eine ganz andere Note haben. Sie wollten eine Note haben, in der praktisch stand, daß wir den sowjetrussischen Vorschlag, nur über einen sogenannten deutschen Friedensvertrag in einem solchen Gremium zu verhandeln, und zwar in einem Gegenvorschlag, der praktisch auf eine solche Annahme hinauslief, akzeptierten. Wir von unserer Seite haben die notwendigen Vorbesprechungen im Arbeitskreis gehabt, und wir waren von vornherein fest entschlossen, nicht weiter zu gehen als die Note, wie sie dann schließlich auch herausgekommen ist, d.h., wir waren uns klar darüber, daß in einem solchen Gremium nicht etwa nur über einen deutschen Friedensvertrag, sondern daß auch über die Wiedervereinigung und allenfalls über die damit zusammenhängenden anderen Aspekte verhandelt wird. Das ist auch herausgekommen.

Die zweite Note entsprach nach meiner Meinung sogar viel eher dem, was wir von unserer Seite im Auswärtigen Ausschuß wollten, als der erste, nach meiner Meinung etwas zu wortreiche und auch etwas teigige Text. Aber von einer Weichheit – ich weiß nicht, wen Sie meinen mit „weich“ – kann auf unserer Seite im Auswärtigen Ausschuß mit dem, was wir taten, nicht die Rede sein.

Gradl hat vollkommen recht. Lassen Sie mich als Vorsitzender des Ausschusses etwas sagen. Die Misere, die sich durch den Ausschuß viele Jahre gezogen hat, war

ja die, daß jede Sitzung eine Farce war. Sie selber haben viele Sitzungen mitgemacht. Die Opposition beschloß Sie oder den Außenminister mit ihren Fragen, und unsere Leute saßen etwas verlegen dabei. Sie wollten nur den Vertreter der Regierung nicht in Verlegenheit bringen durch eigene Fragen. Dann und wann fiel dem einen oder anderen eine helfende Frage ein, die er dann stellte, aber zu einer Arbeit konnte es in diesem Ausschuß nur kommen, wenn gewisse Vertragstexte vorlagen.

Nun war die Frage, sollte man versuchen, eben dort zu einer gewissen Zusammenarbeit zu kommen. Da gab es nur die eine Möglichkeit, die Opposition dazu zu erziehen, im Ausschuß ihre Argumente nun wirklich einmal sorgfältig begründet vorzutragen; nicht so, wie es früher war, daß praktisch eigentlich nur die Polemik, die draußen getrieben wurde, nun in den Ausschuß hineingetragen wurde. Man schämte sich oft über das Niveau, das hier zutage trat. Wir wollten also zu erreichen versuchen, daß die Opposition ihre Argumente gut begründet vortrug, damit nicht nur wir, sondern auch der zuständige Minister selbst darüber nachdenken konnte. Wir wollten sie dazu erziehen, auch auf unsere Argumente zu hören. So habe ich begonnen, einen Referenten und einen Korreferenten zu nehmen, und zwar Leute, von denen man erwarten konnte, daß sie einigermaßen zusammenspielen würden, wenn sie auch nicht der gleichen Meinung waren. Das habe ich gemacht in der einen oder anderen Frage. So haben z.B. Kollege Gradl als Referent und Professor Meyer⁸⁸, ein liebenswürdiger Mann, als Korreferent gesprochen. (*Adenauer*: Ein früherer CDU-Mann! Sie sagen, ein liebenswürdiger Mann!) Ja, Herr Bundeskanzler, ich kann natürlich auch einen früheren Kommunisten als Korreferenten einsetzen; aber da ist mir Herr Meyer schon lieber in diesem Zusammenhang.

Was hat sich ergeben? Ich will es Ihnen ganz deutlich sagen. Wenn wir diese Beratungen nicht gehabt hätten, dann wäre nach der letzten Note der Regierung folgendes passiert; in der ganzen Presse hätten Stellungnahmen der Opposition gestanden: Natürlich, eine solche Note muß ja ein Nein der Sowjetunion geradezu provozieren.

Das war die Neigung, die die Leute hatten. Wir haben sogar den Schritt getan und haben, als die Note übergeben wurde, noch einmal beraten und die Leute dazu gebracht, das nicht zu tun. Obwohl sie mit dem Inhalt nicht einverstanden waren, haben wir sie dazu gebracht, nun zu sagen, wir wollen das unterlassen. Sie haben es auch tatsächlich unterlassen. Sie haben also keine Kritik an der Note geübt, so daß ich unterstellen darf, daß es auch ein gewisser Erfolg gewesen ist. Ich erwarte im übrigen außenpolitisch von dieser Arbeit für den Augenblick ganz bestimmt nicht etwa ein Einschwenken der Russen. Es gibt keine mittlere Linie, es gibt nach wie vor die Politik, die wir seit Jahren gemacht haben; und es gibt keine Änderung dieser

88 Dr. Ernst Wilhelm Meyer (1892–1969), Professor; 1921–1937 Auswärtiger Dienst, 1937–1952 Lehrtätigkeit (davon 1937–1947 in den USA), 1952–1957 Botschafter in Neu-Delhi, 1957–1965 MdB (SPD).

Politik. Es ist nur eine etwas elastischere Methode, und zwar meine ich mehr nach innen, vom Ausschuß her gesehen, als nach außen.

Dabei kann man auch folgenden Gesichtspunkt berücksichtigen. In der SPD gibt es auch verschiedene Strömungen. Es gibt dort ganz radikale Kräfte, es gibt radikale Kräfte, und es gibt Leute, die weder radikal noch anders sind, sondern Qualm, die also überhaupt keine richtigen Vorstellungen haben. Es gibt aber auch Leute dort, die etwas verständlicher und auch verantwortlicher denken. Uns alle bewegt die Frage, wie wird sich diese SPD verhalten. Ich habe gehört, Sie hätten gesagt, ich hätte in Berlin ausgeführt, wir bekämen die Wiedervereinigung nur in Zusammenarbeit mit der SPD. Das ist reiner Unsinn. Ich habe nie etwas Derartiges gesagt. Herr Gradl war im Sportpalast dabei. Ich denke, Sie müßten mich genau kennen, daß ich nicht im Bundestag so und im Berliner Sportpalast anders rede. Ich habe gesagt: Wir bekommen die Wiedervereinigung nur unter Beteiligung der Russen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich habe gelegentlich ausgedrückt, auf die Dauer wird es der deutschen Frage nur dienlich sein, wenn die Parteien an einem Strang ziehen; ich habe aber immerhin hinzugefügt jedesmal den Satz, den Gerstenmaier aufgegriffen hat in Berlin, es wäre nichts schlimmer als eine gemeinsame falsche Außenpolitik. Es muß eine richtige Außenpolitik sein. Wenn wir aber eine gemeinsame richtige Außenpolitik erreichten, dann wäre das für die Frage der Wiedervereinigung allerdings das beste. Das ist doch etwas, worüber wir uns einig sind.

Im ganzen habe ich den Eindruck, wenn wir im Ausschuß sofort fragen, daß der Gewinn durchaus auf unserer Seite liegt. Ganz anders ist es natürlich – ich gebe zu, daß hier eine gewisse Gefahr vorhanden ist –, wenn man dabei nach außen etwa den Eindruck erweckte – und Heinemann hat einen Artikel geschrieben: Die CDU schwenkt auf uns ein –, als ob wir tatsächlich nun überschwenkten.⁸⁹ Aber das ist nur ein Manöver. Das können die Leute mal zwei, drei Wochen durchhalten, aber dann zeigt sich hinterher irgendwann, was sich durchgesetzt hat. Es hat sich z.B. bei diesen Verhandlungen im Ausschuß klipp und klar der Regierungsstandpunkt durchgesetzt. Es war erstaunlich zu sehen, wie heftig die Ausbrüche im Auswärtigen Ausschuß – ich will die einzelnen Namen nicht nennen – waren, wobei es hieß: Wenn nur das Wort Wiedervereinigung in der Antwortnote der Regierung steht, dann ist es aus. Wir sind gelassen darüber hinweggegangen. (*Adenauer*: Hat es denn dringestanden?) Ja, sicher! (*Adenauer*: Wann?) Wie die Note herausgekommen ist. (*Adenauer*: Nachher hat es dringestanden!) Es hat auch vorher dringestanden! (*Von Brentano*: Es gab keinen Entwurf ohne die Wiedervereinigung! – *Von Hassel*: Es gab einen Entwurf von Professor Meyer!) Der hat überhaupt nicht in Frage gestanden. Ich kann versichern, Herr Bundeskanzler, so wie die Note herausgegangen ist, so entsprach sie auch unseren Vorstellungen. Ein erster Entwurf, den wir zusammen besprochen haben – von Brentano, Krone und ich waren bei Ihnen – und den auch Sie gesehen haben, kam aus Ihrem Amt. (*Von Brentano*: Ja!) Über den war ich auch nicht glücklich,

⁸⁹ Vgl. Gustav W. Heinemann: „Wir sollen glauben, was sie selbst bezweifeln?“, in: „Gesamtdutsche Rundschau“ vom 31. Oktober 1958.

sondern das, was dann herauskam, war das, was wir alle, auch der Außenminister, als die richtige Form fanden, weil sie viel knapper und klarer war und der Gesichtspunkt der Wiedervereinigung ganz deutlich drinstand.

Wenn wir im Ausschuß anderer Meinung gewesen wären, dann wären wir doch zu Ihnen gekommen. Wir denken nicht daran, Ihnen in den Rücken zu fallen oder hintenherum etwas zu tun, weil wir etwa weich geworden sind oder mit der Opposition liebäugeln. Es besteht wirklich kein Grund, uns einen Vorwurf dieser Art zu machen. Ich habe doch nicht jahrelang als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in außenpolitischen Dingen im Bundestag meine Meinung gesagt – ich habe manchmal etwas nuanciert, aber immerhin waren wir uns einig –, um sie nun umzuwerfen. Als ich mein Schlußwort in Berlin formulierte, wobei ich jeden Satz, ja jedes Wort genau abgewogen habe, haben Sie mir zugestimmt. Sie erinnern sich daran. Wir waren auch da sachlich einer Meinung. Im übrigen habe ich die Dinge durch eine lange Diskussion im Arbeitskreis der Fraktion sehr sorgfältig vorbereitet. Ich würde eher meinen – auch wiederum mit Gradl –, daß wir durch diese Arbeit im Ausschuß gewonnen haben, auch innenpolitisch.

Wenn von der Gegenseite der Versuch gemacht wird, den Eindruck zu erwecken, als ob wir die Nachgebenden gewesen seien, so ist das falsch. Es ist genau umgekehrt. Es ist uns gelungen, den Radau zu vermeiden, den sie sonst angestellt haben. Daß gerade die „Radikalinskis“ unter ihnen still gewesen sind, das ist immerhin etwas. Für die Zukunft kann niemand garantieren, aber ob die SPD weiter diesen unheilvollen Weg geht von kleinen Funktionären her oder von utopischen Köpfen, die vom Ressentiment her denken, außenpolitisch zu handeln, oder ob es durch unsere standhafte und gelassene Mitwirkung und Rechtfertigung gelingt, in der SPD mindestens eine gewisse Gruppe von Leuten zu unterstützen und zu stärken, die nicht so weit abschirmen, das ist doch schließlich auch eine Aufgabe. Man muß auch an die Zukunft, an die Jahre, die kommen werden, denken. Dabei denke ich nicht an eine große Koalition oder etwas Derartiges, sondern einfach an die Frage, kann man den Radikalisierungsprozeß in dieser Partei von uns aus irgendwie aufhalten oder verlangsamen. Oder sollen wir durch unser Verhalten die Kluft immer tiefer machen und dadurch Wasser auf die Mühlen der „Radikalinskis“ leiten? Das waren die Überlegungen von mir. Ich habe vor, im Ausschuß diese alte Farce nicht mehr mitzuspielen, sonst würde ich den Vorsitz niederlegen. Ich habe keine Lust mehr, einer Farce vorzusitzen. Wenn Sie Vertrauen zu uns haben, daß wir in diesem Ausschuß in der Sache fest bleiben und es recht machen werden, dann werden wir Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, zu der wir die ganzen Jahre treu gestanden haben, in Zukunft noch besser dienen, als wir es in der Vergangenheit haben tun können.

Adenauer: Ich begrüße es, daß wir auf diese Frage zurückgekommen sind, und möchte folgendes wiederholen, weil die Herren Kiesinger und Gradl heute morgen nicht anwesend waren. Ich habe zunächst bemängelt die Größe dieses Ausschusses (*von Brentano:* Sehr richtig!) und habe gesagt, daß in einem solch großen Ausschuß außenpolitische Fragen von Bedeutung nicht verhandelt werden könnten,

weil die Diskretion überhaupt nicht gewahrt ist. Das habe ich an die Spitze meiner Ausführungen gestellt. Und Sie werden mir zustimmen. (*Zurufe*: Ja!)

Zweitens habe ich gesagt: Wie wenig die Diskretion gewahrt ist, können Sie daraus ersehen, daß die Opposition, weil die CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuß von der bisher eingenommenen Haltung abgegangen sei, erklärt hat: Das ist unerhört, daß die jetzt davon abgeht. Wir halten uns an die Diskretion nicht mehr gebunden. (*Krone*: Die wollten das Wort „deutsche Frage“ durchsetzen gegenüber unserem Vorschlag!) Lassen Sie mich wiederholen, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt – und es sind sehr viel Zeugen dafür da –, wie wenig die Diskretion dort gewahrt ist, kann man daraus ersehen, daß die Oppositionsparteien, als sie der Ansicht waren, man sei nun von der bisherigen Haltung im Ausschuß abgegangen, öffentlich erklärt haben: Wir halten uns nicht mehr an die Diskretionspflicht gebunden. (*Kiesinger*: Dehler!) Nicht nur Dehler, sondern beide Oppositionsparteien! Sie haben in den Zeitungen geschrieben, daß plötzlich die CDU/CSU von ihrem bisherigen Weg, gemeinsam mit der Opposition zu gehen, abgewichen sei und einen eigenen Weg eingeschlagen habe. Ich möchte die Frage stellen, ob denn im Auswärtigen Ausschuß dieser Bruch der Schweigepflicht gerügt worden ist? (*Kiesinger*: Sicher, und schwer!) Ich wiederhole noch einmal, was ich gesagt habe: Wenn man ständig unter dem Druck stehen muß, daß die Opposition – wenn sie glaubt, die Verhandlungen nähmen einen anderen Verlauf – einfach erklärt, an die Schweigepflicht halte ich mich nicht mehr gebunden, dann kann man doch überhaupt nicht mehr richtig verhandeln. Ich möchte weiter feststellen, Herr Kollege Kiesinger, diese beiden Oppositionsparteien, die diese Erklärung öffentlich abgegeben haben, waren also der Überzeugung, daß man von seiten der CDU abgewichen sei von der bisher dort verfolgten Linie.

Alles das, was ich gesagt habe, beruht auf Mitteilungen des Herrn Außenministers. Ich habe keine Mitteilung aus Ihrem Ausschuß gehört. Er hat mit mir darüber gesprochen und seine Klagen und seine Not unterbreitet wegen dieser Auffassung der Opposition. (*Von Brentano*: Aus bestimmtem Anlaß, Herr Bundeskanzler!) Nicht nur aus dem bestimmten Anlaß allein; darauf komme ich noch zurück.

Und dann hat – ich muß das sagen, Herr von Brentano, wir werden morgen im Kabinett dieselbe Frage auch noch zu erledigen haben – das Kabinett, und zwar nach meiner Meinung mit Recht, sich bestärkt gefühlt, weil die Note im Kabinett überhaupt nicht erörtert worden ist, sich damit zu befassen; denn schließlich ist ja die Bundesregierung dafür verantwortlich. Und da ist ein Fehler passiert. Auch ich nehme den Teil der Schuld, der auf mich entfällt, auf mein Haupt. Ich gebe das ohne weiteres zu, und ich will das auch dem Kabinett zugeben. Das durfte nicht sein; denn das Kabinett ist verantwortlich, und das Kabinett mußte diese Note jedenfalls vor der Absendung kennenlernen und billigen.

Nun haben Sie, Herr Kollege Kiesinger, wie auch der Herr Kollege Gradl, die ganze Sache nur vom innenpolitischen Standpunkt aus betrachtet. Sie haben ausgeführt, daß Sie doch eine gewisse Erziehungsarbeit an der SPD und an der Opposition überhaupt ausübten, um dort die nüchtern denkenden Elemente heranzuziehen. Herr

Kollege Gradl hat es nicht wörtlich, aber doch so ähnlich ausgesprochen. Und da unterscheide ich mich grundlegend von Ihrer beider Auffassung. Der Auswärtige Ausschuß mag in einer allgemeinen Diskussion über die Außenpolitik solche Tendenzen mit Fug und Recht verfolgen und versuchen, ob dort nicht eine Annäherung herbeigeführt werden kann; aber wenn es sich um die Abgabe einer Note handelt, einer Note an die Sowjetunion, dann ist kein Raum da für Erziehungsarbeit an der Opposition. Es bleibt doch das eine bestehen – Herr von Brentano mag mich korrigieren, wenn ich etwas Falsches sage –, daß die Mitglieder dieses Ausschusses, und Sie haben es eben selbst gesagt, Herr Kiesinger, vermieden haben wollten, daß das Wort „Wiedervereinigung“ überhaupt in der Note genannt wurde. (*Kiesinger*: Jawohl, aber die Leute gehören zur Opposition, und wir sind in einem offiziellen Ausschuß des Bundestages. Wir haben ihnen entsprechend geantwortet. Ansonsten müßten wir das Grundgesetz ändern oder den Auswärtigen Ausschuß abschaffen!) Was das mit dem Grundgesetz zu tun hat ... (*Kiesinger*: Im Grundgesetz steht, daß er das Recht hat, seine Tagesordnung selbst zu bestimmen!) Wir können das mal sehen, aber ich will Ihnen auch darauf antworten, Herr Kiesinger. Wir als Mitglieder der Bundesregierung müssen doch eine Note in allererster Linie unter dem Gesichtspunkt betrachten:

1. Bekommen wir Spektakel im Innern, und wie wirkt die Note auf den Adressaten?
2. Wie wirkt sie auf unsere Verbündeten?

Nun will ich Ihnen etwas verraten, Herr Kollege Kiesinger – das geht ja nicht an die Presse: Als neulich der kanadische Ministerpräsident hier war⁹⁰, war als Vertreter der SPD Herr Dr. Mommer anwesend. Nachdem wir gegessen hatten, wurde Dr. Mommer, ich weiß nicht, von wem – er war aufgestanden, um sich zu der Frau des kanadischen Ministerpräsidenten zu setzen –, neben dem kanadischen Premierminister placiert. Ich sah von weitem, wie der arme Premier nun geduldig da saß und Herrn Mommer anhörte. Nachher habe ich ihn gefragt, was hat Ihnen der Herr Mommer gesagt. Darauf sagte er mir: Er hat mir weitschweifig auseinandergesetzt, warum die SPD für eine solche Form der Beantwortung der Sowjetnote sei. Und dann setzte der kanadische Ministerpräsident hinzu: Ich habe ihn dann zum Schluß seiner Ausführungen gefragt, glauben Sie denn, damit bei den Sowjets Erfolg zu haben. Herr Mommer hat daraufhin treu und ehrlich geantwortet: Nein!

Und nun muß ich Ihnen doch sagen: Dafür ist der Auswärtige Ausschuß wahrhaftig nicht da, um den Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben – wie es hier offenbar geschehen ist –, in eine Note gewisse Wendungen hineinzubringen. (*Kiesinger*: Das ist doch einfach nicht wahr! Wir haben doch unseren Text durchgesetzt!) Dann will ich es ausführlicher bringen, auch wenn es Herr von Brentano nicht wünscht. Es ist ein Entwurf der Note doch besprochen worden mit den drei westlichen Botschaftern, (*von Brentano*: Jawohl!) wobei diese darauf aufmerksam gemacht haben, daß von

90 Am 7. und 8. November 1958 hielt sich der kanadische Premierminister John Diefenbaker in Bonn auf. Am 8. November gab der kanadische Botschafter ein Abendessen (TERMINKALENDER SOWIE AdG 1958 S. 7385).

der Wiedervereinigung nichts drinstünde. (*Von Brentano*: Das stimmt nicht!) Ich weiß es doch! Sie haben es oder Herr Scherpenberg⁹¹ hat es gesagt! (*Von Brentano*: Ich kann die Aufzeichnungen holen!) Holen Sie den ersten Entwurf Ihres Amtes! (*Von Brentano*: In einer Viertelstunde kann ich ihn holen!) Holen Sie den heraus! Das ist mir gesagt worden. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden. Erst bei dem letzten Entwurf hat man gesagt: Das geht schon eher. (*Von Brentano*: Ich darf gleich darauf antworten! – *Kiesinger*: Er hat den letzten Entwurf gar nicht gezeigt!) Selbstverständlich! (*Kiesinger*: Wem denn?) Den Alliierten! (*Kiesinger*: Ja!) Denen hat er es gezeigt, und die betrachten doch die ganze Sache in erster Linie, wenn eine solche Note beantwortet wird, unter dem Gesichtspunkt: Wie wirkt das auf den Adressaten und die Bundesregierung, vor allem aber auf die Verbündeten, aber nicht, wie wirkt es auf die Opposition. (*Kiesinger*: So primitiv denken wir nun auch nicht!) Sie haben doch eben gesagt, Sie versuchten, durch Erziehung die Guten von den Schlechten zu scheiden. (*Kiesinger*: Ich habe nur gesagt, durch ein besseres Arbeitsklima! Nicht bei der Note! Bei der Note habe ich gesagt: Wir haben mit Ihnen die Note durchgesprochen, Herr Bundeskanzler. Wir wußten, daß Ihre Meinung in etwa dem Inhalt der Note, wie sie herauskam, entsprochen hat. Und so haben wir die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß geführt. Wir haben auch den Außenminister gestützt – im Gegensatz zur Opposition –, nicht den Notentext bekanntzugeben. Nicht ein Satz war bekanntgeworden!)

Darf ich vielleicht fortfahren? In Zukunft wird dem Ausschuß nur noch die fertige Note vorgelegt. (*Von Brentano*: Das ist auch diesmal geschehen! – *Kiesinger*: Sie reden dauernd von Dingen, die nicht stimmen!) Nun hört es aber wirklich auf! Herr von Brentano, wie oft haben Sie mir Ihr Leid geklagt darüber, wie Ihre Note im Ausschuß behandelt worden sei; nicht einmal, sondern drei- oder viermal. Ich habe nur mit Ihnen darüber gesprochen. (*Von Brentano*: Ich werde gleich antworten!) Ich habe meine Kenntnisse doch nur von Ihnen. Es ist wohl auch richtig, daß ein Mitglied unserer Fraktion einen Antrag gestellt hat auf eine Änderung dieser Note, die sogar den Herren Carlo Schmid und Erler zu weit ging. (*Von Brentano*: Das war nicht wegen der Note, sondern wegen des Kommuniqués über die Sitzung des Ausschusses!) Sie haben in meiner Gegenwart dem betreffenden Herrn das vorgehalten und gesagt, (*von Brentano*: Natürlich!) daß dadurch die ganze Politik gestört würde. (*Kiesinger*: Das hat doch mit dem Auswärtigen Ausschuß nichts zu tun!)

Meine Herren! Ich glaube, ich bestelle mal eine Tasse Kaffee und gehe vielleicht jetzt über zu Herrn Schäffer.⁹² Ich will Ihnen sagen, wie die Sache mit Herrn Schäffer verlaufen ist. Herr Schäffer kam eines Tages zu mir mit einem sehr geheimnisvollen Gesicht und sagte, er habe mir eine höchst wichtige Mitteilung zu machen. Der

91 Dr. Albert Hilger van Scherpenberg (1899–1969), 1955–1958 Ministerialdirektor und Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1958–1961 Staatssekretär, 1961–1964 Botschafter beim Vatikan.

92 Zum Folgenden KÜSTERS: Wiedervereinigung.

Vinzenz Müller⁹³, der damals noch etwas zu bedeuten hatte als Kommandeur der Volkspolizei, habe Münchener Verwandte, und diese Münchener Verwandten hätten nun an Verwandte von Schäffer oder an Schäffer selbst – das weiß ich nicht mehr zu sagen – ausgerichtet, Herr Vinzenz Müller ließe ihn dringend bitten, nach Berlin zu kommen, um mit den Russen zu verhandeln. Es gebe einen Weg der Verständigung. Darauf habe ich dem Herrn Schäffer gesagt: Herr Schäffer, glauben Sie bitte kein Wort davon. Das ist ja alles Unsinn. Die werden Sie nur in eine Falle hineinlocken, und Sie werden sehen, nachher sind Sie der Blamierte. Sie können nicht als Bundesminister dahin gehen. Das hat dann eine lange Aussprache zwischen Schäffer und mir ergeben. Herr Schäffer war fest⁹⁴ darauf eingeschworen, er müsse dahin gehen. Als ich bei meinem Widerspruch blieb, sagte Herr Schäffer schließlich: Herr Bundeskanzler! Gut, aber Sie können mich nicht daran hindern, wenn ich auf eigenen Kopf dahin gehe. Dann gehe ich eben auf eigenen Kopf dahin.

Was hätte ich tun sollen? Hätte ich ihm sagen sollen: Herr Schäffer, dann müssen Sie Ihr Amt quittieren? Legen Sie sich einmal die Frage vor, Herr Gradl, ob ich das hätte tun sollen, wenn Herr Schäffer dann urbi et orbi erklärt hätte: Ich habe jetzt die Möglichkeit, eine aussichtsreiche Verbindung da herzustellen, aber der Bundeskanzler hat mich unter der Drohung, dann wirst du als Finanzminister entlassen, gezwungen, nicht dahin zu gehen. (*Gradl*: Ich verstehe durchaus die Schwierigkeit!) Hören Sie zu, wie die Sache weitergeht! (*Gradl*: Das mußte dann kommen!) Herr Schäffer ging hin⁹⁵, und dann war er der Blamierte bis über die Ohren; denn die Russen haben ihn überhaupt nicht empfangen. Es heißt, es seien ein paar junge Leute dagewesen, mit denen zu sprechen er sich aber geweigert habe. Dann ist er nochmals hingefahren.⁹⁶ Davon, daß er in der Wohnung des Herrn Vincenz Müller gewesen ist, hat er mir kein Wort gesagt. Er hat mir gesagt, er habe sich mit dem Müller in einem Café getroffen. Vincenz Müller hat gesagt – und Herr Schäffer hat das indirekt zugegeben –, er sei drei Stunden lang in dessen Wohnung gewesen.

Dann habe ich folgendes getan. Ich habe sofort, weil ich fest davon überzeugt war, daß heute oder morgen die Bombe platzen würde, Herrn Dulles ein Telegramm geschickt. Vorher hatte ich Herrn Globke gesagt, das und das hat sich abgespielt, bringen Sie das zu den Akten.⁹⁷ Man hat versucht, Herrn Schäffer in eine Falle zu locken; er ist Gott sei Dank der Falle entgangen. (*Heiterkeit.*) Sie freuen sich darüber! Aber damit hatte ich ein Alibi für die Bundesregierung, ohne schließlich

93 Vinzenz Müller (1894–1961), 1943–1944 Generalleutnant, Kommandierender General des XII. Armeekorps und zuletzt stv. Oberbefehlshaber der 4. Armee der Wehrmacht, Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland, 1949–1953 erster stv. Vorsitzender der NDPD, seit 1953 Chef der Kasernierten Volkspolizei, 1953–1956 stv. Innenminister der DDR, 1956–1957 stv. Verteidigungsminister der DDR.

94 In der Vorlage: fast.

95 Am 11. Juni 1955.

96 Am 20. Oktober 1956.

97 Vgl. KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 138f.

Herrn Schäffer zu sehr preiszugeben. Und dann höre ich nach einiger Zeit, daß Herr Schäffer seinen engeren bayerischen Freunden die ganze Geschichte brühwarm erzählt hat. (*Zuruf*: Nicht allen! – *Weiterer Zuruf*: 56!) Das ist nun die Situation. Herr Gradl, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es hier zur Sprache gebracht haben und nicht morgen im Parteiausschuß. Ich bin auch in München gebeten worden, den Namen Schäffer in meiner Rede nicht zu erwähnen.⁹⁸ Ich habe ihn auch nicht erwähnt; denn in München ist man natürlich auch sehr unglücklich über diese ganze Sache. Ich war auch sehr unglücklich darüber und habe jeden Tag – schon lange vorher – die Katastrophe erwartet.

Sie sehen hier wieder das gerissene Zusammenspiel der Russen mit ihrem Ulbricht, daß der jetzt in diesem Augenblick vor der Wahl in Bayern⁹⁹ mit dieser Sache herausgekommen ist, um dort Unruhe zu stiften. Sagen Sie bitte den Herren, die Sie fragen, folgendes: 1. das, was ich Ihnen gesagt habe, 2. daß ich aus den Erklärungen des Herrn Schäffer manches gehört habe, was ich vorher nicht wußte. (*Krone*: Zum Teil ist es neu hinzugefügt worden durch Herrn Ulbricht!) Ja, Herr Ulbricht hat auch Neues hinzugefügt. Ich bin für Herrn Schäffer neulich auf dem Verein der Unionspresse¹⁰⁰ sehr kräftig eingetreten und habe da einem Besitzer einer CDU-Zeitung gesagt, wenn jetzt Fotografien von Herrn Schäffer in irgendeiner Situation aus Berlin kommen, dann glauben Sie das nicht; denn Sie wissen doch, wie man Fotomontagen macht. Und wenn Sie etwas vom Tonband bekommen, glauben Sie es nicht, Sie wissen doch, wie man Bänder macht! (*Heiterkeit*.) Haben Sie etwas dagegen, meine Herren, daß ich das gesagt habe? Sie werden mich doch verstehen, daß man da etwas verbaut. Ich weiß nicht, was noch kommen wird. Ich bin im Grunde genommen davon überzeugt, daß die Gespräche in den drei Stunden, die Schäffer bei Vincenz Müller gewesen ist, vom Band aufgenommen worden sind. Aber man kann Bänder fälschen. Und wenn etwas kommt, ist das ein gefälschtes Band. Das müssen Sie auch einsehen. Deswegen meine ich, wir wollen über die außenpolitische Aktion des Herrn Schäffer schweigen. Sie war nicht erfolgreich, weder für den einen noch für den anderen. Wir wollen also darüber schweigen. Das ist das beste, was wir tun können.

Von Brentano: Ich möchte einige Mißverständnisse aufklären, und zwar ohne jede Polemik, weil sonst der Eindruck entsteht, als sei diese Antwortnote nicht von der Bundesregierung, sondern vom Ausschuß gemacht worden. Ich habe mich bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, wiederholt beschwert, mit Recht. Ich hatte Sie gebeten, darüber zu sprechen. Die Art der Zusammensetzung des Ausschusses ist unbefriedigend. Dieser Ausschuß ist eine kleine Volksversammlung mit einer unübersehbaren Zahl von Menschen. Ein offenes Wort kann dort nicht gesprochen werden, weil zuviel

⁹⁸ Rede auf einer CSU-Versammlung am 21. November 1958, in StBKAH 02.18.

⁹⁹ Am 23. November 1958.

¹⁰⁰ Am 15. November 1958 auf der Jahresversammlung des Vereins Union Presse in Bad Godesberg (TERMINKALENDER); vgl. NZZ und „Die Welt“ vom 17. November 1958.

Leute da sind, die gewerbsmäßig Indiskretionen begehen. Ich habe das Beispiel erzählt, daß einmal ein Bericht über die Ausschußsitzung von einem Beauftragten eines Landes im offenen Fernschreiben an seinen Regierungschef gegeben worden ist. So hat der die Geheimhaltungspflicht gehalten.

Ich habe weiter geäußert, Herr Bundeskanzler – und möchte es auch hier sagen –, daß ich damals tief bedauert und nicht verstanden habe, daß der Sprecher des gesamten Deutschen Bundestages in Berlin Herr Wehner war.¹⁰¹ Er hat dort gesprochen als erster im Auftrage des Bundestages. (*Krone*: Er hat eine Intervention begründet!) Man kann verschiedener Meinung darüber sein. Ich bin der Meinung, daß es nicht glücklich war. Ich habe gesagt, hier entsteht ein falscher Eindruck in der Öffentlichkeit. Ich war auch nicht allein mit dieser Kritik. Das ist sehr viel an mich herangetragen worden von Menschen, die das nicht verstehen oder verstanden haben, daß ausgerechnet Herr Wehner in einer so bedeutungsvollen Sitzung in Berlin als erster das Wort ergriffen hat. Ich meine, das wäre bei uns besser gewesen als bei Herrn Wehner.

Ich habe Ihnen weiter berichtet über diese Abendsitzung, wo bei der Diskussion über die Note von einigen Mitgliedern des Ausschusses – nicht aus der Fraktion – Forderungen gestellt worden sind, wie man jetzt reagieren müsse, die mich veranlaßt haben zu sagen: Auf diesem Wege wird Ihnen die Bundesregierung nicht folgen. Ich bin nicht bereit, darüber zu sprechen. Die Sitzung war so hart, daß sie abgebrochen worden ist. Und das hat einige Leute der Opposition veranlaßt, die Diskretion zu brechen. Und das hat mich veranlaßt, am nächsten Tag an den Vorsitzenden einen offiziellen Brief zu schreiben, von dem ich Ihnen eine Abschrift geschickt habe, und im Ausschuß zu sagen: Wenn sich solche Dinge wiederholen, bin ich nicht in der Lage, für die Bundesregierung amtliche Erklärungen abzugeben. Ein offenes Gespräch wird unmöglich, wenn solche Indiskretionen vorkommen. Und die Verständigen im Ausschuß haben das auch akzeptiert.

Ich habe mich über einen Einzelfall mit Ihnen ausgesprochen und auch in Ihrer Gegenwart demjenigen, um den es ging, in aller Offenheit gesagt, daß er bei der Besprechung über ein Kommuniké im Ausschuß – nicht über die Note – Erklärungen abgegeben habe, von denen ich sagen mußte: Sie sind mir in diesem Augenblick in den Rücken gefallen. Das habe ich mit aller Härte unserem Freund gesagt. Ich glaube, das hat er auch eingesehen.

Ich möchte zum Zustandekommen der Note, um falsche Eindrücke zu verhindern, feststellen: Es ist niemals ein Notentext, auch nicht ein Satz oder eine Formulierung im Ausschuß besprochen worden oder festgelegt worden. Ich habe Ihnen, Herr Bundeskanzler, einen vorläufigen Text einer Antwortnote geschickt, der von meinem Amte gemacht war. Wir waren zunächst einig, und ich habe sie mit Ihnen zur ersten Konsultation den Alliierten gegeben. Jede Note wird im Konsultationsverfahren erörtert, weil wir erwarten, daß auch die anderen jede Note mit uns konsultieren. Wir haben uns anschließend über diesen Notentext unterhalten. Dann habe ich am Sonntag

101 Am 1. Oktober 1958. Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 2394–2397.

nachmittag selbst eine Note diktiert und Ihnen diese Note durch Sonderboten in Ihre Wohnung nach Rhöndorf geschickt, weil ich am nächsten Morgen nach Rom¹⁰² fliegen mußte. Ich war vorher noch im Palais Schaumburg, und Sie haben gesagt: Ich lese die Note durch. Sie haben sie abgezeichnet und mir zurückgegeben. Und diese Note ist zur Konsultation gegeben worden, nicht in den Ausschuß. Sie hat keinem Mitglied des Ausschusses vorgelegen, sondern sie ist vorgelegt worden den drei Botschaftern und dann von diesen an ihre Regierungen gegeben worden. Sie haben dazu ihre Meinung gesagt, und wir haben dann geringfügige Änderungen vorgenommen. Die Amerikaner haben sich sehr positiv zu dieser Note geäußert.

Ich habe dann an dem Tage, an dem der Ausschuß noch einmal zusammenkam, mit Krone, Kiesinger und Gradl über die Dinge gesprochen und habe ihnen im Zimmer von Krone den Text gezeigt, und die Herren haben mir zwei stilistische Anregungen gegeben, die ich für glücklich hielt. Ich habe Ihnen diese Anregungen, Herr Bundeskanzler, mit einem Brief zugeschickt. In Ihrem Zimmer, Herr Bundeskanzler, haben wir dann darüber gesprochen, und Sie haben gesagt: Ich bin einverstanden, ich sehe es mir noch einmal an. Sie haben mir diesen Brief mit zwei stilistischen Änderungen auf Seite 1, mit Ihrem „A“ abgezeichnet, zurückgeschickt. Ich habe diesen endgültigen Text, der nicht im Ausschuß besprochen worden ist und der keinem Mitglied vorgelegen hat, noch einmal mit den Änderungen zur Konsultation gegeben und ihn am Montag vormittag überreicht. Und am Montag mittag hat der Ausschuß getagt. Inzwischen war also die Note überreicht; und sie war publiziert. Ich habe dann im Ausschuß gesagt: Hier ist die Note, die heute morgen übergeben worden ist. (*Adenauer*: Das ist alles richtig!) Und in dieser Note ist nichts, wozu ich etwa von der Fraktion oder von sonst jemandem veranlaßt worden bin, was nach Ihrer Meinung – und Ihre Gedanken zeigen es ja – irgendwie im Gegensatz steht zu unserer Außenpolitik. (*Adenauer*: Wer hat das denn behauptet?) Sie haben gesagt, in einem Notentwurf hätte davon etwas ... (*Adenauer*: Ihres Amtes habe ich gesagt! – *Kiesinger*: „Ausschuß“ haben Sie gesagt! – *Adenauer*: Dann habe ich mich versprochen. Der Ausschuß hat nie eine Note gemacht.) Ich lege Wert darauf, daß die Note vom Auswärtigen Amt gemacht worden ist. Als Ihre Zustimmung zu der Note erteilt worden war, konnte ich annehmen, daß Sie mit der Note einverstanden waren.

Ob es nun nicht richtiger gewesen wäre, sie auch im Kabinett zu besprechen? Ich bin gerne bereit, das in einem anderen Falle zu tun; ich glaubte aber, daß in dieser Note nicht irgend etwas sei, was von der bisherigen Politik abgehe, und daß die Besprechung im Kabinett informellen Charakter gehabt hätte; denn dieser Entwurf war zunächst genehmigt, und ich hätte die ganze Konsultation wieder aufnehmen müssen. Es kam mir darauf an, angesichts der damals schon vorliegenden Ankündigungen von Chruschtschow, nun diese Note abzuschicken und nicht länger festzuhalten.

102 Teilnahme an der Inthronisation Papst Johannes XXIII. am 4. November 1958 (AdG 1958 S. 7377, „Die Welt“ vom 5. und FAZ vom 6. November 1958).

So ist die Note zustande gekommen. Ich meine, ich habe damit gezeigt, daß das ein völlig klares Verfahren ist. Ich bin jederzeit bereit, dasselbe zu tun. Sie können überzeugt sein, Herr Bundeskanzler, selbst wenn ich es könnte, würde ich keine Note in einer solchen Sache abschicken ohne Ihre Bewilligung und Ihre Zustimmung zum Gesamttext der Note. (*Adenauer*: Darum handelt es sich nicht. Ich habe nur gesagt, daß sich – nach meiner Meinung mit Recht – das Kabinett beschweren kann!) Das habe ich zugegeben! (*Adenauer*: Weiter habe ich nichts gesagt!) Es konnte der Eindruck entstehen, als sei die Note das Ergebnis einer im Ausschuß gemachten Konzession, einer Mogelei, und um der Konzession halber hätten wir uns dort koordiniert mit der SPD. Ich darf Ihnen sagen, daß ich gerade gegenüber allen diesen Äußerungen mit wünschenswerter Offenheit geantwortet und dabei die Unterstützung aller unserer Mitglieder gefunden habe.

Adenauer: Gegen Sie habe ich weder heute morgen noch heute nachmittag ein Wort gesprochen, mit Ausnahme dessen, wir hätten es dem Kabinett vorzulegen. (*Von Brentano*: Ich bin gern bereit, das beim nächsten Mal zu tun! – *Kiesinger*: Gegen wen haben Sie gesprochen?) Gegen einige wenige Mitglieder von uns. (*Kiesinger*: Gegen einen oder einige?) Lassen wir jetzt noch fragen, ob Mann oder Frau! (*Kiesinger*: Zwischen uns sei Klarheit!) Verstehen Sie doch meine Sorgen! (*Zuruf*: Verzeihen Sie, wegen dieser dummen Note?) Das ist keine dumme Note im Sinne von Herrn Mommer, der dem kanadischen Ministerpräsidenten – zu meiner Freude – gesagt hat, es habe keinen Zweck. Nein, meine Herren, ich habe folgende große Sorge, und das möchte ich insbesondere vor den Herren Kiesinger und von Brentano noch einmal wiederholen: Es ist bei unseren Verbündeten – zum Teil sicher auch durch die Ausführungen der Presse, die immer von einem Aneinanderrücken spricht – die Furcht oder der Eindruck entstanden, daß schließlich das deutsche Volk unter dem Druck der Wiedervereinigung von seiner bisherigen Politik und Orientierung abgehe. Das hat Herr de Gaulle mich noch gestern und auch Herrn Blankenhorn bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens gefragt. (*Von Brentano*: Mich auch!) Auch Herr Steel hat mir eine ähnliche Bemerkung gemacht. (*Von Brentano*: Auch Selwyn Lloyd in London!) Ich habe ihnen gesagt, vielleicht ist ein solcher Eindruck sogar auf Äußerungen zurückzuführen, die ein deutscher Botschafter irgendwo gemacht hat. (*Von Brentano*: Ja!) Und das ist nun meine große Sorge: Wenn die drei Westmächte nicht mehr an uns glauben, dann haben wir verspielt. (*Von Brentano*: Völlig!) Wir haben dann nichts gewonnen, sondern alles verspielt. Und aus dieser wirklich ehrlichen Sorge heraus habe ich das heute gesagt.

Von Hassel: Ich möchte als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates etwas sagen. Ich habe sämtliche Protokolle der Ausschußsitzungen des Bundestages gelesen und kann nur bestätigen, daß die Haltung unserer Freunde völlig eindeutig gewesen ist. Ich könnte höchstens sagen, man hat vielleicht ein wenig zu lange diskutiert, aber sonst ist von einer Aufweichung unserer Freunde – davon können Sie überzeugt sein – buchstäblich nichts drin.

In der Ausschußsitzung des Bundesrates, die heute vor 14 Tagen gewesen ist, hat

der Präsident des Bundesrates, Herr Kaisen¹⁰³, geradezu mit einer Leidenschaft die gesamte Haltung der Bundesregierung in außenpolitischer Hinsicht verteidigt. Er hat gesagt, er könne nur erklären, auch angesichts der Chruschtschow-Rede hinsichtlich Berlin¹⁰⁴, daß die einzig richtige Politik die der allerengsten Verbindung zu den Westmächten sei. Herr Kollege Altmeier war dabei. Er hat mit Leidenschaft für eine gemeinsame Politik mit den drei Westmächten plädiert; das ist immerhin interessant. Es fiel vorhin das Wort, die Minderheit müsse sich in außenpolitischen Fragen der Mehrheit anschließen. (*Zuruf*: Immer!) Bei Kaisen kann ich erklären, daß er mit Leidenschaft in dieser Richtung gesprochen hat.

Zu Berlin wurde heute ausgeführt, daß Herr Brandt nicht richtig gehandelt habe. Leider ist es auch so, daß wir von dem zweiten Bürgermeister in Berlin, Herrn Amrehn¹⁰⁵, sehr in diese Richtung gedrängt werden. (*Zuruf*: Noch mehr!) Es ist mir auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Koblenz am 16./17. Oktober gelungen, in einem Gespräch unter sechs Augen Herrn Brandt davon abzubringen – die Chruschtschow-Rede lag noch nicht vor –, diese Frage auf einer Bundesratssitzung in Berlin unter seinem Vorsitz zu klären. Das habe ich also abbiegen können, indem ich gesagt habe, die Staatskanzleien der einzelnen Länder werden sich damit Anfang des nächsten Jahres beschäftigen. Aber der Vorschlag Brandts wurde mir gegenüber wärmstens unterstützt durch unseren Freund Amrehn. Und da hat nun an diesem Punkt Herr Kaisen mit derselben Leidenschaft den Berlinern gesagt: Laßt endlich diesen Unsinn. Gebt nicht die Situation Berlin[s] preis. Rührt nicht daran. Nur so können die Westmächte überhaupt Berlin halten und die Sicherheit und Garantie für Berlin wahren. Also, Brandts Parteifreund Kaisen ist der Auffassung, daß das völlig falsch ist, was von Brandt und Amrehn unterstützt worden ist.

Gradl: Die Auffassung, daß man an dem Viermächtestatus nicht rühren dürfe, wenn man die Frage des Stimmrechts nicht aufwerfen soll, ist einhellig in der Berliner Partei. Wir haben sie in aller Öffentlichkeit im Wahlkampf vertreten, und die Bevölkerung versteht es völlig, daß es ein Wahnsinn wäre, den Russen noch Argumente in die Hand zu geben in der jetzigen Situation. Ich weiß, daß unser Freund Amrehn, der sonst ein sehr vernünftiger und gescheiter Mann ist, sich in diesem Fall von einem merkwürdigen Formalismus zeigt. Ich habe vor Jahren mit ihm diskutiert, und ich sogar habe es ihm nicht austreiben können. Vielleicht sollten Sie in dieser Woche noch einmal ein Wort sagen. Die Situation ist völlig klar: Unter keinen Umständen daran rühren!

103 Wilhelm Kaisen (1887–1979), 1921–1933 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (SPD), ab 1927 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945–1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen (Erinnerungen: Meine Arbeit, mein Leben. München 1967). Vgl. Lothar BAGEMIHLE in DEMOKRATEN S. 163–170.

104 Rede Chruschtschows im Moskauer Sportpalast, 10. November 1958. Vgl. Anm. 10.

105 Franz Amrehn (1912–1981), 1950–1969 MdA (CDU), 1955–1963 Bürgermeister von Berlin, 1958–1967 2. Vorsitzender der CDU Berlin, 1969–1981 MdB.

Adenauer: Als ich zuletzt in Berlin war, habe ich das Herrn Amrehn nachdrücklich gesagt. Ich habe später von Berliner Freunden gehört, daß er es seit dieser Zeit nicht mehr verlangt hat. Dagegen hat es wohl Brandt öffentlich verlangt. Ich war um so mehr erstaunt, daß Brandt das getan hat, weil mir in Berlin gesagt worden war, Brandt ist vernünftig; er wird sich damit begnügen, wenn im Bundesrat oder im Vermittlungsausschuß etwas gemacht wird. Und plötzlich hat Brandt nach Zeitungsberichten in großer Öffentlichkeit verlangt, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten Stimmrecht im Bundestag haben sollen.

Von Hassel: Ich werde der Sache nachgehen und versuchen, mein Gedächtnis aufzufrischen. Ich meine, daß Brandt und Klein¹⁰⁶ gesagt hätten, über das, was in diesem Gespräch zwischen Klein und Brandt mit Ihnen und Herrn von Brentano gesagt worden sei, könne man durchaus sprechen. In dieser Form ist es mir vorgetragen worden.

Adenauer: Also, bei dem Gespräch, das wir mit Brandt hatten, habe Brandt den Eindruck bekommen, darüber könne man durchaus sprechen? (*Von Hassel:* Ja!) Das ist absolut nicht wahr! Genau das Gegenteil ist richtig!

Von Hassel: Ich werde mein Gedächtnis auffrischen. Nun darf ich Ihnen sagen, der Eindruck, den ich von der heutigen Sitzung habe, ist ausgesprochen erfreulich, und ich gehe in dem Gefühl nach Hause, daß heute eine ausgezeichnete Diskussion unter uns gewesen ist, über die ich persönlich sehr froh bin.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich darf auf die sehr schwerwiegende Frage der Justiz zurückkommen. Die Frage ist sehr ernst; glauben Sie es mir. Es ist vorgekommen, daß sich hier in Bonn die Studenten in einem Kolleg dagegen gewandt haben, daß die Bundesregierung den Beschluß wegen Hallstein, Blankenhorn und von Maltzan gefaßt hat.¹⁰⁷ Und so etwas greift um sich. Ich sehe der Sitzung im Bundestag mit großer Sorge entgegen. Wir werden da nicht schweigen können; denn wir sind hier die „korrupte Gesellschaft“.

Herr von Brentano hat gesagt, in Hessen seien Handzettel verteilt und Plakate verklebt worden mit der Aufschrift: Hessen bleibt sauber! (*Zuruf:* Auch: Wir fahren nicht in Leihwagen! Dann hieß es: Der Bundeskanzler für Blankenhorn und Kilb! Daneben stand Herr Zinn und sagte: Hessen bleibt sauber!) Das Gros der Bevölkerung hat für politische Tatsachen oft kein Interesse, aber für Skandale hat es immer ein großes Interesse. Das hören sie draußen, und das werten sie. Ich höre, daß gestern der Ostzonen sender eine lange Geschichte mit Versen über die Korruption in Bonn verbreitet hat.¹⁰⁸ Das hören die Leute. Es ist die unglückselige Staatsanwaltschaft, die

106 Dr. Günter Robert Paul Klein (1900–1963), ab 1947 Vertreter Berlins im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1949–1953 Mitglied des Magistrats von Groß-Berlin bzw. des West-Berliner Senats und dessen Vertreter im Bundesrat, 1954–1961 MdB (SPD), 1955–1961 Senator für Bundesangelegenheiten sowie für das Post- und Fernmeldewesen, 1961–1963 MdB.

107 Vgl. oben S. 274f., 279f.

108 Nicht ermittelt.

die Geschichten macht. Und das sage ich in Gegenwart des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Ich bin davon überzeugt, daß Herr Amelunxen zur Vorschrift gemacht hat, daß ihm jede Sache von politischer Bedeutung vorgelegt wird. Ich weiß nicht, ob das für Herrn Flehinghaus¹⁰⁹ gilt. Ich glaube auch, daß Herr Amelunxen die Staatsanwaltschaften entsprechend zusammengesetzt hat. Es ist mir gestern vom Kollegen Etzel erzählt worden, daß der junge Staatsanwalt von 32 Jahren auf Gesellschaften den jungen Mädchen usw. erzählt, das sei der Fall seines Lebens. Herr von Eckardt hat gestern erzählt – ich habe ihn gebeten, mir das schriftlich zu geben –, daß ein Journalist ihm einen Beschluß der Staatsanwaltschaft schon zwei Tage eher, bevor dieser Beschluß bekanntgegeben worden sei, schriftlich gezeigt habe. (*Von Brentano*: Den Eröffnungsbeschluß der Strafkammer!) Bevor er dem Angeschuldigten zugestellt worden ist, hat ein Journalist vom „Spiegel“ ihn bereits vorgelegt. (*Schröder*: Was sagen denn die Anwälte? Die Angeschuldigten haben doch Anwälte! Ich kann nicht verstehen, daß da nichts geschieht. Gibt es denn keine Anwälte mehr? Das wäre z.B. früher in Berlin niemals möglich gewesen!) Das war auch früher nicht möglich! Sowohl Hallstein wie auch Kilb haben den Herrn Dahs¹¹⁰ empfohlen. Er mag ein sehr guter Jurist sein, ich kenne ihn persönlich nicht, aber es gehört etwas anderes dazu, ein Strafverteidiger zu sein. (*Schröder*: In Berlin ist doch Herr Ronge¹¹¹, der ist doch sehr gut!) Meine Herren! Betrachten Sie die Sache sehr ernst. So etwas wühlt weiter. Ich bin jetzt schon in Sorge wegen der Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen.

Krone: Ich möchte die Länder bitten – das kann nicht vom Bundestag gemacht werden –, etwas zugunsten ihrer Beamten zu sagen. Wir kommen in einen Mißkredit sondergleichen. Diese Art, wie unsere Beamten beschuldigt werden oder in die Gefahr kommen, vernommen zu werden, lähmt doch jede Tätigkeit der Beamten, wenn sie befürchten müssen, daß sie korrumpiert werden wegen etwas, was keine Korruption, sondern ganz normal ist. Die Länder können das viel eher machen als die Bundesregierung, weil es ja Kilb betrifft. Das ist eine kleine Anregung an die Herren von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Es muß eine Atmosphäre geschaffen werden, die das verhindert, was jetzt so furchtbar grassiert. Ich suche nach einem tüchtigen Journalisten, der aufgrund dessen, was hier gesagt werden kann, etwas schreibt. Auch die Anwälte könnten doch sprechen. Aber sie sprechen nicht in Bonn, weil sie befürchten, das ginge zu Lasten ihrer Klienten. Es gibt aber noch andere Leute, die von Berufs wegen etwas

109 In der Vorlage: Flemminghaus. – Dr. Otto Flehinghaus (1904–1987), Richter; 1954–1970 MdL NW (CDU), 1958–1962 Justizminister NW, 1966–1970 Landtagsvizepräsident.

110 Dr. Hans Dahs (1904–1972), Rechtsanwalt; seit 1953 Honorarprofessor für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht an der Universität Bonn.

111 In der Vorlage: Romme. – Vermutlich Dr. Paul Ronge (1901–1965), Rechtsanwalt und Notar; seit 1931 Anwaltspraxis in Königsberg (bis 1945) und Berlin, 1948–1958 Mda (FDP), zuletzt als Fraktionsvorsitzender.

sagen können, die keinen Blankenhorn und keinen Kilb vertreten. Mich wundert es tatsächlich, daß bisher noch nichts in der Öffentlichkeit darüber gesagt worden ist. Die schlechten Dinge ziehen am besten. Aber das wäre eine Sensation, wenn das einmal gesagt würde.

Adenauer: Ich habe mit Herrn Gerstenmaier in der Pause über die Sache gesprochen. Herr Gerstenmaier hat nach meiner Meinung hundertprozentig recht, daß die Staatsanwälte einfach ein Opfer der Eitelkeit in der Presse sind. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie wollen gelobt werden als die Hüter von Recht und Gerechtigkeit gegenüber dieser verschlammten und korrumpierten Regierung. Und die Presse stürzt sich natürlich mit Wollust auf alles das, was sensationell klingt.

Schröder: Ich darf einige Anmerkungen dazu geben. Zunächst fange ich mit einem Punkt an, weil ich den Eindruck habe, daß wir selbst etwas schuld sind. Diejenigen, die die Sache Blankenhorn–Maltzan genauer kennen und den Vortrag von Herrn Krone gehört haben, werden sich an den Kopf fassen und sagen, um Himmels willen, wie ist es möglich, daß eine solche Sache fünf Jahre lang schmort, als ob es sich um unaufgeklärte Fälle von Mördern handele. In Wirklichkeit handelt es sich doch schlimmstenfalls um eine Beleidigung auf innerdienstlicher Ebene.

Die Herren haben das, was ihnen gesagt und sogar schriftlich gegeben wurde, an den Dienstvorgesetzten des Betreffenden weitergegeben. Das läuft also von einem Amt der Bundesregierung in das andere. Und das wird nun in der Presse aufgemacht, als ob es sich um eine Kindesentführung oder um einen Mörder handele. Es entsteht also aus einem Vorgang, der in meinen Augen – ich sage das offen – etwas Bagatellhaftes hat, ein Eindruck, als ob hier ein Sumpf wäre, und zwar um die Spitzen herum. Und das muß man ausräumen können.

Diese Sache ist nach meiner Meinung allerdings im Internen sehr schlecht behandelt worden in den vergangenen Jahren. Es war ein Streit zwischen zwei Ressorts, wovon eines damals noch keinen Minister hatte; denn der Bundeskanzler vertrat damals noch das Auswärtige Amt als zusätzlichen Teil seiner Pflichten. Damals war es im Grunde mehr ein Streit zwischen einem Staatssekretär in einem noch unkompletten Hause und dem Wirtschaftsministerium. Man hat aber nicht den Weg gefunden, diese innere Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Und davon haben wir nun einen Schaden, der wirklich unglaublich groß ist. Das bringt mich auf folgenden Gedanken. Wir werden am 9. Dezember diese Justizdebatte haben.¹¹² Das ist an sich ein sehr schlechter Tag dafür; denn es läuft dann schon alles auf Weihnachten zu, und was in dieser Zeit passiert, das dient den Leuten als willkommener Gesprächsstoff für die Feiertage und das Jahresende.

Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, die Leute interessieren sich nicht für die ernsthaften Probleme, aber jeder Skandal ist ihnen recht. Die Illustrierten leben

¹¹² Die Debatte wurde von der 52. Sitzung des Bundestages (9. Dezember 1959) auf die 56. Sitzung (22. Januar 1959) verschoben. Vgl. Anm. 50.

überhaupt nur von dieser Art Geschichten. Die letzte Nummer des „Stern“¹¹³ von Bucerius hat z.B. eine Darstellung der Geschichte Schäffer gebracht. So etwas will das Publikum haben, denn jeder Aufbausch und jede Sensation ist ihnen recht. Für die Justizdebatte trifft es sich nun sehr unglücklich, daß Herr Schäffer ... (*Adenauer*: Herr Schäffer geht in Urlaub!) Aber an ihm bleibt die Sache hängen! (*Adenauer*: Es geht dann Sie an!) Es ist eine unglückliche Sache. In der Vorstellung vieler Leute gilt der Justizminister als etwas Geheiligtetes. Und nun muß derjenige, der als Justizminister sprechen sollte, aus vielerlei Gründen sich fernhalten.

Um so mehr kommt es darauf an, daß die Sache von unserer Seite, insbesondere von der Bundestagsfraktion, mit vielen guten Sprechern und mit verteilten Aufgaben und Rollen entsprechend vorbereitet wird. Wenn sich die Regierung allein rechtfertigen soll, so ist das immer eine schlechte Sache. In diesem Fall brauchen wir wirklich die guten Sprecher der Fraktion.

Darüber, ob sich die Herren zur Wahrung ihrer Rechte der besten Anwälte bedient haben, habe ich erhebliche Zweifel. Ich habe bereits auf die berühmten Anwälte von Berlin hingewiesen. Ich denke an einen Mann wie Ronge, der in einem Riesenprozeß seine Klienten durchgesteuert hat. Diese Leute haben einen ganz anderen Namen als die ortsgebundenen Anwälte. Bonn ist und bleibt eine Kleinstadt. Wo sind die Zeiten geblieben, in denen es Leute wie Allenberg (?)¹¹⁴ gab, die sich eine solche Behandlung niemals hätten gefallen lassen, sondern sie hätten unter Garantie schärfsten Protest eingelegt.

Was kann man nun tun, um sowohl den Beamten selbst als auch dem Publikum gegenüber die Sache in die richtige Größenordnung zu bringen? Wir haben im Fernsehen die Sache auseinanderzusetzen versucht, und zwar in einer vorsichtigen Form. Geht man zu weit dabei, zieht man sich den Vorwurf zu, daß man die Beamten decken wolle. Geht man nicht weit genug, dann ist es auch nicht recht. Wir haben einen neuen Runderlaß für die Bundesbehörden vorbereitet, der das enthält, was Herr Krone angeregt hat. Ich habe bisher gezögert, das herauszugeben; denn sonst hätte es plötzlich geheißt: Jetzt haben sie es ungeheuer nötig, und nun drängen sie auf einmal, nachdem die Kinder in den Brunnen gefallen sind. Das ist also eine sehr delikate Frage. Wir sollten der Anregung von Krone folgen und kombinierte Aktionen starten. Auch die Beamtenbünde sollten sich ihrerseits stärker exponieren in positivem Sinne. Wieweit es die Landesregierungen können, kann ich schwer übersehen. Es wäre an sich wünschenswert, wenn es da, wo es angezeigt ist, geschähe.

Ich habe einmal die Fälle aus der früheren Zeit zusammenstellen lassen. Die Quote der Korruption ist durchaus sinkend, nur wird durch das ständige Wiederholen derselben Fälle in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob es sich um laufende Fälle handele. Die Sache Hallstein-Blankenhorn hören wird nun schon seit fünf

113 Mainhardt Graf von Nayhauss: Was war wirklich, Herr Minister? In „Der Stern“ Nr. 48 vom 27. November 1958.

114 Nicht zu ermitteln.

Jahren jeden Monat mindestens einmal, aber immer mit einer neuen, veränderten Fassung. Und für die Leute addiert und multipliziert sich das. Wir müssen also in dieser Justizdebatte sehr eindrucksvoll sein und dabei gegen die Beamtengeschichten aus verschiedenen Quellen Entlastungsvorstöße unternehmen. Die Sache ist in ihrer staatspolitischen Gefährlichkeit schwer zu übertreiben, weil es ungeheuer interessant ist, diese Angelegenheit auf der Bundesebene zu verdichten.

Blumenfeld: Was uns draußen in den Ländern im Laufe der letzten Monate viel Sorge gemacht hat, war immer wieder die Frage, die sich aus der Bonner Staatsanwaltschaft heraus ergibt. Ich möchte den Vorschlag von Herrn Krone aufgreifen und Sie bitten, uns nicht nur das Material für die jetzt schwebenden Fälle, soweit Sie das formaljuristisch können, sondern auch noch andere Unterlagen zuzuschicken. Inzwischen haben wir in Hamburg wegen des Falles Blankenhorn–Hallstein die Möglichkeit, das Material in die richtigen Kanäle zur Publizierung zu bringen, und wir bitten daher um Überlassung der Unterlagen. Im Falle Blankenhorn haben wir fünf Jahre lang überhaupt nicht gewußt, um was es eigentlich ging. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wozu sind eigentlich die Anwälte da? Die müssen doch ihre Klienten gegen solch massive Vorwürfe schützen und entsprechend verteidigen! Ich möchte sogar soweit gehen – wenn die Dinge solche Proportionen annehmen –, daß wir eher in ein schwebendes Verfahren eingreifen und uns lieber einen solchen Vorwurf machen lassen, als daß wir zulassen, daß nun die ganze Atmosphäre vergiftet und damit der Staat untergraben wird.

Die Strafprozeßordnung ist eine Angelegenheit der Legislative. Die Behandlung dort dauert also sehr lange. Es kommt aber jetzt darauf an, die Atmosphäre zu entgiften und dem entgegenzuwirken, was publizistisch in geradezu verheerender Weise geschieht. Wir müssen uns schützend vor die Beamtenschaft stellen, die das doch verdient. Es geht nicht nur um die Autorität der Regierung, sondern auch um den Schutz wertvoller Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit einfach schutzlos diesen Angriffen preisgegeben sind.

Von Brentano: Ich habe diese Akten von einem Herrn durchsehen und mir einen Auszug geben lassen. Ich bin selbst Jurist und war Anwalt. Ich kann Ihnen in aller Klarheit sagen, wenn diese Verfahren zu einer Verurteilung führen, dann leben wir nicht mehr in einem Rechtsstaat, sondern in einem pervertierten Staat. Es ist ein geradezu ungeheurerlicher Vorgang, der dadurch provoziert wird, daß die Staatsanwaltschaft ihre Anklage erhoben hat wegen fahrlässiger falscher Anschuldigung und die Strafkammer, ohne das auch nur in ihrem Eröffnungsbeschluß zu begründen, diese Anklage umgestellt hat auf „vorsätzlich falsche Anschuldigung“. Das ist ein Vorgang, den ich noch niemals in meiner Praxis gehört habe. Er ist so einmalig, daß man sich fragen muß, was ist zu tun.

Ich gehe weiter und sage, ich habe manchmal den Eindruck, daß sich hier etwas vollzieht, vor dem nicht nur wir, sondern auch die Opposition, soweit sie noch ein Staatsbewußtsein hat, Angst haben muß. Hier zeigt sich ein verdrängter Minderwertigkeitskomplex derjenigen, (*Zuruf:* Revanchekomplex!) die einmal im

Dritten Reich tätig waren, die dann ein paar Jahre lang ausgeschieden sind und nun sagen: Wir sind wieder da, und nun wollen wir einmal zeigen, wie wir mit dieser Demokratie fertig werden. Hier stecken Komplexe aus dem Dritten Reich (*Zurufe*: Sehr richtig!), die sich gegen den Staat richten. Und das Tragischste und Widerwärtigste dabei ist, daß sich politische Parteien dazu hergeben und das unterstützen.

Meine Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, wäre die, nicht nur die Freunde aus den Regierungen der Länder zusammenzurufen, sondern auch die Ministerpräsidenten und die Justizminister der anderen Parteien, um ihnen durch einen Vortrag zu sagen: Es geht hier nicht nur um einen Kampf gegen die CDU und die Bundesrepublik, sondern auch um die Demokratie als solche. Wir haben etwas Ähnliches schon einmal erlebt. Wir wissen, wie es war in einer Demokratie, in der sich die Menschen nicht wehren konnten. Der Staat wurde ausgehöhlt durch eine ständige Verdächtigung und Verunglimpfung. Wir alle sind doch wieder soweit, wenn wir angepöbelt werden; wer unternimmt dann noch etwas? Ich schon lange nicht mehr. Wenn mir etwas vorgelegt wird, ob ich gegen irgendeine Beleidigung einen Strafantrag stelle, schreibe ich jedesmal hin, nein, weil eben unsere Prozesse hier derartig geführt werden, daß sie heute praktisch damit enden: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig. Jedesmal werden die Prozesse so geführt, daß letzten Endes sogar der Freigesprochene schlechter dasteht als der zu einer Formalstrafe Verurteilte.

Wir haben doch gesehen, in welcher Weise z.B. der Fall Kilb behandelt worden ist von einer Justizpressestelle. Wo hat es früher in einem Rechtsstaat eine Justizpressestelle bei der Staatsanwaltschaft eines Landgerichts gegeben? Niemals! Jetzt gibt es eine Justizpressestelle. (*Gurk*: Wer bezahlt das denn?) Diese Justizpressestelle gibt in Abständen von 14 Tagen Mitteilungen an die Presse, gegen die sich niemand wehren kann, weder der Dienstherr noch der Beschuldigte. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler gesagt, wenn der persönliche Referent des Regierungschefs in irgendeinem anderen Rechtsstaat verhaftet wird, dann wird sich der zuständige Justizminister, begleitet von seinem Generalstaatsanwalt, zum Regierungschef begeben und sagen, hier liegt der und der Fall vor, aber nicht, um etwas zu unterdrücken, sondern um die Dinge zu klären. Es handelt sich also um ein Politikum erster Ordnung.

Und was geschieht in unserem Staat? (*Zurufe*: Nichts!) Weder der Justizminister noch der Generalstaatsanwalt kümmern sich darum, aber der Herr Bundeskanzler muß über sich ergehen lassen, daß er von einem zweiunddreißigjährigen Schnösel vernommen wird, der die Haftentlassung des Herrn Kilb ablehnt mit der Begründung: Verdunkelungsgefahr. Er soll nicht mit dem Bundeskanzler sprechen können.

Das ist doch ein Zustand, der geradezu ungeheuerlich ist, weil sich der Angriff nicht nur gegen den Angeschuldigten, sondern auch mittelbar und unmittelbar gegen den Regierungschef, gegen die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung richtet. Wir haben keinen Anlaß, uns in dieser Weise kollektiv angreifen und von der öffentlichen Meinung verurteilen zu lassen. Das scheint mir im Augenblick noch dringlicher zu sein als eine so dringliche Frage wie das Kohlenproblem in Nordrhein-Westfalen, so

daß wir also versuchen müssen, den Staat zu schützen, solange es geht. Wir müssen alle Kräfte aufrufen, ehe es zu spät ist. Mit einem entsprechenden Appell wird uns das auch gelingen.

Adenauer: Damit Sie sehen, wie man hier von der Staatsanwaltschaft behandelt wird, darf ich Ihnen folgendes sagen. Ich sollte vernommen werden. Ein Punkt der Angelegenheit war der Ankauf des Mercedes oder BMW durch mich. Ich stellte anheim, ob man mich nicht samstags vernehmen könne, da ich während der Wahlzeit verreist war. Darauf kam die Antwort von dort: Nein, sie müßten zuerst meinen Chauffeur vernehmen, weil ich ja mein Urteil damals abhängig gemacht habe von dem, was mir der Chauffeur gesagt habe. Da wollten sie also vorher den Chauffeur festlegen, ehe man mich vernahm. (*Zurufe:* Ist ja toll! Nicht zu glauben!) Diese ganze Geschichte ist einfach unerträglich. Nun haben wir gestern ein langes Gespräch mit dem Justizminister von Nordrhein-Westfalen gehabt. Es waren Herr Kollege Meyers und vier Minister von Nordrhein-Westfalen zugegen. Die schüttelten zwar ständig mit dem Kopf, aber das war alles! Herr Seidel hat mir gestern gesagt – da er in einem ähnlichen Fall aufgrund seines Weisungsrechts das als Richtlinie der Politik bezeichnet hat –, daß die Justizminister dieses nicht machen. Ich weiß, daß sie Hemmungen dagegen haben. Aber was sollen wir tun? (*Meyers:* In diesem Zeitpunkt wäre das das Falscheste, was wir machen können!) Und wann ist der Zeitpunkt gekommen? (*Gurk:* Herr Bundeskanzler! Kann man nicht dem Oberstaatsanwalt sagen, daß er selbst die Verhandlungen zu führen habe? Warum macht es der Stift? Der Generalstaatsanwalt oder der Oberstaatsanwalt soll sie führen mit der Erziehung eines alten Akademikers von früher. Es darf nicht sein, daß der Bundeskanzler zu einem Lausert gehen muß!) Ich will Ihnen noch folgendes sagen. Herr Gerstenmaier, der als Zeuge vor das Amtsgericht geladen wurde, hat mir gesagt, er sei dahin gekommen, und dann habe ihn der dort sitzende Amtsrichter gefragt: Wer sind Sie? Antwort: Gerstenmaier! Dann habe Gerstenmaier gefragt: Wer sind Sie denn? Der Richter: Amtsgerichtsrat. Gerstenmaier: Ich bin der Bundestagspräsident! Und dann sei es etwas besser geworden.

Dann sei aber Gerstenmaier noch einmal vom Amtsgericht vernommen worden. Dieses Mal habe ein Assessor dort gesessen, um den Bundestagspräsidenten zu vernehmen. Und nun habe sich genau dasselbe Frage- und Antwortspiel wiederholt. Er sei hineingekommen, der Assessor habe, ohne aufzustehen, ihn gefragt: Wer sind Sie? Antwort: Gerstenmaier! Der Assessor: Setzen Sie sich! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ja, meine Herren, Sie lachen darüber. Ich muß Ihnen aber noch etwas sagen. Um meine Zeugenaussage nicht zu entkräften, riskiere ich nicht, der Frau Kilb ein Wort des Beileids zu sagen. Es ist geradezu ein Höllenleben hier in Bonn! Und ich versichere Ihnen, diese Geschichte hier mit Bonn, die zehrt mehr an meinen Kräften und Nerven als irgendeine andere Tätigkeit. Und warum? Weil eine kleine Gesellschaft, eine kleine Clique, einfach für sich Ruhm haben will, Ruhm in der Presse usw., um uns kaputtzumachen!

Kiesinger: Es soll sich eine kleine Gruppe zusammensetzen, um jede Möglichkeit

zu überlegen, wie man dagegen angehen kann. Es ist wirklich unglaublich, was da vorgeht.

Albers: Als damals die Anfrage des englischen Labour-Abgeordneten über die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts kam¹¹⁵, wurde klargestellt, daß der in Frage stehende Mann integer sei. Die Persilscheine waren in Ordnung. Ich möchte einmal den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Meyers bitten, uns zu sagen, von wem die Persilscheine für den Ersten Staatsanwalt in Bonn¹¹⁶ ausgestellt wurden. (*Meyers:* Das ist ein CDU-Mann. Der ist nie in der Partei gewesen!) Ich habe festgestellt, daß hier Leute entnazifiziert worden sind von einer gewissen Persönlichkeit, die vor acht Jahren in Bonn uns Sauerei machen wollte.¹¹⁷ Ich sage das mit Überlegung. Ich müßte sonst einige Kronzeugen aufrufen!

Adenauer: Ich muß auch an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen die dringende Bitte richten, und zwar als Chef der Bundesregierung, hier kraft seines Amtes für Ordnung zu sorgen! Hier ist keine Ordnung! Hier ist Unordnung! Hier ist keine Gerechtigkeit! Hier ist Ungerechtigkeit! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Meyers: Dazu muß ich sagen, daß ich in diesem Augenblick nicht gewillt bin, in schwebende Verfahren einzugreifen, und zwar im Interesse unserer Partei und im Interesse von Herrn Kilb. Ich weiß auch um das, was der Herr Bundeskanzler sagt; denn ich bin schließlich Anwalt, aber ich kann jetzt nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Ich bin insofern froh, daß das nun endlich zum Zuge kommt. Wir werden seit Jahren so behandelt mit diesen Geschichten, und wir konnten nichts dagegen machen.

Meinen Sie, mich erbost es nicht, daß in dem einen Verfahren so und in dem anderen Verfahren so gehandelt wird. Das hat nichts damit zu tun, daß nun in dem einen Fall jemand geständig ist, in dem anderen Fall aber jemand nicht geständig ist, oder daß der eine gegen Kautions und der andere ohne Kautions herausgelassen wird. Aber wenn ich jetzt eingriffe, würden wir der Partei und auch dem Herrn

115 Nicht zu ermitteln.

116 Möglicherweise Dr. Franz Drügh (geb. 1909), seit 1949 Staatsanwaltschaft Bonn, in den fünfziger Jahren leitender Oberstaatsanwalt, d.h. Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Bonn.

117 Albers spielt an dieser Stelle vermutlich auf die massive Kritik an, die im Frühjahr 1950 vor allem von seiten der CDU-Bundestagsfraktion an der Verwendung ehemaliger NSDAP-Mitglieder im Bundeskanzleramt für außenpolitische Fragen geübt wurde. Vgl. dazu AdG 1950 S. 2340f. und 2350; „Die Neue Zeitung“ vom 27. Februar 1950 („Schwierigkeiten für kleine Koalition vergrößern sich“), vom 19. April 1950 („Bundestagsfraktion der CDU übt Kritik an Ex-Pg's im Bund. Von 22 leitenden Personen hatten 16 der NSDAP angehört“) und vom 20. April 1950 („Adenauer erhielt Liste der CDU über Ex-Pg's in leitender Stellung. Bundeskanzler bezeichnet Aufbau ohne Routiniers als unmöglich“). Laut FAZ vom 21. April 1950 („Der Vorkampf um das Außenamt“) war der ehemalige Oberdirektor und CDU-MdB Dr. Hermann Pünder Wortführer dieser Kritik. – Vgl. Wilhelm HAAS: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Bremen 1969 S. 45–48.

Kilb schaden. Ich habe mir notiert, es wird selbstverständlich der Staatsanwalt Schmitz¹¹⁸ aufgefordert, einen dienstlichen Aufschlußbericht zu geben. Es darf nicht sein, daß unsere Freunde dem Herrn Bundeskanzler erzählen, daß das Ministerium habe erklären lassen, es schwebt ein Verfahren ... (*Adenauer*: Das ist auch bestritten!) Ich habe den Brief da!

Adenauer: Ich spreche nicht vom Verfahren gegen Kilb. Das Verfahren ist beim Gericht eingegangen oder eingeleitet. Da können Sie nichts machen. Jetzt muß der Verteidiger von Kilb an das Oberlandesgericht gehen. Aber wir können doch verlangen, daß in Sachen, die eine solche Bedeutung haben, der Oberstaatsanwalt angewiesen wird, nicht von zweiunddreißigjährigen Leuten das Verfahren führen zu lassen. Das ist doch das wenigste, was man verlangen kann. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Meyers: Ich habe im Interesse der Partei mit dem Oberstaatsanwalt erreicht, daß die ganzen Verfahren über die Bundestagswahl hinaus erstreckt worden sind. Ich habe im Interesse der Partei erreicht, daß sie auch über die Landtagswahlen erstreckt wurden. Der Oberstaatsanwalt hat das Verfahren in seinen Panzerschrank eingeschlossen. Ich konnte nicht ahnen, daß ich Prügel beziehe. Aber es war so – der Herr Bundeskanzler hat recht –, daß damals Amelunxen hierher Staatsanwälte abgeordnet hat, und diese Staatsanwälte betreiben nun diese Verfahren seit Jahren. Daß wir sie über die Wahlen erstreckt haben, war eine politische Notwendigkeit. Wenn Sie jetzt dem Staatsanwalt das wegnehmen, dann stellen Sie sich bitte die deutsche Presse vor. Wenn der Schmitz das gesagt hat, wird er suspendiert und ersetzt. Wir können ein Dienststrafverfahren einleiten. Nur dürfen wir uns nicht durch die Form ins Unrecht setzen.

Ich muß Ihnen auch sagen, wir haben selbst das Grundgesetz gemacht. Einen Richter kann ich noch nicht einmal versetzen lassen. Die wollen sogar noch mehr. Die wollen eine selbständige dritte Gewalt werden. Und die Staatsanwälte wollen mitmachen. Die kann man aber noch versetzen. Den Richter könnte ich nicht versetzen. Dieser Mann, der sich neulich in einem Landgerichtsprozeß unmöglich benommen hat, den kann man nicht versetzen, sondern höchstens ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten. Und Sie wissen nicht, wie das ausgeht, weil da die Richterkammern vertreten sind. Also, es ist kein schlechter Wille von mir. Über die Persönlichkeiten, auch meiner Regierung, lasse ich mit mir reden. Johnen war dabei. Aber Sie wissen nie, wie ein Mensch in einer konkreten Situation reagiert.

Johnen: Wir waren am Dienstag mehrere Stunden hier. Sie haben gesagt, daß wir nur mit dem Kopf geschüttelt haben. Wir haben mehr geschüttelt! Wir waren das erste Mal damit befaßt, wenn ich davon absehe, daß Sie acht Tage vorher beim Verein der Unionspresse gesprochen haben. Auch unser Justizminister sieht als früherer Oberlandesgerichtsrat von seinem Richterkomplex die Dinge ganz anders als ein Mann, der mitten im Leben steht. Aber das war das Gute an

118 Wilhelm Bereslaw Schmitz (geb. 1927), Staatsanwaltschaft Bonn, 1969–1975 Generalstaatsanwaltschaft Köln (1975–1984 Oberstaatsanwalt, 1984–1992 Generalstaatsanwalt).

der Besprechung, daß wir nachher im Haus von Nordrhein-Westfalen den ganzen Nachmittag zusammengeblieben sind, derselbe Kreis von Nordrhein-Westfalen, der bei Ihnen war. Das Ende war nicht schlecht. Es war erst der Beginn.

Und nun darf ich Sie bitten, lassen Sie das seinen Fortgang nehmen! Es kann kein Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hier aufstehen und sagen, ich werde das und das tun, sonst können Sie es morgen in der Presse lesen. Das ist also nicht möglich. Daß ein Ministerpräsident einen Justizminister – weil dieser Mann schwierig ist – nicht ablösen kann, ist auch klar. Aber wir werden das lösen müssen. Ich spreche nicht von den Verfahren. Uns als Juristen tut es am meisten leid, wenn wir den Eröffnungsbeschluß – den ich nur von Ihnen aus den heutigen Ausführungen, Herr Bundeskanzler, kenne – in der Sache Blankenhorn–Hallstein und die Anklageschrift gegen Kilb hören. Dann faßt man sich an den Kopf und sagt, wie ist das möglich. Aber in dem Verfahren können wir im Augenblick nur noch etwas mit der linken Hand tun, offiziell aber überhaupt nichts mehr.

Wir müssen etwas tun gegen das System, das jetzt begonnen hat. Wir können heute aber keine Beschlüsse darüber fassen, was nun alles in Nordrhein-Westfalen zu geschehen hat. Ich darf Ihnen die Versicherung abgeben, Herr Bundeskanzler, daß das Gespräch, das am Dienstag begonnen hat, noch nicht zu Ende ist.

Von Hassel: 1954 ist in Schleswig-Holstein folgendes passiert. Der Vorgänger von Lübke¹¹⁹ war über eine Reihe von Prozessen derart verärgert – die inzwischen mit Freispruch geendet haben –, daß er kurzerhand alle vier Oberstaatsanwälte versetzte. Er berief daraufhin einen neuen Generalstaatsanwalt seines Vertrauens. Das war etwa sechs Wochen vor der Landtagswahl. Ich behaupte, daß der schwierige Ausgang der Landtagswahl im Jahre 1954 im wesentlichen auf diese Geschichte und auf das Geschrei, das in der Presse losgegangen war, zurückzuführen ist. Es hieß: Der Ministerpräsident greift in die Justiz ein.

Deshalb ist es für unseren Freund Meyers eine ganz schwierige Situation, und er kann nicht alles ausbreiten, was er tun will. Das Richtergesetz¹²⁰ wird z.Z. in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages beraten. Es muß einmal geklärt werden, was dieses Richtergesetz hinsichtlich der Einbeziehung der Staatsanwälte in die Unabhängigkeit bringt. Wir haben in früheren Jahren die Richter immerhin nicht nur als dritte Gewalt, sondern auch als Übermenschen betrachtet, die unersetzbar und souverän sind. Deswegen sollte bei der Beratung des Richtergesetzes darüber nachgedacht werden, daß man hier keine Übertreibungen vornimmt. Nach meiner Auffassung wird das von den Justizministern der Länder anders gesehen als von uns, die wir für die Gesamtpolitik die Verantwortung haben.

119 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), 1951–1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE I S. 51 Anm. 28. – Vorgänger Lübkes war Dr. Walter Bartram (1893–1971), 1920–1933 DVP, seit 1946 CDU, 1950–1951 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1952–1957 MdB.

120 Deutsches Richtergesetz, 8. September 1961 (BGBl I S. 1665).

Ich wäre dankbar, wenn sich Herr Krone darum kümmern würde, sonst sitzen wir nachher wieder in einer solchen Situation und können weder Weisungen geben noch Versetzungen vornehmen.

Rehling: Es ist dringend notwendig, daß die Atmosphäre entgiftet wird, schon um der Verwirrung, mit der unsere Parteifreunde draußen angesprochen werden, zu begegnen. Ich möchte mich den Vorrednern anschließen, die davor warnen, von seiten der Regierung hier aktiv zu werden. Ich möchte die Frage aufwerfen: Haben wir denn nicht unter den Juristen noch mehr Leute – vereinzelt Äußerungen hat man ja vernommen –, die sich gegen die Art des Verfahrens wenden?

Man ist z.B. in die Wohnungen der Angeschuldigten gegangen und hat Vernehmungen angestellt in der Nachbarschaft. Das riecht doch sehr stark nach nationalsozialistischen Methoden. Daß man so etwas überhaupt gewagt hat! Haben wir denn nicht unter den Strafrechtlern an den Universitäten irgend jemanden, der einmal dazu Stellung nehmen könnte? Bei der Gläubigkeit, die die Regierung und der CDU abholden Kreise in der Vergangenheit gegenüber den Verlautbarungen von Professoren an den Tag gelegt haben, wäre doch auf diesem Wege vielleicht etwas herauszuholen.

Adenauer: Sie werden sehen, was das am 9. Dezember im Bundestag gibt. Das wird ein höchst unerquickliches Schauspiel werden. Die Sozialdemokratie hat in einer abgezogenen, mit der Schreibmaschine geschriebenen Druckschrift von 32 Seiten Skandale über Skandale zusammengeschrieben, von denen es immer heißt: „soll, soll, soll“.¹²¹ Sie hat davor eine Einleitung geschrieben, in der einfach gesagt wird: Das ist die korrupte CDU. Sie hat davon – ad notam, Herr Kiesinger, zur Erziehung der SPD – sage und schreibe 32 Seiten zusammengestellt. Und das wird verbreitet.

Und nun muß ich Ihnen sagen – Sie empfinden das vielleicht etwas eigenartig –, es ist einfach nicht mehr zu ertragen; denn ich lebe in dieser verdammten Atmosphäre jetzt schon seit Monaten. Und warum? Weil es einigen Staatsanwälten hier in Bonn einfällt, die ganze Verwaltung, die ganze Bundesregierung auf den Kopf zu stellen. Und kein Mensch kann etwas dagegen tun und uns helfen. Das sind unmögliche Zustände. Wir müssen also sehen, was geschehen kann. Das Weitere wird sich finden.

*Wuermeling*¹²²: Ich gehöre dem Gremium des Bundesvorstandes in einer abgeleiteten Eigenschaft mit beratender Stimme an, und ich glaube zu der Vermutung Anlaß zu haben, daß Sie vielleicht als Kabinett nicht gerne hören, daß dieses Thema, das ich ansprechen möchte, hier behandelt wird. Darf ich daher im voraus die Frage stellen, ob Sie damit einverstanden sind, wenn ich, ohne irgend etwas aus dem

121 Bonner Affären und Skandale. In: Sozialdemokratischer Pressedienst (Sonderdienst) vom 12. November 1958.

122 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1953–1962 Bundesminister für Familien- und (ab 1957) Jugendfragen. Vgl. PROTOKOLLE I S. 85 Anm. 2.

Kabinett zu berichten, einmal die sehr ernste Sorge darlege, die ich seit mehreren Jahren habe?

Adenauer: Ich habe nichts dagegen, wenn das unter Punkt „Verschiedenes“ vorge-
tragen wird. (*Wuermeling:* Hoffentlich haben wir dann noch Zeit!) Wir müssen unsere
Tagesordnung fertig machen, weil wir morgen die Sitzung des Parteausschusses
haben.

SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES AM 28. NOVEMBER 1958

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung: a) Wahl der drei geschäftsführenden
Vorstandsmitglieder, des Bundesschatzmeisters und der zehn weiteren Mitglieder
gemäß § 7 Abs. b des Statuts; b) Beratung der Geschäftsordnung. Dazu ist ein Antrag
von Herrn Bach eingegangen, der vorschlägt, möglichst bald einen Finanzbeirat, einen
Finanzausschuß, zu bilden.

Weiter wird beantragt, man solle diese ganze Frage bis zum 31. März des nächsten
Jahres vertagen. Der Vertagungsantrag geht vor. Darf ich fragen, wer für die Vertagung
ist? Dann bitte ich Sie, die Hand zu erheben. (*Zuruf:* Begründung!) Weil die ganze
Sache völlig ungeklärt sei und Vorbesprechungen stattfinden müßten innerhalb des
engeren Vorstandes. Von mir ist der Antrag nicht ausgegangen. Mir ist es gleichgültig.
Aber es ist immerhin von beachtenswerter Seite im Vorstand der dringende Wunsch
ausgesprochen worden, diese Frage bis zum 31. März zurückzustellen. Vielleicht
wird ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes inzwischen auf einer weiteren
Stufe zur Himmelsleiter kommen können, und dann müßte man sich wieder hinsetzen
und überlegen. (*Kiesinger:* Wen meinen Sie?) Ich habe keinen Namen genannt, Herr
Kiesinger.

Von Hassel: Wenn man sich die Situation bei uns im Bundesvorstand ansieht,
dann ist es so, daß wir hinsichtlich der Arbeit im geschäftsführenden Vorstand immer
die Sorge haben, daß Herr Meyers als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
möglicherweise eines Tages diesen engsten Kreis verlassen wird. Ich habe ihn gebeten,
diese Aufgabe auf alle Fälle wahrzunehmen, weil ich wegen der schwierigen Situation
der Bundespartei und auch der Bundesgeschäftsstelle in der Nassestraße das Gefühl
habe, daß uns Herr Meyers in dieser Arbeit erhalten bleiben muß.

Herr Dr. Kraske ist Bundesgeschäftsführer geworden. Er ist nach dem Bundes-
parteitag in Urlaub gegangen. Dann mußte er wegen einer Blinddarmentzündung
ins Krankenhaus. Er ist operiert worden und hat dann eine Vereiterung und eine
Venenentzündung bekommen. Er wird also für eine geraume Zeit ausfallen. Ich meine,
bis wir über die Frage Klarheit haben, sollten wir zumindest die beiden Punkte 1) Wahl
der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und 2) des Bundesschatzmeisters
zurückstellen und uns nur über die Frage der zehn weiteren Mitglieder des Vorstandes
unterhalten.

Bei den zehn Mitgliedern ist insofern eine Änderung entstanden, als unser

Freund Lenz¹²³ verstorben ist und einige andere inzwischen durch ein Amt, das sie übernommen haben aus anderen Gründen, ex officio dem Bundesvorstand angehören. Z.B. trifft das für unseren Freund Gradl zu. (*Zuruf*: Und Oberländer!) Herr Oberländer war nicht unter den zehn. Er war Kabinettsmitglied. Weiter ist Frau Brauksiepe inzwischen zur „Generaldirektorin“ der Frauen gewählt worden¹²⁴, so daß hier eine neue Frau gewählt werden könnte. Herr Albers ist inzwischen Vorsitzender der Sozialausschüsse¹²⁵ geworden und somit als solcher Mitglied des Vorstandes. Wir sollten überlegen, wie wir nun das gesamte Tableau hinkriegen. Deshalb würde ich vorschlagen, das Ganze hinauszuschieben bis zum 1. April 1959.

Albers: Ich habe einige Bedenken. Wir haben in Kiel beschlossen, auch einen Herrn zu beauftragen, der vor allem mit der Arbeit für die Betriebe betraut werden soll. Dieser Mann müßte dem Vorstand angehören. Wir stehen in den nächsten Tagen vor den Betriebsratswahlen. Diese Wahl ist sehr bedeutungsvoll. Wenn Sie mir garantieren, daß in die Bundesgeschäftsstelle ein Mann berufen wird, der unser Vertrauen hat und die Betriebsrätarbeit erledigt, dann könnte ich mich dem gemachten Vorschlag anschließen. Wenn aber heute keine Klarheit darüber geschaffen wird, müßte ich darauf bestehen, daß neu gewählt wird.

Adenauer: Ich habe schon dem Herrn Kollegen Meyers gesagt, daß Herr Katzer¹²⁶ damit beauftragt werden soll. Ich bleibe auch dabei und meine, daß muß sofort geschehen; denn es drängt tatsächlich. Sind Sie damit einverstanden? (*Albers*: Jawohl! Gut!)

Meyers: Zur Geschäftsordnung ist folgendes zu sagen: Die Geschäftsordnung ist inzwischen durch mehrere Beratungen hindurchgegangen. Die Landesgeschäftsführer haben einen Ausschuß gebildet, der in mehreren Sitzungen Änderungen vorgenommen hat. Die Landesgeschäftsführer und die Landesvorsitzenden haben sich einen ganzen Nachmittag und mehrere Abende mit der Sache befaßt.¹²⁷ Nun soll darüber morgen im Parteiausschuß beraten werden. Es ist nicht daran zu denken, daß eine solch schwerwiegende Materie morgen verabschiedet werden kann.

123 Lenz war am 2. Mai 1957 gestorben. Vgl. Nr. 2 Anm. 8.

124 Am 8. und 9. November 1958 wurden Hedwig Jochmus und Aenne Brauksiepe in der Konstituierenden Sitzung der Bundesvereinigung der Frauen in Königswinter als gleichberechtigte Vorsitzende in den Vorstand der Bundesvereinigung gewählt. Vgl. Hans SÜSSMUTH: Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Baden-Baden 1990 S. 115.

125 In der Sitzung des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse am 11. und 12. Juli 1958 in Königswinter (vgl. dazu Entschließung des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse, Anlage zum Rundschreiben vom 14. Juli 1958 in ACDP IV-013-002).

126 Hans Katzer (geb. 1919), 1950–1965 Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, 1957–1980 MdB (CDU), 1965–1969 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. Günter BUCHSTAB: Hans Katzer wird siebzig. In „Soziale Ordnung“ vom 22. Dezember 1988, S. 20–22.

127 Die Landesvorsitzenden verabschiedeten den Entwurf einer Bundesgeschäftsordnung am 7. November 1958, der dem Parteiausschuß am 28. November 1958 vorgelegt werden sollte. Vgl. dazu den Bericht Lensings in der Landesvorstandssitzung der CDU Westfalen-Lippe am 22. November 1958 (ACDP III-002-042/1).

Der Landesverband Westfalen hatte ursprünglich den Antrag gestellt, die Sache nicht zu behandeln, sondern der Bundesparteiausschuß soll einen Unterausschuß bestellen, der in weiteren Beratungen die Sache behandeln soll. Westfalen ist einverstanden damit, daß wir morgen so verfahren.

Adenauer: Herr Lensing, haben Sie Bedenken?

Lensing: Wir haben uns auf den Modus vivendi geeinigt, daß morgen keine Beschlüsse gefaßt werden, sondern die Sache in eine kleine Kommission verwiesen wird. Damit ist der Antrag von Westfalen zurückgezogen.

Adenauer: Ich würde empfehlen, das morgen mit den Landesverbänden zu besprechen und zu überlegen, wie die Kommission zusammengesetzt sein soll.

Wir kommen zum Punkt Verschiedenes. Herr Wuermeling hat eben gebeten, dazu etwas zu sagen.

VERSCHIEDENES: KINDERGELDNAVELLE, MITGLIEDERWERBUNG

Wuermeling: Ich bedaure sehr, daß es schon so spät ist. Es geht um eine sehr kritische Situation, in die ich als Familienminister, aber auch die Bundesregierung überhaupt durch das Verhalten der Bundestagsfraktion wegen der Kindergeldnovelle gekommen sind bzw. kommen. Ich muß dazu etwas über das sagen, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Vor der Bundestagswahl hatte eine Anzahl von Abgeordneten unserer Fraktion einen Antrag vorbereitet, für die Zweitkinder der Mehrkinderfamilie Kindergeld einzuführen, dessen weitere Behandlung dann auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers gegen dessen Zusage zurückgestellt wurde, in der großen Wahlkundgebung in der Westfalenhalle als Wahlkampfziel herauszustellen, daß die Zweitkinder der Mehrkinderfamilie nach der Wahl durch gesetzliche Regelung besser berücksichtigt werden sollten. Ich habe das Zitat hier. Es ist in der Kindergeld-Debatte von den Sozialdemokraten mit dem ironischen Zusatz gebracht worden: Das war vor der Wahl! Nach der Wahl kamen die Kohlenpreiserhöhungen, so daß es mir unmöglich erschien, in diesem Augenblick eine neue Belastung des Lohnes durchzusetzen. Dann haben wir um die Jahreswende begonnen, die Sache wieder aufzugreifen, und am 7. Februar hat eine Besprechung in einem kleineren Kreis unter Beteiligung von Krone, Blank, Horn, Winkelheide und einigen anderen stattgefunden, deren Ergebnis es war, daß die Fraktion einen Antrag stellen sollte und wollte über die Einbeziehung der Zweitkinder der Mehrkinderfamilie in das Kindergeld.¹²⁸

128 Protokoll der Sitzung vom 7. Februar 1958 nicht ermittelt. – In der Sitzung des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. April 1958 gab Winkelheide einen kurzen Bericht über die Arbeit der „Besprechungsgruppe Kindergeld“ (ACDP VIII-005-001/3). Vgl. dazu auch Horn an Blank, Wuermeling, Erhard und Etzel, 27. März 1958 (ACDP I-221-018).

Dazu kam es aber nicht wegen Widerständen aus dem Mittelstand. Im Frühjahr habe ich dann versucht, die Sache sowohl in der Fraktion wie auch im Kabinett weiterzutreiben. Es ging aber nicht weiter, weil die Freunde aus dem Mittelstand grundsätzlich Schwierigkeiten machen. Am 13. Mai hat eine Besprechung beim Bundeskanzler stattgefunden¹²⁹ mit den Leuten des Mittelstandes, in deren Verlauf sich nach anderthalb Stunden ergab, daß ich mit meinem Wunsch, DM 30,- für die Zweitkinder der Mehrkinderfamilie zu gewähren, nicht durchkam. Dann habe ich am Schluß der Beratung den Kompromißvorschlag gemacht, DM 20,- zu zahlen. Das kostete nicht 0,5 %, sondern nur noch 0,3 % der Lohnsumme. Das schien also ein tragbarer Kompromiß zu sein, und wir wollten versuchen, ihn in der Fraktion durchzubringen. Wir hatten nachmittags eine Besprechung – die vorgesehen war aus einem anderen Grund – im großen Arbeitskreis unter Beteiligung aller vier interessierten Bundesminister.¹³⁰ Dort kamen wir mit unserem Vorschlag heraus, aber der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein Gegenantrag abgelehnt, ab drittem Kind das Kindergeld zu erhöhen. Damit saß ich wiederum auf dem Nullpunkt und mußte von vorn anfangen.

Ich habe mich bemüht, auf der Ebene der Fraktion und des Kabinetts weiterzukommen, wobei ich auf ungeheure Schwierigkeiten stieß. Keine Einzelheiten dazu! Als nun die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen vor der Tür stand, aber auch die Beratungen meines Haushaltsplans, habe ich Herrn Krone gesagt: Wenn ich jetzt von der SPD bei den Haushaltsberatungen angegriffen werde, was soll ich tun? Ich kann nichts anderes tun, als klar zu sagen, was los ist. Ich nehme nicht weiter auf mich, daß wir immer Versprechungen machen und sie nicht halten. Darauf fand eine neue Besprechung unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers im Zimmer von Dr. Krone statt.¹³¹ Wir haben uns dann wieder unterhalten, bis der Bundeskanzler sagte: So geht es nicht! Dann einigten wir uns auf folgender Basis: Wenn ich angegriffen würde, wäre ich ermächtigt zu erklären, daß die Bundesregierung sofort nach Beginn der Sommerferien eine Vorlage über die Erweiterung des Kindergeldes ausarbeite, die zum 1. Oktober dem Bundestag vorgelegt werde. Damit habe ich mich, loyal wie immer, einverstanden erklärt.

Nach den Wahlen war es wieder vorbei. Es wurde gesagt, dieser Kreis solle in den Sommerferien zusammentreten, um mit der Bundesregierung zu besprechen, welchen Inhalt die Vorlage haben solle. Diese Sitzung hat am ersten Montag in den Ferien stattgefunden im Hause von Herrn Blank. Wir haben uns dann geeinigt, auf die Bezahlung des Geldes für das zweite Kind zu verzichten. Das war für mich eine sehr

129 Laut TERMINKALENDER nahmen an dem Gespräch beim Kanzler zum Thema Kindergeld am Dienstag, dem 13. Mai 1958, um 12 Uhr nur die Minister Wuermeling und Blank sowie der Abgeordnete Horn teil.

130 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 13. Mai 1958 in ACDP VIII-005-001/3.

131 Am 30. Juni 1958 fand eine Besprechung bei Adenauer statt, die durch eine Fraktionsitzung unterbrochen und dann im Zimmer von Krone fortgesetzt wurde (StBKAH-Besucherordnung).

harte Nuß. Ich habe aber verzichtet und gesagt: Gut, wir geben ab drittem Kind DM 10,- mehr. Das bedeutet in der Belastung, daß wir von den ursprünglich vorgesehenen 0,5 % auf 0,1 %, also ein Zehntel Prozent der Lohnsumme, heruntergehen.

Dann hat Herr Blank diese Vorlage sehr loyal ausgearbeitet. Sie kam aber nicht im Kabinett zur Beratung, weil die Urlaubszeit des Kanzlers und der Bundesminister dazwischenlag. Und nach den Ferien hieß es dann in der ersten Sitzung, es sei keine Zeit dafür vorhanden. Hinterher hat es noch einige interessante Verhandlungen gegeben. Schließlich hat das Bundeskabinett am 15. Oktober den Beschluß gefaßt, diese Vorlage zu verabschieden und dem Bundesrat zuzuleiten.¹³² Sie wurde nun dem Bundesrat zugeleitet. Der Bundesrat hat im wesentlichen ja gesagt mit kleinen Randbemerkungen, über die man hinwegkommen kann.

Und jetzt kommt die Geschichte in der Fraktion ... (*Adenauer*: Etwas muß ich korrigieren an Ihrer Darstellung. Zeit hatten wir wohl für eine solche Frage, aber es sollte erst eine Einigung erzielt werden, und die war nicht zu erreichen!) Die Einigung war erzielt! (*Blank*: Sie ist bis heute noch nicht erzielt!) Die Einigung war erzielt! Herr Schmücker hat nachher Widerspruch erhoben. Nun liegt die Sache bei der Fraktion, und es ging gestern darum, zunächst einmal heil über die erste Lesung zu kommen.¹³³ Ich habe alles getan, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Als mich die SPD angriff wegen des zweiten Kindes, habe ich erklärt, warum ich dieser Auffassung zustimme: Wenn wir der Dreikinderfamilie für das zweite Kind DM 30,- geben, heißt es, die Dreikinderfamilien bekommen DM 30,-, aber die Achtkinderfamilien bekommen auch nur DM 30,-. Ich halte es für gerechter, daß wir je Kind etwas zuschlagen. Ich habe Wert darauf gelegt zu erklären, daß ich mich zu dieser Vorlage bekenne.

Sehr maßgebende Mitglieder der Fraktion sind der Auffassung, daß wir den Einwänden des Mittelstandes dadurch Rechnung tragen müßten, daß wir den Termin des Inkrafttretens, der für den 1. Januar vorgesehen ist und auf den die Familien bei Gott lange genug warten, hinausschieben sollen auf den 1. April, um auf diese Weise die aufzubringenden Mittel so zu gestalten, daß wir statt 1,1 % nur 1 % für das Jahr 1959 benötigen. Man kann sagen: Was hängt an den drei Monaten? Ich bin auf diese Frage gefaßt. Aber ich muß darauf antworten: Es geht bei dieser Frage nicht um die drei Monate, sondern um das Prinzip, ob die CDU-Fraktion überhaupt noch bereit ist, irgendeine kleine Relation mehr für die Familie zu tun als in der Vergangenheit. (*Krone*: Glaubst Du das wirklich?) Ich stelle nur die Frage. Wenn die Freunde erklären, wir werden unter keinen Umständen eine weitere Belastung mitmachen, dann bedeutet das, daß die Vorlage nicht verabschiedet werden kann. Ich muß nun erklären, daß die maßgebenden Vertreter der Familienverbände nur ruhig zu halten sind, wenn ich ihnen sage: Es geht ein wenig weiter, habt Geduld! Wenn ich aber jetzt bekennen muß, keine Mehrbelastung, nicht einmal ein Zehntel Prozent der Lohnsumme wird zugestanden,

132 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung von Vorschriften der Kindergeldgesetze, 21. November 1958 (BT-Drs. 666).

133 Am 26. November 1958 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 2805–2819.

weil die Interessenvertreter vom Befehlsstand der Fraktion befehlen, das darf nicht sein, so bin ich der Meinung, wir haben doch ein CDU-Programm! Wir sind dem Gedanken der Familie und dem des Familienausgleichs durch viele Erklärungen von führenden CDU-Freunden und vom Bundeskanzler verpflichtet.

Wenn wir uns in dieser Angelegenheit – bei aller Sorge um das Problem in Nordrhein-Westfalen – dem beugen, was der Mittelstand will, dann weiß ich nicht mehr – ich muß das in aller Freundschaft sagen –, wie meine Position als Familienminister noch gehalten werden kann. Ich kenne die Schwierigkeiten und weiß von den Sorgen, die da laut werden. Wir müssen uns im nächsten Jahr wegen der Saar-Angliederung mit der Systemfrage beschäftigen. Das ist in früheren Erklärungen ausdrücklich gesagt worden. Ich erkläre in aller Form, daß ich bereit bin, jedes System mitzumachen, für das wir eine Mehrheit im Bundestag bekommen, aber es geht nicht so, daß man sagt, wir lehnen jede Erhöhung ab, weil wir über das System nicht einig sind.

Wenn mir einige Freunde vorwerfen, ich hätte mich mit einem Schreiben an die vier Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gewandt – in dem ich nichts anderes geschrieben habe als: Wir wollen unsere Streitigkeiten um das System nicht auf dem Rücken der Familie austragen –, so muß ich erklären, wir müssen diese Vorlage verabschieden und die Systemfrage im nächsten Jahr lösen. Denn ich glaube nicht, daß ich damit irgendwelche Pflicht verletzt habe, sondern meine im Gegenteil, das wäre nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Familienministers, an die Parteien zu appellieren, nicht den Parteienstreit auf dem Rücken der Familie auszutragen.

Ich habe nur einen Wunsch, daß der Bundesvorstand die Fraktion beschließen läßt, die rechtzeitige Verabschiedung dieser Novelle zum 1. Januar sicherzustellen. Wir können das nach außen in einer denkbar glücklichen Form sagen, indem wir hinzufügen: „... und allen Versuchen der Opposition mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln entgegenzutreten, das Inkrafttreten der Novelle hinauszuschieben“. Hierdurch schieben wir diesen Schwarzen Peter der Opposition zu und tun andererseits alles, um die rechtzeitige Verabschiedung vorzunehmen.

Blank: Es geht nicht darum, den Versuchen der Opposition, das Gesetz nicht rechtzeitig in Kraft treten zu lassen, entgegenzutreten; denn das, was ich Wuermeling seit Jahr und Tag gesagt habe, hat sich nun gestern ereignet. Das war vorauszusehen. Jeder Kenner der Materie wußte das. Ich habe namens der Regierung die Vorlage begründet. Was hat nun die SPD erklärt – nicht wörtlich, aber sinngemäß? Sie sagte: Was wollen Sie eigentlich? Kindergeld vom ersten Kind, sofort! Ganz klar! Zahlen tut der Staat. Und was hat die FDP erklärt? Sie sagte: Was wollen Sie eigentlich? Kindergeld vom ersten Kind ab, selbstverständlich! Zahlen tut der Staat. Und was haben die Koalitionsparteien erklärt? Dasselbe!

Ich habe Herrn Wuermeling seit Monaten gesagt: In dieser Frage steht die CDU völlig allein da. (*Wuermeling:* Und Ihre Worte?) Ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen! Ich will die Fraktion und die Partei vor Schaden bewahren. Daß mir

das Wohl der kinderreichen Familie am Herzen liegt, mögen Sie daraus entnehmen, daß ich seit meiner frühesten Jugend als eines der ältesten von zehn Kindern einer Arbeiterfamilie mithelfen mußte, diese Familie zu ernähren.

Nun kommt folgendes. Wenn uns dabei passiert, daß gewisse Teile der Fraktion ausbrechen, dann ist doch die Bundesregierung – das habe ich dem Herrn Bundeskanzler vor Monaten gesagt – mit ihrer Vorlage über alle Maßen blamiert. Und wie soll das politisch nach draußen wirken? Jetzt muß ich einmal das Kabinett verteidigen. Der Herr Bundeskanzler hat nie erklärt, er habe keine Zeit oder er wünsche diesen Punkt nicht auf der Tagesordnung, (*Wuermeling*: Das habe ich nicht gesagt!) sondern er hat mir den Auftrag gegeben, ich solle mich wegen der Bedeutung bemühen, irgendeine praktikable Lösung herbeizuführen, die auch die Sicherheit gibt, daß die Fraktion geschlossen dafür stimmt. Das war der Auftrag. Ich selbst habe Sie sogar, Herr Bundeskanzler, in einer Kabinettsitzung bitten müssen, diesen Tagesordnungspunkt wieder abzusetzen, weil es mir noch nicht gelungen war, diesen Auftrag zu erfüllen. Ich kann den Bundeskanzler nicht in eine solche Situation bringen, wenn ich den Auftrag noch nicht erfüllt habe.

Nun sind wir zu dieser Lösung gekommen, Aufgliederung vom dritten Kind an und dann die DM 40,- mehr. Der Beitrag für die Kindergeldausgleichskasse wird im Schnitt um 0,86 % erhöht. Wir müssen jetzt erhöhen auf 1,1 %. Nun hat sich bei unseren Mittelständlern etwas festgesetzt. Sie sind mit mehreren Abordnungen bei mir gewesen und haben erklärt, 1 % der Lohnsumme sei nun einmal das Maximum. Wer Gelegenheit hat, in Kleinbetriebe Einblick zu nehmen – ich kenne das, denn der Mann meiner einzigen Schwester hat einen kleinen Dachdeckerbetrieb –, der wird sehen, was es ausmacht, wenn die Beiträge erhöht werden. Man hat also verlangt, daß 1 % nicht überschritten werden dürfe. Selbst der Bundesrat hat eine EntschlieÙung gefaßt: „Die Bundesregierung wird gebeten, einmal die Auswirkungen auf die lohnintensiven Betriebe zu beachten und andere Vorschläge zu machen.“¹³⁴

Es ist ein sehr schwieriges Problem. Die Fachleute sind sich klar darüber, daß das ständige Erhöhen der Abgabe auf der Basis des Lohnes mittlerweile zu einer gefährlichen Sache für den Mittelstand geworden ist. Sie sind sich weiter darüber klar, daß zu einer vernünftigen Änderung dieses Systems einiges Gehirnschmalz und auch Zeit benötigt wird. Jedenfalls kann ich sie Ihnen nicht bieten; dann bin ich eben zu dumm dazu.

Um nun die Schwierigkeiten bei der Fraktion zu verhüten, die durch den Kollegen Schmücker und seinen gesamten Anhang des Mittelstandes entstanden sind, und die

134 198. Bundesratssitzung vom 14. November 1958: „Die Bundesregierung wird darin [im EntschlieÙungsvorschlag des Wirtschaftsausschusses] gebeten, in weiterem Gang des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob die Beitragserhebung nicht so gestaltet werden kann, daß lohnintensive Betriebe geringer belastet werden, als es bei einer Erhebung der Beiträge nach der Lohnsumme oder nach der Kopfzahl der Beschäftigten der Fall ist.“ Vgl. Sten.Ber. (BR) 1958 S. 242.

Situation zu erleichtern, habe ich – das soll der Herr Bundeskanzler wissen – im engsten Kreis der Fraktion gesagt: Wenn ihr bei der Behandlung dieses Antrages im Ausschuß euch einige Zeit nehmt, tritt das Ding nicht am 1. Januar, sondern vielleicht am 1. März oder spätestens am 1. April in Kraft.

Was ist dann geschehen? Da die Lohnentwicklung steigt, ist es so, daß wir präterpropter mit dem berühmten 1 % glatt auskommen. Und dann bekommt Herr Wuermeling die Mehrheit für sein Gesetz.

Und nun darf ich noch hinzufügen: Wenn Herr Wuermeling noch einmal auf den Tisch schlägt wie in dieser Verhandlung und die Leute anbrüllt, „die Interessentenhaufen müssen vom Befehlsstand der Fraktion entfernt werden“, und dann die Brocken hinschmeißt und das Zimmer verläßt, dann werden diese Leute in der Fraktion nicht mit ihm stimmen, und dann ist der politische Kladderadatsch da, den ich aber verhindern möchte. Deshalb bin ich der Meinung, die Regierung und die Fraktion sind gut beraten, wenn sie mit einer vorsichtigen Art vorgehen; denn dann haben beide das, was sie wollen.

Krone: Ich muß diese unqualifizierten Vorwürfe zurückweisen! Wuermeling spricht von Interessentenvertretern in der Fraktion und meint damit Gewerkschaftler und Mittelständler. Dabei kämpft er für sein Kindergeld, wie der größte Interessent nur kämpfen kann. (*Wuermeling:* Das gilt für die Kinder aller Berufsstände!) Ich lasse mir nicht mehr diese Drohungen sagen, ob man nun demissioniert oder Versammlungen absagt oder etwas in die Presse bringt. Das mache ich nicht mehr mit!

Und noch etwas! Wenn ich die ganze Fraktion für den Vorschlag bekomme, DM 40,- ab 1. April, dann habe ich damit für die kinderreichen Familien mehr getan als der Familienminister! (*Wuermeling:* Dazu möchte ich aber doch ...)

Adenauer: Herr Wuermeling! Würden Sie von mir einen guten Rat annehmen! Sehen Sie bitte nicht auf Ihre Person, sondern sehen Sie nur auf die Sache. Man muß auch einmal einstecken, was einem sehr unangenehm ist – das tue ich auch von morgens bis abends –, wenn man in der Sache weiterkommt.

Wuermeling: Denken Sie bitte einmal darüber nach, wie das wirkt. Sie haben es persönlich nicht so erlebt wie ich in den letzten anderthalb Jahren, wo ich den Leuten immer wieder beschwichtigend zureden mußte: Es kommt jetzt. Frau Rehling hat die Dinge bereits auf dem Hamburger Parteitag angekündigt.¹³⁵ Und die Verbände nehmen mir jetzt nicht mehr ab, daß es nicht über ein Zehntel Prozent hinausgeht. Wenn daran die Dinge schon scheitern, was soll geschehen?

Adenauer: Wenn gesagt würde: im Laufe des nächsten Jahres, dann hätten Sie recht. Das kauft ihnen keiner mehr ab. Aber wenn ein bestimmtes Datum angegeben wird, dann wird vielleicht der eine oder andere nörgeln und sagen, es hat lange gedauert, aber sie freuen sich dann doch über einen bestimmten Termin. Und dann haben Sie doch auch die ganze Fraktion dafür. Aber sonst – ob zu Recht oder zu Unrecht, das spielt keine Rolle – geht ein Teil nicht mit, und dann haben Sie

135 CDU, 7. Bundestag S. 195.

ein Fiasko. (*Wuermeling*: Darf ich fragen, ob Sie bereit wären, die Präsidenten der Familienverbände in Kürze einmal zu empfangen? Ich kann es nicht mehr!) Ich empfangen von morgens bis abends, aber meinerwegen, ich bin bereit dazu.¹³⁶ (*Wuermeling*: Vielleicht kann man diese Gelegenheit benutzen! Ich kann mich nicht mehr verteidigen!) Sie können mit den Leuten einen Termin vereinbaren.

Meyers: Wir haben noch die Kieler Entschließungen zu erledigen. Wir müssen uns darüber klarwerden, wie wir die Sache morgen im Parteiausschuß behandeln. Ich würde vorschlagen, dem geschäftsführenden Vorstand aufzugeben, für jedes dieser vorgesehenen Gebiete einen Fachausschuß ad hoc zu bestellen.

Zimmer: Herr Kraske hat Ausführungen gemacht über die Organisation der Partei. Ich möchte zu dem Thema der Mitgliederwerbung usw. in der Sache selbst keine Ausführungen machen, sondern behalte mir das vor; ich frage aber, ob das Thema „Leben der Partei“ als Voraussetzung der Mitgliederwerbung auf allen Stufen dazugehören soll. (*Meyers*: An sich nicht. Es geht zunächst nur um die Entschließungen, aber wir können darüber unter Punkt „Verschiedenes“ sprechen.) Ich stehe nunmehr in Trier wieder an der untersten Stufe der Partei. Die Aktion „Adenauer“ vor einigen Jahren war leider nicht von überwältigendem Erfolg. Woher kommt das? Es liegt an dem mangelnden pulsierenden Leben der Partei. Es gibt zwar Ortsverbände, wo es sehr gut ist, es gibt andere, wo es schlecht ist, aber es gibt welche, wo überhaupt nichts ist.

Es kommt darauf an, dieses Leben dort hinzubringen. Erst mit diesem Leben machen wir die Partei so attraktiv, daß auch eine Mitgliederwerbung Aussicht auf Erfolg hat. Eine Mitgliederwerbung in den leeren Raum zieht nicht. Deshalb habe ich die Frage gestellt. Ich sehe jetzt die Unterschiede. Im Saargebiet ist es sehr gut, ebenso in der Pfalz und auch in Trier seit einem Jahr – nicht meinerwegen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Partei im ganzen Lande überall möglichst gleichmäßig gut organisiert ist. Wir dürfen nicht warten, bis es zu spät ist. Wir müssen auch die Junge Union unterstützen. Die ältere Generation ist vielfach nicht mehr von der Lebendigkeit, hier aus Idealismus mitzumachen. Ich wäre also sehr dankbar, wenn Sie das Thema auch im Parteiausschuß aufgriffen.

Meyers: Das paßt nicht in diesen Themenkreis hinein, der in Kiel beschlossen worden ist. Ich bin aber der Meinung, daß wir das morgen als Auftakt der Generaldiskussion bringen könnten. Das Leben innerhalb der Partei ist wirklich eine sehr wichtige Frage für die gesamte Union. Wir werden sehen, welche Anregungen aus dem Kreis des Parteiausschusses kommen werden.

Adenauer: Sind Sie einverstanden, Herr Zimmer? (*Zimmer*: Ich bin einverstanden, wenn das Erfolg verspricht!) Hoffentlich!

Blumenfeld: Wir haben vor einigen Wochen einen Vorstoß in dieser Richtung gemacht mit der Konferenz der Landesvorsitzenden unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Vorstandes. Ich möchte den Bundesvorstand bitten, daß wir das

136 Am 12. Dezember 1958 (TERMINKALENDER).

zu einer ständigen Konferenz machen; denn von dort aus geht die Aktivierung der Partei nach unten weiter.

Dichtel: Was Herr Zimmer gesagt hat, begrüße ich sehr. Jeder von uns wird eine solche Initiative durchaus begrüßen. Es vergeht keine Konferenz, wo wir uns nicht mit der Parteiarbeit beschäftigen, insbesondere über die Frage: Wählerpartei oder Mitgliederpartei. Auch in Südbaden wird diese Frage eingehend behandelt. Wir überlegen, ob wir Hunderte von Briefen schreiben oder die Leute aufsuchen sollen. Also, ein wesentlicher Erfolg dieser Arbeit hängt von der Initiative der einzelnen Landesverbände ab.

Adenauer: Das hängt absolut davon ab. Dann darf ich Sie bitten, morgen in Ihrem Referat die Anregung von Herrn Zimmer zu erwähnen, damit es diskutiert werden kann.

Wird noch weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann hoffe ich, daß wir in Frieden und Freundschaft auseinandergehen, und zwar in dem Bewußtsein, nicht nur einen schönen Tag verlebt, sondern sich auch gründlich ausgesprochen zu haben. Ich schließe die Sitzung.

8

Bonn, 11. März 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Amrehn, Bitter, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Grادل, Gurk, von Hassel, Hellwig, Johnen, Kiesinger, Krone, Lensing, Schröder, Stoltenberg, Strauß, Wacher.

Besprechung über die Bundespräsidentenwahl. Bericht über organisatorische Fragen der Partei. Berlinstatus.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir noch mit weiterem Besuch zu rechnen haben. Wir wollen auf alle Fälle aber beginnen.

Entschuldigt haben sich: Ernst Lemmer, krank, Vertreter: Franz Amrehn; Dr. H. Lübke, Afrika; A. Cillien, krank; Dr. Fricke; B. Bauknecht; Dr. Luise Rehling, Wahlversammlung in Leer.